

Sozialdemokrat

Zentrum der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

10. Jahrgang.

Dienstag, 9. September 1930.

Nr. 212.

Europakonferenz in Genf.

Genf, 8. September. (Tsch. P.-B.) Kurz nach 16 Uhr trat die Konferenz zusammen, die über die Organisierung des Regimes der europäischen Föderation verhandeln soll. Auf das Briandmemorandum vom 17. Mai d. J. langten 26 Antworten ein. Heute kamen die Repräsentanten der Außenpolitik dieser Staaten zusammen, um in vertraulicher Sitzung zuerst das bei der Weiterbehandlung der Idee einzuschlagende Vorgehen festzusetzen. Vorläufig ist am wahrscheinlichsten, daß die heutige Sitzung der sogenannten Europakonferenz, wie sie hier kurz genannt wird, beschließen wird, daß diese Frage in einer der Sitzungen der gegenwärtigen Völkervereinigung durchberaten und ein besonderer Ausschuss mit der Aufgabe betraut werden soll, sich dieser Frage speziell zu widmen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die nächste Sitzung der Europakonferenz öffentlich sein wird. Dieser Wunsch soll in Konferenzkreisen selbst geäußert worden sein.

Zu Beginn der Sitzung wies der französische Außenminister Briand in einem kurzen Referate auf die 26 Antworten hin, die auf seine Denkschrift eingelaufen sind und die in Form eines Weißbuchs vor jedem Teilnehmer auf dem Tisch liegen. Die Antworten bilden einen Band von 126 Druckseiten. Dazu kommt noch als 127. Seite das ursprüngliche Memorandum der französischen Regierung.

Wenn die Kommunisten demonstrieren . .

Alles ruhig!

Budapest, 6. September. (M.Z.) Wie die Oberstadthauptmannschaft meldet, herrschte auf dem Gebiete der Hauptstadt Budapest den ganzen Tag Ruhe und Ordnung. Aus dem äußeren fünften Bezirke wurden kleine Ansammlungen gemeldet, die jedoch, bevor sie irgendwie anwachsen konnten, zerstreut wurden. Die Zahl der Verhafteten beträgt 194. Die polizeiliche Personal-aufnahme der betreffenden Leute ist im Gange. In einem Tor der äußeren Waizner-Straße wurde eine rote Fahne mit der Aufschrift „Es leben die Sowjets“ gefunden.

Sofia, 7. September. Der heutige internationale Kommunistentag ist ein neuer vollkommener Misserfolg der Kommunisten in Bulgarien. Die Regierung hatte alle Versammlungen und Manifestationen für den heutigen Tag verboten. In der Nacht hatten die Kommunisten am Gartenjourn der englischen Gesandtschaft eine rote Fahne mit der Aufschrift befestigt: „Weg mit der englischen Falschen und Militaristenregierung, es lebe der internationale kommunistische Jugendtag“. Die Polizei hat einige verdächtige Personen festgenommen. In Rustschuk, Philippopol und Doschlow versuchten die Kommunisten an öffentlichen Orten rote Fahnen zu hissen, wurden aber von der Polizei daran gehindert. In Philippopol kam es zu heftigen Zusammenstößen. Ein Blutvergießen wurde aber verhindert. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen.

Russische Wirtschaftsmisere.

Moskau, 8. September. (Tsch.) Die staatliche politische Verwaltung ermittelte eine Schädiger- und Schiebergruppe, die die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung desorganisierte, indem sie aus Genossenschaftsläden mit Hilfe von zehntausenden gefälschten Lebensmittellisten Lebensmittel und in beschränkter Menge vorhandene Waren entwendeten und zu Wucherpreisen absetzten. Drei Händler und drei Angestellte von Genossenschaftsläden wurden zum Tode, die übrigen zu Internierung in einem Konzentrationslager mit verschiedenen Fristen verurteilt.

Was sie alles haben möchten.

Rötn, 8. September. Der thüringische Minister Dr. Fried richtete gestern in einer nationalsozialistischen Versammlung scharfe Angriffe gegen Reichsinnenminister Dr. Brüning und die übrigen Mitglieder der Reichsregierung. Die Verweigerung der Zuschüsse an Thüringen für die Polizeikosten sei ein glatter Vertragsbruch. Die Nationalsozialisten werden nach Abgabe der Zahl ihrer Abgeordneten im neuen Reichstag den entsprechenden Anteil an der Führung der Regierungsgeschäfte verlangen. Wenn sich ihre Erwartungen erfüllen sollten, so kündigen sie heute schon an, daß sie einen Anspruch auf das Reichsinnen- und das Reichswirtschaftsministerium erheben werden.

Die Not der deutschen Arbeiterklasse.

Reichstagung der Partei und der Gewerkschaften.

Erste, sachliche, fast nüchtern anmutende Beratung. Den Reden fehlt das Pathos. Ansprachen, in denen die Zahlen sich drängen, müssen unpathetisch-sachlich werden. Und wenn von dem Leben der sudetendeutschen Arbeiter gesprochen wird, dann müssen Zahlen genannt werden: die Zahl der Arbeitslosen, die von der Statistik erfasst werden, — die Zahl, die nur angenommene, nur schätzungsweise richtige Zahl der vielen anderen Arbeitslosen, — die Zahl der stillgelegten Fabriken, — die Zahl der verärmten Arbeitsstunden und der verlorenen Lohnkronen, — und die Zahl der Arbeitsplätze, die sudetendeutsche Arbeiter verloren haben aus keinem anderen Grunde als dem, daß sie Deutsche sind.

Anklagende Zahlen wurden genannt vom Berichterstatter und von den Rednern, die im Auftrage ihrer Gewerkschaften sprachen. Anklagende Zahlen, erschütternde Zahlen, aufwühlende Zahlen. Zahlen, in denen statistisch festgehalten ist die Not, — mehr noch — die Tragödie des sudetendeutschen Proletariats.

Vor allem des sudetendeutschen Proletariats! Selbstverständlich macht die Wirtschaftskrise nicht Halt an der Sprachgrenze. Selbstverständlich werden auch Zehntausende tschechischer Proletarier ihre Opfer. Mit zwingender Notwendigkeit folgt ja der Internationalismus des proletarischen Kampfes aus der Schicksalsverbundenheit der Arbeiter aller Länder und aller Nationen. Um wenigstens Linderung der Wirkungen der Wirtschaftskrise zu erreichen, um die aller schlimmsten Folgen dieser Katastrophe des kapitalistischen Wirtschaftssystems abzuwehren, müssen tschechische und deutsche Arbeiter gemeinsam kämpfen, und jede gesetzgeberische Maßnahme, jede Verwaltungsmäßnahme, die in dieser Richtung wirkt, kommt tschechischen und deutschen Arbeitern zugute. — Gemeinsame Kampffront tschechischer und deutscher Arbeit ist also eine Selbstverständlichkeit.

Aber es ist durchaus nicht verwunderlich, wenn die deutschen Arbeiter aufschreien in besonderer Qual. Schwerer als auf dem tschechischen Proletariat, mit zermürbenderer Wucht lastet auf der deutschen Arbeiterklasse dieses Landes die Wirtschaftskrise. Das deutsche Volk in der Tschechoslowakei ist ja industrialisierter als das tschechische, also muß es schwerer unter der großen Krise der Industrie leiden. Diese Tatsache allein, daß das sudetendeutsche Volk früher von der industriellen Entwicklung erfasst wurde als das tschechische, daß ein viel größerer Prozentsatz der Deutschen als der Tschechen in der Industrie tätig ist, erklärt das viel verheerender, viel zerstörender wirkende Wüten der Krise im deutschen Proletariat dieses Landes. Aber nicht wenig verschärft und vor allem in der psychologischen Wirkung verschlimmert wird die Krise für die deutschen Arbeiter und Angestellten durch den chauvinistischen staatlichen Protektionismus, durch die planmäßige Tschechisierung, die fast alle amtlichen Stellen

furchtbare Zahlen, die vom Berichterstatter genannt wurden! Anklagende Zahlen! In wie schreiendem, traffen Widerspruch steht doch die tschechoslowakische Wirklichkeit zu allen Präsidentenreden, zu aller Auslandspropaganda, zu Buchstaben und Geist der Verfassung! Es nicht zu leugnen: der deutsche Arbeiter und der deutsche Angestellte in diesem Staate leiden schwer darunter, daß sie Deutsche sind. Man hat sie als Bürger dieses Staates gewollt — aber von wirklich gleichen Bürgerrechten ist hier und da wohl die Rede, doch sie existieren nicht, wenn es sich um den Staatsdienst, um staatliche Lieferungen, um

den Arbeitsplatz des deutschen Arbeiters handelt . . .

Der Berichterstatter Genosse Pohl ist ein Kenner der tschechoslowakischen Wirtschaftsverhältnisse, er ist ebenso ein Kenner der Arbeiterbewegung, und zwar nicht minder ein Kenner der tschechischen wie der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Gewerkschaftsführer, dem der Internationalismus ins Blut übergegangen ist, der es nicht anders gewöhnt ist, als in einer Kampffront mit den tschechischen Klassengenossen zu stehen. Unzähligemale war er Vorkämpfer nicht nur der deutschen, sondern auch der tschechischen Bergarbeiter, und wo und wann immer er als Vorkämpfer des Grubenproletariats dem Grubentapital gegenüberstand, stritt er ebenso wie für seine deutschen Kameraden auch für die tschechischen. Um so schwerer müssen seine anklagenden Feststellungen wirken — und um so eindringlicher muß sein Appell an das tschechische Proletariat wirken, auch den Kampf dafür, daß der sudetendeutsche Arbeiter auf dem Boden seiner Heimat nicht überhaupt alle Lebensmöglichkeiten verliere, gemeinsam mit der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterschaft und den deutschen freien Gewerkschaften zu führen.

Führer der tschechischen sozialdemokratischen Partei und der tschechischen freien Gewerkschaften nahmen an der Reichstagung der deutschen Arbeiter teil als Vertreter der tschechischen Arbeiterbewegung. Gekommen waren auch die sozialdemokratischen Minister. Sie sahen, sie erkannten, welche Bedeutung diesem Problem auch für den tschechoslowakischen Staat zukommt. Ansonsten waren die Minister unvertreten. Es ist so, wie es noch immer war und wie es noch überall war: die Erbpächter des Patriotismus sehen die wirklichen Staatsprobleme und die wirklichen Staatsinteressen nicht. Sie denken alle zu sehr nur in der Gegenwart und nur für die Gegenwart. Daß die Verelendung der sudetendeutschen Arbeiterklasse, daß der gegen das

sudetendeutsche Volk und vor allem gegen das sudetendeutsche Proletariat gerichtete chauvinistische Protektionismus schließlich auch der tschechoslowakischen Gesamtwirtschaft schade, daß dieses ganze System nicht dazu diene, ihren geliebten Staat für die Dauer wirklich innerlich zu festigen. Man hat die Macht, deutsche Arbeiter und Angestellte beiseite zu schieben. Man hat die Macht, etwa in unangenehmen Formen sich äußernde Unzufriedenheit jeglicher Art rasch zu unterdrücken. Deshalb trägt ja die übergroße Mehrzahl der sudetendeutschen Arbeiter und Angestellten ihr Schicksal schweigend. Aber es ist nicht nur das Schweigen der Resignation — es ist auch ein sehr verbittertes Schweigen! Daran sollte man doch ein wenig denken.

Und wenn für die vielen zehntausend Schweigenden nun unsere Reichstagung gesprochen hat, wenn die Reden des Berichterstatters und der Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften verstanden, was Zehntausende fühlen und denken, so war schon das befreiende Tat. Aber die Reichstagung war mehr als ein Rotschrei und ein Schrei der Anklage.

Sie zeigte jedem, der zu sehen versteht und der zu hören versteht, daß dieses sudetendeutsche Proletariat nicht zu zerbrechen ist, nicht unterzukriegen. Daß der Lebenswille dieses zähnen, tüchtigen und ebenso leidens- wie kampfgewohnten deutschen Proletariats nicht zu beugen ist, seine Lebenskraft nicht zu vernichten. Auch wenn die Zeit, die es jetzt durchlebt, härter ist als manche frühere Epoche qualender Not — die sudetendeutsche Arbeiterklasse wird sich durchkämpfen!

Sie wird bestehen im Kampfe gegen die Ausbeutung durch die Kapitalistenklasse der eigenen Nation, wie sie bestehen wird im Abwehrkampf gegen den chauvinistischen Protektionismus. Kampf nach zwei Fronten, ja — aber die sudetendeutschen Arbeiter sind es ja schon gewöhnt, gegen mehrere Feinde gleichzeitig zu kämpfen!

Prag, 8. September. Gestern trat im Saale der Produktonbörse die von unserer Partei und dem Deutschen Gewerkschaftsbund einberufene Reichstagung zusammen. Mehr als vierhundert Delegierte und Gäste aus allen Teilen des deutschen Gebietes und aus allen Industriezweigen und Arbeiterbranchen nahmen an ihr teil. Um halb zehn Uhr vormittags erfolgte die

Eröffnung

durch Genossen

de Witte.

Geehrte Versammlung, Genossinnen und Genossen! Namens des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei begrüße ich Sie auf dieser gemeinsamen Tagung, deren Anlaß

die furchtbare, nicht mehr zu ertragende Notlage der deutschen Arbeiterklasse in diesem Staate

ist. Wir haben zu dieser Tagung sämtliche Ministerien geladen. Es ist in Vertretung des Herrn Präsidenten des Bodenamtes Herr Ministerialrat Babel erschienen. Vom Ministerpräsidenten und von den Ministern für öffentliche Arbeiten, Gesundheitswesen, Eisenbahn, Post und Telegraphenwesen, Landwirtschaft, Inneres und nationale Verteidigung sind Entschuldigungsschreiben eingelangt. Besonders herzlich begrüße ich die Vertreter der tschechischen sozialdemokratischen Partei, die zu unserer Tagung den Vorstehenden der Partei, Genossen Sampl, die Minister Genossen Bohns und Reichner, den Präsidenten des Senats, Genossen Dr. Soukup, den Abgeordneten Koudelka und die Senatorin Karpiškova delegiert

haben. (Lebhafte Beifall.) Die Gewerkschaften haben den Abgeordneten Robert Klein delegiert. (Lebhafte Beifall.) Diese Delegation freut uns besonders auch deswegen, weil wir wünschen müssen, daß das, was wir auf diesem Kongreß festzustellen haben, auch dem ganzen tschechischen Proletariat zur Kenntnis kommt, und weil wir wissen, daß wir aus dem furchtbaren Druß nur herauskommen können, wenn wir in diesem gemeinsamen Kampf der deutschen und tschechischen Arbeiterklasse nicht nur zu organisieren, sondern auch dauernd zu erhalten und siegreich vorwärts zu tragen. — Die deutschen Siedlungsgebiete in diesem Staate haben auch in den Zeiten vor der allgemeinen Wirtschaftskrise ganz ungeheuer gelitten unter den Folgen der früheren staatlichen und außerstaatlichen Aktionen, die sich gegen uns in entsetzlicher Weise ausgewirkt haben. Unsere Handelsverträge schützen ganz besonders nicht die Industrie in deutschen Gebiete, weite Landstriche verarmen bei uns vollständig, Industrien wandern ab, verzweifelte Menschen stehen vor den Türen der Gemeindevertretungen, die ihnen keine Hilfe bringen können, weil sie durch das Gemeindefinanzgesetz, das der frühere Bürgerblut geschaffen hat, aller Mittel zu diesem Zwecke entblößt sind. Diese unsere gemeinsame Versammlung ist ein Aufschrei des ganzen deutschen Proletariats in diesem Staate und ein erster Appell an alle, die eine Verantwortung in diesem Staate tragen. Wir hoffen, daß eine Umkehr des bisherigen Systems möglich wird und daß diese Konferenz dazu beiträgt, einen Lichtschimmer in das furchtbare Dunkel der Not zu tragen, die uns umgibt. Mit diesem Wunsche erkläre ich den heutigen Kongreß für eröffnet.

Hierauf wählte die Konferenz ins Präsidium als Vorsitzenden die Genossen Roscher und de Witte, als Schriftführer die Genossin Kirpal und den Genossen Denk.

Hampel spricht.

Die erste Wortmeldung lag vom Vorsitzenden unserer tschechischen Bruderpartei, dem Genossen Hampel vor, der, zuerst in tschechischer Sprache, ausführte.

Im Namen des D. S. C. und der tschechischen sozialdemokratischen Partei begrüße ich ihre Konferenz aufs herzlichste und wünsche ihnen Verhandlungen ein positives Ergebnis, das um so notwendiger ist, als die schwere Krise, in der wir uns befinden, sich nicht durch erbiterte Zwischenrufe und Resolutionen lösen läßt, sondern nur durch zielbewusste Aktionen in gemeinsamem Vorgehen.

Ich verspreche mit allem Ernst, daß wir nicht nur geneigt, sondern aufrichtig entschlossen sind, mit Euch gemeinsam zu marschieren und alle Probleme zu lösen.

Ich erinnere nur ganz kurz an den Smichover Kongreß. Das geschah nicht nur mit Rücksicht darauf, damit wir uns nicht allzu pessimistisch einstellen. Vor dem Smichover Kongreß gab es viele ernste Leute in unseren und auch in eueren Reihen, die es nicht gewagt hatten, zu glauben, daß wir zu einem positiven Resultat kommen können.

nur im gemeinsamen Kampf gewisse Erfolge zu erzielen sind.

In dieser Ueberzeugung begrüße ich nochmals den Kongreß und wünsche ihm den besten Erfolg. (Starker Beifall.)

Vorsitzender de Witte: „Ich danke dem Genossen Hampel für die Worte, die er zu uns gesprochen hat. Er sprach von der notwendigen

Die wirtschaftliche Situation und die deutsche Arbeiterklasse.

Das Referat des Genossen Adolf Pohl.

Genosse Pohl, der Referent zu diesem einzigen Punkt der Tagesordnung, führte in zweifundiger Rede im Wesentlichen aus:

Es ist selbstverständlich, daß wir unsere wirtschaftliche Lage nicht losgelöst von den allgemeinen wirtschaftlichen Zuständen in der Welt und besonders in Europa betrachten können. Aber ein Unterschied ist zwischen der gegenwärtigen Krise und den früheren, sowohl vor dem Kriege als auch in der Nachkriegszeit.

Worin liegt nun zunächst die Ursache der Wirtschaftskrise?

Jah kann es dahin zusammenfassen: in einer durch übermäßige, ungesunde und unnatürliche Rationalisierung vermehrten Warenproduktion und in einem immer mehr sinkenden Absatzmarkt. Die Verfechter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung haben in allen Ländern, auch bei uns, gegen diese Erscheinungen nur ein Abwehrmittel: Herabsetzung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit, Abbau der sozialen Lasten, um den Konkurrenten im Inland und im Export den Absatzmarkt zu entreißen.

Das deutsche statistische Reichsamt veröffentlicht, daß die verminderte Kaufkraft durch die Arbeitslosigkeit in Deutschland — nach Einbeziehung der Arbeitslosenunterstützung — im ersten Halbjahre 1930 auf zwei Milliarden Mark zu schätzen ist. Und auf Grund dieser Ziffer kommt man in Europa ohne Uebertreibung zu einem Lohnerverlust von 60 Milliarden Kronen in einem Jahre.

Kampfgemeinschaft. Ich teile hier der Meinung aller Kongreßteilnehmer über die gesamte deutsche sozialdemokratische Arbeiterklasse Ausdruck, wenn ich seine herzliche Erwiderung Anders als gemeinsam kam es überhaupt nicht gehen!

halsabbau und Abbau der sozialen Einrichtungen ihre Profite zu erhalten und noch zu mehren.

Trotz Wirtschaftskrise und wachsenden Massenelends steigen auch bei uns die Gewinne der Industrieunternehmen und vor allem der Banken.

Die ausgewiesenen Reingewinne sind nur ein Bruchteil des wirklichen Mehrwertes. Der Rationalisierungsprozeß wirkt täglich tausende Menschen aufs Pflaster und das Anturbeln der Wirtschaft vollzieht sich rastlos auf dem Rücken der schaffenden Menschen. Aber das Anturbeln der Wirtschaft kann nur durch einen Motor geschehen, durch den der Lohnerhöhungen und der Verkürzung der Arbeitszeit. Das sagen wir Sozialisten und Gewerkschafter längst nicht mehr allein, davon reden schon alle namhaften Wirtschaftspolitiker, ja davon hat auch die Wirtschaftskonferenz im Jahre 1927 in Genf tags- und wochenlang geredet. Eine ganze Reihe schöner Beschlüsse wurde gefaßt, aber die Verwirklichung dieser Beschlüsse wäre gleichgekommen einer Einschränkung der privatkapitalistischen Monopolwirtschaft über Geld- und Fabrikunternehmen und darum sind die Grundsätze alle auf dem Papier geblieben.

Das sind kleinliche und überflüssige Maßnahmen. Jeder Dumping, jede Preisregulierung

löst auf der anderen Seite doch die gleichen Maßnahmen aus und die Dinge heben sich wieder auf. Und wenn ich schon von Dumping spreche, so muß ich sagen, die Tschechoslowakei kann sich rühmen ein Bohndumping zu bestreiten. Wenn unser Export nicht noch weiter gesunken ist, so nur deshalb, weil die Löhne unserer Industriearbeiter besonders in der Exportindustrie um ein Bedeutendes zur rückbleiben gegenüber den Löhnen jener Länder, wohin wir die Waren ausführen. Ein Beispiel dafür, daß man mit dieser Politik nicht zum Ziel kommt, liefert Bata, von dem die tschechische kapitalistische Welt geglaubt hat, er sei ein neuer Gott. Aber wir sehen aus der Handelsbilanz, daß unsere Lederexporte um mehr als 200 Millionen gesunken ist gegen die gleiche Periode des Vorjahres und von diesen 200 Millionen hat Bata den Löwenanteil. Daß die Welt mit diesen Methoden nicht gefunden wird, dafür noch ein lehrhaftes Beispiel. Im Jahre 1926 verlangte die englische Kapitalistenklasse von den englischen Bergarbeitern einen Lohnabbau von 20 Prozent und eine Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde. Unsere englischen Kameraden, eine Million Mann stark, haben sich im heldenmütigen Kampfe ein halbes Jahr zur Wehr gesetzt, aber sie mußten am Schluß die Lohnverminderung und Arbeitszeitverlängerung in Kauf nehmen. Und heute? Die englische Kohlenwirtschaftskrise hat um nichts von ihrer Schärfe verloren. Es gibt nur ein Mittel: die Menschen, die aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden, nicht etwa zu Rentenempfängern zu machen, sondern sie wieder in den Wirtschaftsprozess einzuordnen. Die Bedürfnisse der Menschen sind noch lange nicht befriedigt. Aber wenn wir einmal zu viel Waren haben, so werden wir noch immer nicht die einen Menschen aus dem Produktionsprozeß hinausdrängen, um sie dem Verhungern und der Verelendung auszuliefern, und die anderen durch Ueberstunden und rationalisierte Ausnützung der Arbeitskraft sich töschenden lassen, sondern wir müssen einen Ausgleich schaffen und beiden wird geholfen sein.

Die Wirtschaftskrise in der Tschechoslowakei ist zwar nur eine Teilercheinung der allgemeinen Weltwirtschaftskrise, aber sie hätte nicht jenen Umfang und jene Formen annehmen müssen! Die geographische Lage der Tschechoslowakei als gutfundiertes, an Bodenschätzen reiches Land, mitten in einer Umgebung, die arm ist an den Gütern, hätte diesem Staate eine besonders bevorzugte Situation unter den volkswirtschaftlich entwickelten Staaten Europas geben müssen oder sollen. Wenn es nicht der Fall ist, so ist dies zum großen Teil auf die

ganz verkehrte Wirtschaftspolitik dieses Staates seit seinem Bestehen

zurückzuführen. Es ist charakteristisch gegenüber den früheren Krisen, daß heuer selbst in den guten Sommermonaten die Arbeitslosenziffer noch stieg. Wir haben keine verlässlichen Daten über unsere Arbeitslosen. Nur ein winziger Teil der Arbeitslosen nimmt die Arbeitsvermittlungsanstalt in Anspruch. Aber schon die amtlichen Arbeitslosenziffern lehren uns zweierlei: daß in der Tschechoslowakei über 70.000 Arbeitslose gemeldet sind. Aber sie zeigen auch mit erschreckender Deutlichkeit einen Umstand auf, der einen Teil der Aufgaben dieser Konferenz bildet, das ist

der Unterschied zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern in der Frage der Arbeitslosigkeit.

Die Fürstin und ihr Bandit.

Roman von Georg Strelöfer. 56 Deutsche Rechte Th. Anour Nachl Verlag.

„Hoffnungslos, lieber Freund! Mein Leben gehört Balaban!“

„Sie werden mit ihm fliehen?“

„Ja! Es ist alles geregelt. Die Siguranka wird eine Enttäuschung erleben. Seien Sie jedoch vorsichtig! In Ploesti steigt ein Beamter der Staatspolizei zu mir ein, der mir noch nähere Weisungen geben und mich bis Galatz begleiten wird. Man darf Sie nicht sehen!“

„Wissen Sie schon, wo sich Balaban zur Zeit aufhält?“

„Ja. Ich habe Ausweise, die mir das Passieren der Polizeikette gestatten.“

„Sie müssen mich mitnehmen, Tete! Ich bitte Sie flehentlich darum! Oder noch besser — Sie telegraphieren mir nach Galatz an eine Deckadresse, sobald sie Balaban erreicht haben, wo ich mich mit Ihnen und Ihrem Schützling treffen kann.“

„Wozu dies alles?“

Ich setzte mich an ihre Seite und erzählte ihr meinen Plan. Zuerst wollte sie nichts davon wissen. Sie hatte die Absicht, Balaban zu bewegen, sich bis an die Küste des Schwarzen Meeres durchzuschlagen. Von dort wollte sie mit ihm zusammen auf einem Segelboot den nächsten bulgarischen Hafen erreichen.

„Fürstin! Das bleibt Ihnen doch unbenommen, wenn uns das Unternehmen mißglücken sollte! Aber ich rechne mit dem sicheren Erfolg. Kann es für Sie eine süßere Rache geben, als dem alten Trabianu ein Schnippen zu schlagen? Wenn wir siegen, werden Sie die ungekrönte Königin dieses Landes sein!“

„Unsinn, Nicule, ich habe keinen anderen Ehrgeiz, als den S. aus Rumaniens von den Füßen zu schütteln. Hindern Sie mich doch nicht daran! Sonst muß ich ernstlich an Ihrer Freundschaft zweifeln.“

Da holte ich Mr. Stoping und schleifte ihn zu ihr.

„Was wollen Sie mit diesem komischen Herrn?“ fragte sie überrascht.

„Das ist der Oberkommandierende der amerikanischen Amazonen, die darauf brennen, Balaban ihre Hilfe angebeihen zu lassen.“

Sie lachte.

„Wie eine Operette klingt dies alles,“ sagte sie, „ich finde, es ist jetzt nicht der Zeitpunkt, Scherze zu machen.“

„Tatjana,“ versicherte ich, „es ist fröhlicher Ernst! Ich habe mich überzeugt, daß Mr. Stoping ein Mann ist, der alles durchsieht, was er verspricht. Vertrauen Sie ihm und schenken Sie mir Glauben! Wir wollen der Welt ein Schauspiel bieten, wie sie es noch nie gesehen hat. Mister Stoping wird sich sofort nach Constantza begeben und seine Heerführer Balaban entgegen-treiben.“

„Und Sie?“

„Ich werde als Presschef Ihres Schützlings fungieren. Heutzutage muß auch ein Räuberhauptmann seinen Propagandisten haben, wenn er etwas erreichen will. Es bleibt also bei unserer Verabredung! Sie verständigen mich, wo und wie ich zu Balaban stoßen kann. Dann geben wir Mister Stoping nach Constantza Nachricht, welchen Weg er mit seinen Vergnügungsreisenden einschlagen muß. Alles Weitere ergibt sich von selbst. In Ploesti verlassen wir Sie und legen uns in ein anderes Abteil. Vergessen Sie nicht, daß unsere Partei sich mit Balaban solidarisch erklärt! Vergessen Sie auch nicht, daß

wir unter dem Schutze des Sternenbanners kämpfen werden!“

„Sie sind ein Filsu,“ sagte die Fürstin und reichte mir die Hand zum Zeichen ihres Einverständnisses.

Siebzehntes Kapitel. Stunden der Hochspannung.

Ich will die Ungebild meiner Leser nicht länger auf die Probe stellen. Es kloppte alles wie am Schnürchen. Da Mr. Stoping infolge der Hitze vergessen hatte, den ausländischen Pressevertretern Einladungen zugehen zu lassen, verließ er in Ploesti den Waggon und begab sich nach Bukarest zurück, um von dort nach erfolgter Verständigung der Journalisten mit dem nächsten Zuge über Ciulinika, Fetesti und Ovidiu nach Constantza zu fahren. Hier sollte er weitere Nachrichten abwarten. Ich selbst stieg in Galatz aus. Einen verstoßenen Blick konnte ich noch mit Tatjana austauschen, die am Bahnhof von mehreren Beamten der Siguranka in Empfang genommen und zu einem Auto geleitet wurde.

Galatz gleich einem großen Heerlager. Die Regierung hatte hier eine ganze Armee zusammengezogen. Der schöne Donauflai war voll von Soldaten, die sich zum Abmarsch rüsteten. Es sah recht bedrohlich aus. Beim Anblick der vielen Truppen sank mir ein wenig der Mut. Als ich aber die Morgenzeitungen aufschlug, die über weitere Erfolge Balabans zu berichten wußten, die Zahl seiner offenkundigen Anhänger auf mehrere Tausend schätzten und die Regierung aufforderten, Verhandlungen mit Balaban und der hinter ihm stehenden Opposition anzuknüpfen, um einen blutigen Bürgerkrieg zu verhindern, da wurde ich wieder zuversichtlich. Ueberall, im Hotel, in den Kaffeehäusern und Kassenloipen sprach man nur von Balaban. Er war der Mann des Tages. Aber nicht mit Gah und

nicht mit Entrüstung sprach man von ihm. Er genoh die Sympathien der gesamten Bevölkerung. Wenn man sich unbeobachtet glaubte, schimpfte man auf Trabianu und gab der Hoffnung Ausdruck, daß endlich bessere Zeiten für das Land kommen möchten.

Das Lokal unserer Galatz Parteileitung stand unter polizeilicher Kontrolle. Ich vermied es daher wohlweislich, hinzugehen, um nicht die Aufmerksamkeit der Siguranka auf mich zu lenken. Dagegen rief ich mich in den engen, winkligen Gassen der Altstadt herum und horchte die Stimmung aus. Ueberall piffen die Jungen das Lied von „Balaban und seinen neun Getreuen.“ Diese Melodie, halb Trug-, halb Triumphgesang durchzog die ganze Stadt. Wohin ich kam, Klang es mir in die Ohren. Es war das Freiheitslied der Bevölkerung. Mit Bewunderung erzählte man sich, wie Balaban die Gendarmen zum Narren gehalten habe. Zwei Kompagnien besserer Truppen, die ihn verfolgen sollten, wären zu ihm übergegangen. Verschieden-großere Ortschaften hätten von der Gendarmen geräumt werden müssen. Die halbe Dobrubtscha sei in seinem Besitz. Und immer neue Anhänger strömen ihm zu.

Als ich am Abend in mein Hotel zurückkehrte, erwartete mich eine junge Bäuerin. Tatjana hatte sie geschickt. Um nicht aufzufallen, ging ich mit ihr auf die Straße hinaus. An der Ecke stand ein mit Planen gedeckter Lieferwagen. Auf den Kutschbock sah in einem weiten Mantel den Kragen über die Ohren geschlagen, das Gesicht bis zur Unkenntlichkeit verhallt, ein Mann. Er winkte mir mit dem Peitschenstiel. Ich verstand und schwang mich auf das Gefährt. Die Bäuerin, die mich benachrichtigt hatte, ging gleichgültig die Straße weiter. Ich fiel auf einen Haufen von Säcken. Als ich mich aufrichten wollte, setzte sich der Wagen bereits in Bewegung. (Fortsetzung folgt.)

Dieser Unterschied liegt zum Teil in der geographischen Struktur der deutschen Siedlungsgebiete, die eine vorwiegende Exportindustrie haben und wenn der Export zurückgeht, so werden natürlich die Deutschen schwerer betroffen, als die Tschechen. Aber damit ist noch lange nicht alles erklärt. Wir haben die Erhebungen vom 31. Mai 1930 nach deutschen und tschechischen Bezirken verarbeitet, d. h. nach Bezirken mit rein tschechischer Bevölkerung oder tschechischer Mehrheit und mit rein deutscher Bevölkerung oder deutscher Mehrheit. Dabei bemerke ich, daß es sich in Böhmen um 102 Gerichtsbezirke handelt, daß also über 120 Gerichtsbezirke in Böhmen von der Erhebung nicht erfaßt wurden, nämlich jene Bezirke, in denen nur sehr wenig oder gar keine Industrie vorhanden ist. Wir hatten nun in 61 rein tschechischen Gerichtsbezirken oder mit tschechischer Mehrheit 27.288 Arbeitslose bei einer Bevölkerung von 2.800.000. In 41 rein deutschen Gerichtsbezirken oder mit deutscher Mehrheit, hatten wir 27.043 Arbeitslose bei einer Bevölkerung von 1,5 Millionen. Da kommen wir zu folgendem Schluß

Auf je 1000 deutsche Einwohner in den deutschen Bezirken entfallen rund 18 Arbeitslose, auf je 1000 tschechische Einwohner nur 9 Arbeitslose.

Wir haben also die doppelte Anzahl der Arbeitslosen, u. zw. der amtlich gemeldeten, in den deutschen Gebieten. Wir dürfen uns aber nicht durch diese amtlichen Daten täuschen lassen, denn das ist nur ein Bruchteil der wirklich Arbeitslosen. Und wenn ich diesen Bruchteil mit 20 Prozent annehme, so stellt sich die Zahl der wirklich Arbeitslosen fünfmal so hoch, als die amtliche Erhebung besagt.

Wir sehen auch die Wirkungen der zunehmenden Wirtschaftskrise. Der Inlandsabfall an Eisen ist im ersten Halbjahr 1930 gegen die gleiche Zeit des Vorjahres um zirka 50.000 Tonnen gesunken, der Inlandsabfall an Kohle im selben Zeitraum um 1.500.000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr um 8000 Arbeitslose mehr, in der Glas- und Porzellanindustrie gehen die Betriebsbeeinträchtigungen unheimlich vorwärts. Sie treffen allenthalben arbeitslose Bauarbeiter auf dem Prager Arbeitsmarkt, wo es seit 10 Jahren keine arbeitslosen Bauarbeiter gegeben hat. Wir haben nur eine Berufsgruppe, wo wir die Lage zahlenmäßig besser darlegen können. Es wurden im ersten Halbjahr 1930 im Stein- und Braunkohlenbergbau um 1.600.000 Schichten weniger verfahren als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, der Lohnausfall beträgt über 73 Millionen Kronen. Die Kurzarbeit ist ein Verhängnis für die Arbeiterklasse, für die Volkswirtschaft und für den Staat. Auf dem Plutofacht in Wiefra werden bei sechs Schichten in 24 Stunden 1250 Hunte gefördert, das gibt in der Woche 7500 Hunte. Wenn nur vier Schichten verfahren werden, werden auf diesem Schacht pro Schicht 1850 Hunte gefördert oder 7400 in der Woche, also 100 Hunte weniger Förderleistung. Die Arbeiterschaft büßt 1300 Schichten ein, das macht einen Lohnausfall von 3000 K aus. So sind die Risiken verteilt zwischen Arbeiter und Kapital!

Das Sinken des Inlandsabfalls wird am besten durch unseren Eisenmarkt veranschaulicht. Wir haben im ersten Halbjahr 1930 in Eisen und Eisenwaren eine größere Ausfuhr um zirka 90 Millionen Kronen. Die Produktion ist aber trotzdem gesunken. Um wie viel muß also der Inlandsabfall gesunken sein, wenn bei vermehrter Ausfuhr und verminderter Produktion sich diese Differenz ergibt! Die tschechoslowakische Bergarbeiter haben seit Bestand der tschechoslowakischen Republik infolge der Kurzarbeit 21,5 Millionen Schichten verfahren, der Lohnausfall beträgt 960 Millionen Kronen. Im Jahre 1923 hat eine Anzahl von Aktiengesellschaften Gewinne von 41 Millionen insgesamt ausgeworfen, dieselben Aktiengesellschaften haben im Jahre 1926 einen Reingewinn von 96 Millionen Kronen ausgewiesen.

Man sieht also, daß bei der Kurzarbeit alle Passivposten auf Seiten der Arbeiter und alle Aktivposten auf Seiten der Kapitalisten sich befinden.

Unser Außenhandel ist auch ein Wirtschaftsbildometer. Im ersten Halbjahr 1929 hat die Ein- und Ausfuhr 19 Milliarden Kronen betragen, im ersten Halbjahr 1930 16,5 Milliarden Kronen, er ist also heuer um 2,5 Milliarden gegen das Vorjahr gesunken.

Ueber den

Reallohn oder die Kaufkraft der Löhne

Will ich bei dieser Gelegenheit folgendes vordringen. Wir standen immer mit 49 bis 51 Punkten — wenn London 100 ist — an 13. oder 14. Stelle, und zwar nach den Rezhiffern des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Aber es geschehen Zeichen und Wunder, die Wirtschaft in der Tschechoslowakischen Republik konsolidiert sich! Im Jänner 1930 sind wir von der 14. auf die 10. Stelle heraufgerutscht. Wir sind da mit Deutschland auf gleicher Stufe! Der Prager Lohn wird mit 74 festgesetzt, nachdem er vorher 51 betragen hat. Wenn man den Dingen nachgeht, so findet man folgendes: Diesen Reallohn liegen zugrunde: der Lohn des Maurers in Prag mit K 9,60 pro Stunde, der des Zimmerers mit K 7,90, des Handlangers mit 7 K, dann der Modellmacher mit K 9,35, der Schlosser und Dreher mit K 9,10, der Hilfsarbeiter K 4,50, der Handfeger in der Druckerei K 10,40, der Hilfsarbeiter ebendort K 5,70. Vorher lauteten die Daten: 5,20, 4,84, 3,44, 7,20 usw. Wir haben also nach den amtlichen Ziffern des Internationalen Arbeitsamtes eine Erhöhung der Löhne

Die Revolte in Argentinien geglückt.

Militärdiktatur.

Buenos Aires, 7. September (Reuter). Die gestern ausgebrochene Revolution war von Erfolg begleitet. Die Regierung hielt auf dem Regierungsgebäude die weiße Flagge. Nach Privatberichten wurden 1000 Personen teils getötet, teils verwundet. Martinez, der nach Trigojen die Präsidentschaft übernommen hatte, hat kapituliert. Die Revolutionäre haben eine Militärjunta mit General José Uriburu an der Spitze gebildet, die die Regierung übernahm. Uriburu hat bereits ein neues Kabinett beauftragt. Ministerpräsident ist der konservative Abgeordnete Enrique Marina, Finanzminister Enrique Perez, Kriegsminister Mathias Sarondo, Außenminister Ernesto Bosch. Weiteren Nachrichten zufolge ließ die Regierung die weiße Flagge hissen, als das Regierungsgebäude bereits von starken Abteilungen revolutionärer Truppen umzingelt war. In der Avenida Mayo stehen die Revolutionäre mit Polizei zusammen und erwiderten deren Feuer mit Maschinengewehren. Die Menge zündete das Gebäude der Zeitung „Epoca“ an und hat zahlreiche Regierungsgebäude geplündert.

Buenos Aires, 7. September. Präsident Trigojen trat nachts in La Plata ein und begab sich in die Kaserne des Infanterieregiments. Er war vom Gouverneur begleitet. Um Mitternacht unterschrieb er die Demission als Präsident der Republik. Der Kriegsminister gab nach La Plata den telegraphischen Auftrag, den Präsidenten in Freiheit zu setzen. Bei den gestrigen Ereignissen in Buenos Aires wurden 15 Personen getötet und 190 verletzt. Die aufgeregte Menge setzte die Manifestationen bis spät in die

in Prag um 40 bis 60 Prozent zu verzeichnen. Ich möchte von dieser Stelle an die Prager Arbeiterschaft den Appell richten,

sich diesen Unfug nicht gefallen zu lassen.

(Sehr richtig.) Es ist ein Unfug. Die amtlichen Ziffern, die mir bisher untergekommen sind, haben nur den Zweck gehabt, vor den Augen der Welt die Tschechoslowakei als konsolidiertes Land hinzustellen. Wir sind einverstanden mit diesen 74 Punkten, mit der 10. Stelle, aber die Löhne müssen auch gezahlt werden. (Beifall.) Wie liegen demgegenüber die Dinge in Wirklichkeit? Im Jänner 1930, wo das Internationale Arbeitsamt diese Ziffern mitgeteilt hat, haben nach dem Ausweise der Zentralstatistikversicherungsanstalt von den versicherungspflichtigen Männern — nicht Frauen — in Böhmen 39 Prozent einen Tagelohn unter 22 K, 34 Prozent einen Tagelohn unter 34 K und erst 37 Prozent einen Tagelohn über 34 K gehabt. Das gibt im Durchschnitt einen Stundenlohn von K 1,75 in der ersten Klasse, von K 2,70 in der zweiten und K 3,70 in der dritten Klasse. Das kommt der Wahrheit näher als die Ziffern von Genf! Ich bin weit entfernt, dem Internationalen Arbeitsamt ein Verschulden beizumessen, denn es kann nichts anderes bringen als die Daten, die es von der Tschechoslowakischen Republik bekommt, und zwar von der Regierung. Man konnte unlängst in den Blättern vom „Venov“ bis zu den „Narodni Listy“ lesen, die tschechoslowakische Reallohn seien ebenso hoch wie in Deutschland. Nun denn: Ein Ruhrbergarbeiter bekommt um den Tagelohn 23 K. Brot, ein Bergarbeiter in Nordwestböhmen nur 18 K. Im Ruhrgebiet bekommt man für den Tagelohn 16 K. Weizen, hier nur 12, draußen 3,75 K. Rindfleisch, hier nur 2,5, draußen 3 K. Speck, hier nur 1,80 K. Woher kommt es, daß die Herren Zahlen anführen, die uns mit Deutschland gleichstellen? Zweifellos sind die Fälle nur in den Kreisen der Industriellen oder der ihnen nahestehenden oder gehorsamen Bürokratie zu suchen.

Ein Wort über die Rationalisierung.

Rationalisierung braucht nicht schädlich zu sein. Wenn Rationalisierung bedeutet, mit möglichst wenig Aufwand an menschlicher und maschineller Kraft und von Material viel Güter zu erzeugen und wenn diese forcierte Gütererzeugung der Allgemeinheit zugute kommt, ist der Rationalisierungsprozess ein Fortschritt, den Sozialisten nicht ablehnen können. Wogegen wir uns aber wehren, das sind die Rationalisierungsmethoden, wie sie hierzulande und in anderen Ländern durchgeführt werden. Rationalisierung mit der Stoppuhr in der Hand, bei Lohnabbau und Ueberstunden, die bekämpfen wir bis zum letzten, denn diese Rationalisierung wirkt sich in der Arbeiterschaft aus wie ein Blutegel und schädigt die allgemeine Volkswirtschaft und die Finanzen des Staates.

Die Rationalisierung ist für uns nur denkbar, wenn sie verbunden ist mit wesentlichen Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen.

Den Unternehmern darf das Tempo der Rationalisierung nicht restlos als Privilegium überlassen bleiben. Das erträgt die Arbeiterklasse nicht, aber wir behaupten, auch der Staat nicht. Ein Beispiel von vielen: Eine kleine, aber mächtige Kapitalistengruppe beschließt die Verlegung des Rothauer Eisenwerkes nach Karlsbütte. 2000 hochqualifizierte, gut entlohnte Arbeiter werden zum geringen Teile verlegt, zum großen Teile abgebaut, ein ganzer industrieller Bezirk zugrunde gerichtet und es gibt niemanden in diesem Staate, der das hindern kann, sondern

Nacht fort. General Uriburu hat eine Proklamation an die Bevölkerung erlassen, worin er erklärt, daß die revolutionäre Bewegung keine politischen Ziele verfolgte und auf die Beseitigung der bisherigen Anarchie in der Staatsverwaltung und die Verhinderung von überflüssigen Ausgaben gerichtet sei. Die neue Regierung wird das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben. Die Mitglieder der provisorischen Regierung haben sich verpflichtet, eine Präsidentschaftskandidatur nicht anzunehmen.

London, 7. September. Wie aus Buenos Aires berichtet wird, ist der zurückgetretene Präsident Trigojen verhaftet worden.

Buenos Aires, 8. September. In der Hauptstadt ist die Ruhe wieder hergestellt. Nichtsdestoweniger wird die strenge militärische Bewachung weiter aufrechterhalten. Aus dem Landesinnern werden noch vereinzelt Unruhen gemeldet. Insgesamt hat der Umsturz 21 Todesopfer gefordert, die Zahl der Verletzten übersteigt 200. Die Führer der Trigojen-Partei sind geflüchtet. Einige befinden sich in Montevideo in Sicherheit, andere halten sich in Argentinien versteckt, ein Teil wurde verhaftet.

Der ehemalige Präsident Trigojen befindet sich immer noch in einer Kaserne in La Plata in Haft. Er ist an Lungenerkrankung erkrankt und sein Zustand ist kritisch.

General Uriburu hat als Präsident der provisorischen Regierung den Eid auf die Verfassung geleistet.

die Regierung steht hilflos den Dingen gegenüber, vor allem weil es keine wirksame Gesehe gibt, um dies zu verhindern. Genosse Roscher und ich haben im Jahre 1928, zur Zeit des Bürgerkriegs, einen Gesetzentwurf eingebracht über die Stilllegung von Betrieben. Darin war genau festgelegt, daß der Unternehmer nicht allein Massenentlassungen vornehmen oder den Betrieb stilllegen kann, sondern daß die Arbeiterschaft mitzureden hat. Der Gesetzentwurf ist im Initiativsausschuß begraben worden. Ich glaube aber sagen zu müssen, daß es bei diesem Rationalisierungstempo ohne einen solchen entscheidenden Eingriff in das Hoheits- und Verfügungsrecht einiger weniger Besitzer von Produktionsmitteln nicht abgeht, wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft, die öffentlichen Körperschaften und der Staat in seiner Gesamtheit sehr schweren Schaden erleiden soll.

Was ich von Rothau gesagt habe, gilt auch von Schönbach. Dort liegt unsere Instrumentenindustrie vollständig darnieder, 1300 Menschen sind arbeitslos, aber eine halbe Stunde von dort entfernt, jenseits der Reichsgrenze geht dieselbe Industrie, dank der staatlichen Förderung sehr gut. Wir haben es also mit einer Passivität der Staatsorgane, mit der Untätigkeit des Staates zu tun. Seit unsere Genossen in der Regierung sind, die deutschen wie die tschechischen, sind Verbesserungen zu verzeichnen: die Verbesserung des Genter Systems, das Bauförderungsgegesetz, die Maßnahmen für die produktive Arbeitslosenfürsorge, aber das sind nur Tropfen auf heiße Steine (Beifall). Mit dem Gesetz über das Genter System erfassen wir 25 bis 30 Prozent Arbeitslose, während 70 Prozent dem Hunger ausgeliefert sind. Jemandem müssen diese Leute landen, und wenn nicht anderswo, so im Zuchtthaus. Denn Rot kennt kein Gebot. Des Gemeindefinanzmangels, das uns der gottfällige Bürgerblock hinterlassen hat, gibt uns nicht die Möglichkeit, in den Gemeinden eine produktive Arbeitslosenfürsorge zu entfalten.

Man spricht viel von der

Krise der Landwirtschaft.

Ich will sie nicht bestreiten, aber die heutige Konferenz ist ein Beweis, daß es nicht nur in der Landwirtschaft, sondern noch zehnmal mehr eine Krise in den Betrieben gibt.

Wenn wir für die Arbeiter gutbezahlte Beschäftigung erreichen, wenn die Löhne erhöht werden, so ist zum allergrößten Teil die Krise der Landwirtschaft behoben, die heute in letzter Linie darin wurzelt, daß die Landwirte ihre Produktion nicht mehr an den Mann bringen können, weil hunderttausende Menschen sich nicht einmal an Brot fressen können.

Es ist auch Zweck dieser Konferenz, aufzuzeigen, daß die

Deutschen Arbeiter und Angestellten von der Krise in diesem Staat doppelt hart betroffen

werden. Schuld daran ist zunächst die kapitalistische Wirtschaftspolitik dieses Staates an und für sich, die einseitig eingestellt und gegen uns gerichtet ist. Unsere deutschen Arbeiter können kaum das Gefühl unterdrücken, daß für unsere Exportindustrie nichts geschieht, weil es sich um deutsche Beschäftigte handelt. Das Gefühl besteht heute allenthalben und leider müssen wir sagen, daß es nicht bloß ein Gefühl ist, sondern eine sehr kräftige reale Basis hat. Während bei den Handelsverträgen die leisen Zusammenhänge zwischen den Profitinteressen

der Bauern und des Handels auf das genaue berücksichtigt werden, auch auf Kosten der Industrie, und wiederholt berücksichtigt wurden auf Kosten unserer Exportindustrie, hat man für die Bedürfnisse dieser deutschen Exportindustrie kein Verständnis. Dem Export muß aber vorangehen ein gut gedeckter Inlandsabfall. Was haben wir davon, wenn Bata noch einige Millionen Paar Schuhe in die Welt hinauswirft? Ich möchte sehr gern von ihm eine Statistik hören, wie weit er den Umsatz der tschechoslowakischen Staatsbürger beim Schuhverbrauch gesteigert hat! Diese Steigerung ist gegen die Abnahmegering im Ausland nur minimal. Wenn wir von Exportförderung sprechen, der die Hebung des Inlandsabfalls voranzugehen hat, so muß man bedenken, daß wir aus dem alten Oesterreich 80 Prozent der Kohlen, 86 Prozent der Textilindustrie und 82 Prozent der Glasindustrie usw. übernommen haben und nur 36 Prozent der Bevölkerung. Es muß daher, wenn die industrielle Tätigkeit auf der gleichen Höhe bleiben soll, beim Export bleiben. Das ist das Erbe Oesterreichs und diese Erbschaft zu verwalten hat die tschechoslowakische Wirtschaftspolitik in den ersten Zeiten des Bestandes des Staates nicht verstanden. Damals wäre viel gutzumachen gewesen, was heute nicht mehr gut gemacht werden kann. Diese Schuld ist unilösbar, aber daß es auf diesem Gebiete so nicht forciert kann, ist klar. Der Umschwung muß kommen, das ist eine unserer dringendsten Forderungen.

Unsere Stellung zum Staate als Arbeiter und Angestellter.

Dieses Kapitel ist das traurigste seit dem Bestande des tschechoslowakischen Staates. Nach einer Auflistung von Ludwig Gaube sind in der Tschechoslowakei bis zum Jahre 1929 33.100 Deutsche abgebaut worden. Darunter sind Leute, die noch 10 bis 15 Jahre ruhig hätten Dienst leisten können. Dieser vorzeitige Abbau kostete dem Staat seit Bestand der Republik 4 Milliarden Kronen an überflüssigen Pensionen. Denn diese Leute beziehen eine Pension von 600 Millionen Kronen jährlich und wenn man davon ein Drittel als natürlicher Abgang abrechnet, so bleiben immer noch 400 Millionen im Jahre übrig. Die Zahl der deutschen Eisenbahnangestellten — unbefehdet der Beamten — ist von zirka 22.000 auf 11.000 gesunken, der Abbau der deutschen Beamten bei der Bahn dürfte 6000 bis 10.000 betragen.

Der Postdienst.

In Graslitz, das 100 Prozent deutsche Einwohner zählt, gab es vor dem Kriege 23 deutsche Bedienstete, jetzt 22 tschechische und 5 deutsche Briefträger. In Weipert mit 99,3 deutscher Bevölkerung sind von 30 Postbediensteten nur noch 5 deutsche Briefträger. In Eger gab es vor dem Kriege bei der Post 95 Deutsche und 7 Tschechen, im Jahre 1930 sind dort 60 Deutsche und 113 Tschechen. In St. Joachimsthal gab es vor dem Kriege 21 Deutsche, jetzt 14 Deutsche und 10 Tschechen, in Teplich vor dem Kriege 209 Deutsche und 28 Tschechen, jetzt 124 Deutsche und 166 Tschechen, in Tuschlau früher 8 Deutsche, jetzt 22 Tschechen. In Neuen früher 10 Deutsche, jetzt 3 Deutsche und 11 Tschechen bei 98 Prozent deutscher Bevölkerung, in Mies früher 14 Deutsche und ein Tscheche, jetzt 5 Deutsche und 19 Tschechen, in Tachau früher 6 Deutsche, ein Tscheche, jetzt 2 Deutsche und 7 Tschechen, in Saaz wurden seit dem Umsturz 70 Tschechen und 4 Deutsche neu angestellt, der jetzige Stand beträgt 34 Deutsche und 81 Tschechen, in Komotau 1919 108 Deutsche und 7 Tschechen, 1930 87 Deutsche und 80 Tschechen — so geht das fort.

Das nationale Verhältnis im Postwesen beträgt nur 7,5 bis 18 Prozent Deutsche und 82,5 bis 92,5 Prozent Tschechen.

Neuanstellungen von Deutschen werden nicht vorgenommen.

Bei den Bezirksbehörden, Steuerämtern, Bezirksgerichten und Gendarmerie zeigt sich folgendes: Graslitz: pensioniert, verlegt und abgebaut 13 Deutsche, neuangeworben, bzw. dorthin verlegt im ganzen 32, davon 8 Deutsche und 24 Tschechen. Neudek: einschließlich Finanzwache 68 deutsche Beamte und Angestellte durch Tschechen ersetzt. Breznitz: von 42 Beamten der Bezirksbehörde, des Steueramtes, des Gerichtes, der Gefällkontrollen und Gendarmerie sind 11 Deutsche. Eger: vor dem Umsturz 156 Deutsche, ein Tscheche, 1930 71 Deutsche und 118 Tschechen. Beim Kreisgericht Eger 1919: 103 Deutsche, ein Tscheche, 1930 81 Deutsche und 36 Tschechen. St. Joachimsthal: 1918 19 Deutsche, ein Tscheche, 1930 11 Deutsche, 10 Tschechen. Karlsbad: abgebaut und pensioniert 39 deutsche Beamte des Steueramtes und Steueradministration, derzeitiger Stand 25 Deutsche und 39 Tschechen. Bezirk Tuschlau: Gendarmerie, jetziger Stand 10 Tschechen, ein Deutscher, Steueramt: 6 Tschechen, kein Deutscher, Gericht: 3 Tschechen, 1 Deutscher. Neuen: 1918 18 Deutsche, 3 Tschechen, 1930 4 Deutsche, 13 Tschechen. Mies: 1919 43 Deutsche, 7 Tschechen, 1930 21 Deutsche und 27 Tschechen. Wranitzberg: 1918 6 Deutsche, 1 Tscheche, 1930 3 Deutsche, 3 Tschechen. Saaz: derzeitiger Stand 47 Deutsche, 88 Tschechen, abgebaut, pensioniert und verlegt wurden zirka 50 Deutsche. Karlsburg: gegenwärtiger Stand 11 Deutsche, 35 Tschechen. Am 1. Mai 1929 betrug das Verhältnis 12,7 v. H. Deutsche, 86,8 v. H. Tschechen, während der Bevölkerungschlüssel bei den Deutschen 27 v. H. und 73 v. H. bei den Tschechen beträgt. Reichenberg (Steueramt): vor dem Kriege nur deutsche Beamte, im Jahre 1929

22 Tschechen und 3 Deutsche. Kruman (Bezirksbehörden, Steuerbehörden): im Jahre 1918 25 Deutsche, 7 Tschechen, 1930 9 Deutsche, 31 Tschechen.

Nur bei der Tabakregie besteht so etwas wie ein historischer Schlüssel, und zwar derart, daß in den historischen Ländern 70 Prozent Tschechen und 30 Prozent Deutsche angenommen werden. Aber dieser Schlüssel wird nur für die Fabriken in deutschen Gebieten gehandhabt. Außerdem verweisen die Direktoren bei den Tabakfabriken darauf, daß gemäß einem Erlasse der Tabakregie die Tabakfabriken verhalten sind, 50 Prozent von den freien Stellen den Legionären zuzuteilen und erst die restlichen 50 Prozent zwischen Tschechen und Deutsche aufzuteilen! Auch von den bei der Tabakregie Beschäftigten wird allgemein festgestellt, daß die verschiedenen Národní výbory auf die Auswahl der aufzunehmenden und der zu entlassenden Tabakarbeiter, auf die Verteilung mit Fabrikwohnungen überall entscheidenden Einfluß ausüben und wenn sie irgendwo den geringsten Widerstand feststellen, wird sogleich in den Beziehungen gegen den betreffenden tschechischen Direktor eine heftige Kampagne eröffnet, daß er die Deutschen bevorzuge.

Wie steht es bei den staatlichen Kohlenwägen aus? Auf dem Schwertschicht in Seefeld waren 1919 444 Deutsche, 195 Tschechen, 1930 sind 241 Deutsche und 644 Tschechen. Ein deutscher Bergmann kommt nicht an. Beim Julius II Schacht in Brüx sind derzeit 43 Deutsche und 243 Tschechen. Man kündigt die Deutschen nicht, man wirft sie nicht hinaus, aber man nimmt keine auf. Es ist ausgeschlossen, daß ein Deutscher dort Beschäftigung finden könnte. Julius III in Kopitz derzeit 43 Deutsche und 502 Tschechen, Julius V in Tschausch derzeit 38 Deutsche, 514 Tschechen. Staatliche Neuanlage in Prieschen derzeit 10 Deutsche und 76 Tschechen. Dasselbe im Eisenbahndienst.

Von 600 Oberbeamten im Eisenbahnministerium sind zwei Deutsche. Von 109 Oberbeamten bei den Staatsbahndirektionen kein Deutscher. Von 37 Abteilungspräsidenten drei Deutsche. Von 411 Gruppenleitern 18 Deutsche, von 122 Vorständen der Bahnerhaltungssektion kein Deutscher, von 111 Vertretern 17 Deutsche, von 37 Heizhausvorständen kein Deutscher, von 1375 Stationsvorständen 48 Deutsche, von 72 Kassenevisoren 4 Deutsche.

Der Machtbereich der Eisenbahn dringt bis zur Klosterrau und zur Zeitungverläuferin vor, bis zum Restaurateur und dem Piktolo.

Die Staatslieferungen.

Wenn von Protektion gesprochen wird, so gilt das in erster Linie für die Staatslieferungen. Der Staat ist ein ungeheurer Wirtschaftsfaktor, Bahnen, Post und Meer haben einen kolossalen Warenbedarf. Die Verteilung der Lieferungen geschieht durch den protektionistischen Die Postverwaltung, das Eisenbahnministerium und die Seeresverwaltung haben vor kurzem 252.000 Meter Blusen-, Hosen- und Mantelstoff ausgeschrieben. Die Vergabe ging restlos an vier Firmen in Humpoleh. Die übrigen Wirtschaftsmärkte, auch die tschechischen, gingen vollständig leer aus. Einmal habe ich im Parlament wegen protektionistischer Vergabe der Staatslieferungen an Kohle einen Wirbel gemacht, unter Vorbringung konkreter Daten. Der Minister erklärte, er habe nichts dagegen, daß die Dinge untersucht werden, die — bei seinem Vorgänger eingerissen sind! Sie sind aber bei ihm so geblieben und es wurde auch nichts untersucht. Daraufhin habe ich einen Initiativantrag nach Untersuchung eingebracht und der Bürgerblock hat den Antrag mit der Begründung niedergestimmt, die Zustimmung zu diesem Antrag bedeute einen Eingriff an das staatliche Hoheitsrecht der Verwaltung! Mit diesem Argument hat man den Antrag niedergestimmt. Jährlich werden 40 bis 50 Millionen für Kohle fürs Eisenbahnministerium vergeben. Die Firmen, die die schlechtesten Marken haben, sind in der Krise voll beschäftigt, weil sie Staatsbahnlieferungen haben und andere Schächte können nur zwei bis drei Schichten arbeiten. Ich weiß, daß die Vergabe von öffentlichen Lieferungen nach einem ungeschriebenen Gesetz niemals einem Deutschen zufallen darf.

Die ortsansässige Arbeiterschaft kann nur äußerst schwer Beschäftigung bei einem tschechischen Unternehmen finden. Wenn sie schon aufgenommen werden, dann zu Löhnen, die geradezu schreiend sind. Ein Beispiel hierfür: Die Brucher Kohlenwerke haben 1000 Mann gekündigt. Im Zuge der Verhandlungen hat es gegeben, daß die öffentliche Bantätigkeit beginnt, es werde der Rangierbahnhof in Brüx und in Kopitz gebaut und außerdem die Straße von Lobositz nach Teplitz und von Teplitz nach Bilin. Es werde der Auftrag erteilt werden, daß in erster Linie entlassene Bergarbeiter beschäftigt werden müssen. Der Auftrag ist auch hinausgegangen, aber zählen Sie brauchen, wieviel Bergarbeiter beschäftigt sind! Einmal mußte der Sekretär der tschechischen Gewerkschaftskommission in Teplitz einschreiten und eine Eingabe machen. Die Firma wollte nur 3 K Stundenlohn für eine riesig schwere Arbeit zahlen, wobei die Leute drei bis vier Stunden Weg zurücklegen müssen. Es wurden Slowaken zu Hunderten hingebachtet, die um jeden Preis arbeiten, obgleich in der Gegend massenhaft Arbeitslose vorhanden sind! Wenn beim Bau des Rangierbahnhofes in Brüx und Kopitz ein Deutscher hinget und nach Arbeit fragt, bekommt er überhaupt keine Antwort. Bei den Bauarbeiten wird kein Fenster, kein Beschlag oder keine Bleibedachung an Leute vergeben, wo Deutsche beschäftigt sind. Alles geht restlos ins tschechische Gebiet. Dazu kommt noch

die Wirkung der Bodenreform, daselbst gibt von der drohenden Wälderverstaatlichung.

Was geschehen ist — und es sind Verbrechen nicht nur am deutschen Volk, sondern am Staate begangen worden — das kann niemand gutmachen. Aber was für uns nicht auszuhalten ist, das ist, daß diese tschechisch-chauvinistische Einstellung der maßgebenden Kreise, die ein Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten bedeutet, bis heute noch keinen Moment zum Stillstand gekommen ist. Da müssen wir laut und offen erklären. Unsere Tragfähigkeit geht nicht so weit und unser Wille auch nicht! (Beifall.)

Wir müssen daher verlangen, daß für die Zukunft gutgemacht werde, was in der Vergangenheit gefehlt wurde und darum melden wir unsere Forderungen in aller Form an:

Neueinstellungen im Staatsdienst und bei den öffentlichen Korporationen, in den Staatsbetrieben und in den Betrieben öffentlicher Korporationen gemäß dem nationalen Schlüssel!

Das ist eine Forderung, die wohl nicht undemokratisch ist, die mit der Verfassung des Staates in vollem Einklang steht, die auch mit den Worten des Präsidenten und den wiederholten Erklärungen verantwortlicher Staatsmänner im Einklang stehen. Beim Abbau hat man sich noch auf ein Gesetz berufen, bei der Verweigerung der Neueinstellung gibt es ein ungeschriebenes Gesetz: Deutsche werden nicht eingestellt. Das ist ein Akt der staatlichen Administration. Der Administrative ist seit Bestandes des Staates eine Fülle von Macht gefehlich übertragen worden, wie in keinem anderen Staat. Was ist heute der Minister oder der Ministerpräsident oder die Mehrheit des Parlamentes?

Die Bürokratie entscheidet und sie entscheidet so, wie es der Národní výbor oder die Jednota anordnet (Beifall).

Dagegen gibt es keinen Schutz, keine Instanz, keine Berufung, das ist der Staat im Staate, wie er uns Deutschen an jedem Tage entgegentritt. Die Fortdauer dieses Zustandes ist unmöglich und da richte ich an unsere tschechischen Genossen die Frage, ob solche Zustände den Tschechen gegenüber im alten Oesterreich möglich gewesen wären. Ich bin kein Verehrer des alten Oesterreichs, aber man soll mir den Beweis erbringen, daß nur ein Teil dessen früher geschehen ist, was seit Bestand des Staates ununterbrochen geschieht. Die deutschen Kapitalisten haben ihren Frieden mit den tschechischen Kapitalisten gemacht, die deutschen Kapitalisten haben schon in der Vorkriegszeit auf die Interessen der deutschen Angestellten und Arbeiter gepfiffen, genau so wie die tschechischen Kapitalisten heute in der Nachkriegszeit auf die Interessen der tschechischen Arbeiter pfeifen. (Beifall.)

Was ich hier gesagt habe, bezieht sich übrigens nicht nur auf Deutsche. Auch tschechische Sozialdemokraten, wenn sie als solche bekannt sind, werden nicht aufgenommen. Nur Angehörige des Sokols, der národní sruzeny und Fascisten finden Aufnahme.

Der Redner formuliert und bespricht sodann folgendes als

- Unsere dringendsten Forderungen:
Produktive Arbeitslosenfürsorge.
Ausgeschaltete und beschleunigte Durchführung des Insubstitutionsgesetzes.
Handelsverträge — Exportförderung.
Investitionsanleihe im In- und Ausland.
Schaffung eines Betriebsstilllegungsgesetzes und Ausgestaltung der Nachbesugnisse der Gewerbeinspektoren und Bergbehörden.
Abänderung der Gesetze betreffs der Staatslieferungen; Vorkehrungen, daß die Staatslieferungen gerecht auf die einzelnen Produktionsgebiete verteilt werden.
Abänderung der Bestimmungen des Sozialversicherungs- und Pensionsversicherungsgesetzes nach Anlauf von Staatspapieren und Festlegung, daß die nicht benötigten Beträge dieser Anstalten vornehmlich für Wohnbauzwecke verwendet werden.
Beschleunigte Rehabilitation des Gemeindefinanzgesetzes und Vorsorge für rasche Erledigung der Voranschläge sowie der Darlehensansuchen der Selbstverwaltungskörper.
Unverzinsliche Schaffung eines Gesetzes, womit paritätisch verwaltete Arbeitsvermittlungsanstalten mit Zwangscharakter errichtet werden.
Verkürzung der Arbeitszeit, Ueberstundenverbot, Lohnerhöhungen.
Arbeitslosenversicherung.
Berücksichtigung der gerechten Forderungen der Deutschen bei der Restrukturierung.
Berücksichtigung der Deutschen entsprechend dem nationalen Schlüssel bei Neueinstellungen der Beamten und Angestellten in allen Ressorts und in allen staatlichen und öffentlichen Betrieben.
Liberale Durchführung der Sprachenprüfungen.
Aufhebung, bzw. Milderung der Bestimmungen, die nicht mit vollem Erfolge abgelegten Sprachprüfungen bei der Vorrückung hinderlich wären.
Verabschiebung der Vorlage bezüglich des 13. Monatsgehaltes.
Beschleunigte Durchführung des Alt-Pensionistengesetzes.
Für Gerechtigkeit — Schulter an Schulter mit den tschechischen Genossen!
Wir wollen mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei und den tschechischen Gewerkschaften gemeinsam für den Staat und dessen Ausgestaltung in eine sozialistische Republik, also

für den Sozialismus arbeiten. Lassen Sie nicht die allgemeine Ueberzeugung aufkommen bei den deutschen Arbeitern und Angestellten, daß sie Stiefkinder sind in diesem Staate. Tun Sie dies nicht, im Interesse des Staates ebenso wie im Interesse der deutschen wie auch der tschechischen Arbeiterklasse! Lassen Sie es nicht dazu kommen, daß der deutsche Arbeiter gezwungen ist, zu sagen, er stehe zu dem Staate eben so wie der Staat zu ihm! Tun Sie alles, um dies zu verhindern! Wenn die nationalen Chauvinisten sagen, daß in den Randgebieten die Sicherheit des Staates bedroht sei, so sage ich: Dort wohnt die deutsche werklätige Arbeiterklasse in überwiegender Mehrheit und von ihr kommt keine Bedrohung. Wenn sie irgendwoher kommt, so vielmehr von vermeintlichen Verteidigern und Repräsentanten des Staates.

Wir sind zur Mitarbeit am Staate bereit. Die tschechischen Genossen haben sich schon früher von unserer positiven Stellung gründlich überzeugen können. Aber unsere heutige Tagung hat die Aufgabe, einen Aufschrei und eine ernsthafte und deutliche Mahnung an alle Verantwortlichen des Staates und an die gesamte tschechische Öffentlichkeit zu richten, mit diesem Vernichtungsfeldzug gegen die deutschen Arbeiter und Angestellten endlich ein Ende zu machen. (Beifall.)

Mit dem schädlichen Wirtschafts- und nationalistischen System muß gebrochen werden, unsere Mindestforderungen muß entsprechen werden. Meine Worte sollen keine Drohung sein, aber sollte unser Aufschrei ungehört verhallen, so müßte dies natürlich unsere Stellungnahme und unsere Mitarbeit am Staate beeinflussen. Die deutschen Arbeiter und die in unseren Reihen organisierten Angestellten sind erprobt im internationalen Gewerkschaftskampf, sind gut diszipli-

Die Debatte.

Der erste Redner

Genosse Anton Roscher

beschäftigte sich mit der rückläufigen Entwicklung und schrecklichen Situation in der Textilindustrie und deren Dauerkrise. Vom alten Oesterreich, in dessen Wirtschaftsgebiet mit 52 Millionen Einwohnern 50 Prozent der Textilzeugnisse im eigenen Lande verbraucht wurden, sind uns 80 Prozent der Textilbetriebe für ein Wirtschaftsgebiet von 14 Millionen verblieben. Unsere Textilindustrie muß also, um den früheren Grad der Beschäftigung zu erreichen, 75 Prozent ihrer Erzeugnisse exportieren. Ein großer Teil der Schuld an dem Niedergang dieser Industrie liegt in der verkehrten Wirtschaftspolitik des Staates, der sich wenig darum gekümmert hat, neue Absatzmärkte statt der verlorenen zu sichern. Wir hatten einmal auf dem Boden heutigen Staates in der Textilindustrie gegen 370.000 Arbeitsplätze, heute dagegen nur etwa 300.000. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist aber noch bedeutend geringer. Die Arbeitsplätze verringern sich von Monat zu Monat durch die Betriebsstillegungen und durch die verkettete Rationalisierung. In der Textilindustrie gehen 60 bis 70 Prozent aller Rationalisierungsmaßnahmen auf Kosten der Arbeiter. Bis Feder 1930 wurden im deutschen Gebiet

180 Textilbetriebe mit mehr als 20.000 Arbeitern stillgelegt.

Seitdem sind weitere Betriebe dazugekommen und nur 18 unter ihnen, die wieder teilweise arbeiten. Etwa 200 Betriebe werden künftighin aus der Produktion vollständig ausgeschaltet sein und es werden noch andere hinzukommen. Der Redner bespricht dann das erschütternde Schicksal der Arbeiter im Rothauer Eisenwerk: Die Bevölkerung ganzer Gemeinden ist zum Hunger verurteilt, ihr Familienleben zerrüttet, der Hausstand zerstört, viele fanden in ihrem Jammer keinen anderen Ausweg, als den Selbstmord. Die einzige Unterstützung bietet diesen Menschen die Union der Textilarbeiter, aber eine Gewerkschaft kann das Elend nur mildern. Die Textilarbeiter befinden sich in trauerlicher Not, denn neben den 25.000 Ausgeschiedenen gibt es noch eine ungeheure Zahl von Kurzarbeitern. Die finanziell schlecht gestellten Betriebe werden von den gut ausgerüsteten erdrückt und dieser Prozeß spielt sich ausschließlich auf dem Rücken der Arbeiterschaft ab.

Bis Ende August 1930 hatten wir über 30.000 Arbeitslose,

von der Arbeitslosenunterstützung im Betrage von 25 Millionen entfallen 10 1/2 Millionen auf die Gewerkschaftsunterstützung. Unsere Arbeitslosenklasse weist ein Defizit von 6 1/2 Millionen auf und dürfte bis zum Jahreschluß auf acht Millionen anwachsen. Dazu kommen noch vier Millionen Kronen nicht abgerechneter Unterstützungen bei den Ortsgruppen. Der Stand der Unterstützten beträgt derzeit 16.500. Bei der Union sind neunzehn Angestellte lediglich mit den Arbeiten für die Arbeitslosenunterstützung beschäftigt! Natürlich ist die Zahl der nichtunterstützten arbeitslosen Textilarbeiter noch bedeutend höher.

Es ist Aufgabe des Staates, dieser Not entgegenzuwirken und ihre Milderung nicht allein der Gewerkschaft zu überlassen, die trotz glänzender Solidarität solche Ausgaben auf die Dauer nicht ertragen kann. Wenn der Staat den Banken, der Zuderindustrie und der Landwirtschaft mit vielen Millionen hilft, so soll er endlich auch dem Arbeiter seine Gleichberechtigung beweisen und ihm Hilfe bringen. (Beifall.)

nierte Soldaten der internationalen sozialistischen Armee.

Diesen unseren Grundfragen getreu wollen wir für die unsere Forderungen gemeinsam mit den tschechischen Genossen Schulter an Schulter politisch und gewerkschaftlich kämpfen.

Aber unser Wille allein entscheidet nicht. Unsere Partner im tschechischen Volke müssen offen und restlos für unsere Forderungen Verständnis zeigen. Es gilt nicht nur, schroeres begangenes Unrecht an den deutschen Arbeitern und Angestellten gutzumachen, nicht nur diese Menschen von dem doppelten Druck der kapitalistischen Wirtschaftskrise zu befreien, sondern es gilt im Interesse des Staates selbst und im Interesse der dauernden Mitarbeit der deutschen Arbeiter und Angestellten, unseren Forderungen zu entsprechen und Verständnis für sie zu zeigen.

Genosse Kampf hat von dem Smichover Kongress gesprochen. Auch für die deutsche Arbeiterklasse war Smichov Verheißung und Symbol. Bei dieser internationalen Bestimmung und Verbrüderung, bei dieser Gemeinsamkeit des Kampfes soll es bleiben und muß es bleiben — das ist unser sehnlichster Wunsch und wir sprechen im Namen der großen Mehrheit des deutschen Volkes in diesem Staate — wenn der Sozialismus jemals Aussicht auf Verwirklichung haben sollte. Aber damit es dabei bleiben kann, müssen dem deutschen Arbeiter und Angestellten seine natürlichsten Rechte gesichert sein, muß ihm die Gleichberechtigung in jeder Form zuteil werden. Die tschechischen sozialistischen Parteien leisten sich und dem Staate keinen wertvolleren Dienst, als wenn sie in diesem Kampfe nach ihren Einstellungen, nach ihren Verhältnissen und nach den Nachpositionen, die sie in dem Staate besitzen, ausharren bis zur Erringung des Sozialismus. (Lebhafte, langanhaltende Beifall.)

Genosse Dr. Pfeffer:

Wir haben bei dieser Tagung nichts anderes im Auge, als der gesamten, der deutschen- und tschechischen Öffentlichkeit zu zeigen, daß die wirtschaftspolitischen Wege zur vollständigen Vereindung der deutschen Arbeiterschaft in diesem Staate führen würden. Es ist unsere Pflicht, offen auszusprechen, daß es auf diesem Wege nicht weitergeht. Wir wissen schon, welche Bedeutung es hat, wenn sozialdemokratische Parteien von der Regierung ausgeschlossen sind und wir haben die 3 1/2 Jahre Bürgerblock nicht vergessen. Aber wir müssen uns auch immer die Grenzen vor Augen halten, die der Beteiligung sozialistischer Parteien an der Regierung in kapitalistischen Staate gesteckt sind. Ich will mich auf einen Vergleich mit Oesterreich und Deutschland nicht einlassen, weil ich glaube, daß doch Unterschiede vorhanden sind und weil wir unsere Politik ausschließlich nach den Erfordernissen der Arbeiterschaft in diesem Staate einrichten müssen. Unsere Teilnahme an der Regierung kann nur so lange — und nicht einen Tag länger — dauern, als die Interessen der Arbeiterschaft in der Regierung gewahrt werden können. Wir haben diese Tagung nicht einberufen, weil wir etwa aus der Regierung austreten, sondern weil wir eben positiv mitarbeiten wollen. Wir sind bereit, weiter mitzuarbeiten, wenn die Lebensinteressen des deutschen Proletariats und die Lebensinteressen des gesamten Proletariats gewahrt werden. Es ist auch für die tschechischen Arbeiter nicht gleichgültig, ob sie als Partner im deutschen Volke, das doch ungefähr ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmacht, eine lebensfähige Arbeiterschaft haben oder nicht. Unsere deutsche Arbeiterschaft hat vor, in und nach dem Kriege ihre unbeeinträchtigte internationale Bestimmung erwiesen und wir wollen, daß unsere deutsche Arbeiterschaft — auf deren Wudel gewirtschaftet wird — nach wie vor mit der Arbeiterschaft der anderen Nationen, vor allem der tschechischen Nation, in diesem Staate arbeitet und kämpft. Das ist der Sinn unserer Tagung, zu zeigen, wie gefährlich durch die nationalistische Wirtschaftspolitik die Verhältnisse geworden sind, und ihnen die Grenzen aufzuzeigen, die zu überschreiten wir im Interesse der gesamten Arbeiterschaft des Staates unmöglich in der Lage sind. Der Sinn dieser Tagung ist eine Warnung und gleichzeitig ein Versuch, der es uns unter Aufrechterhaltung unserer bisherigen Stellung im Staate ermöglichen soll, in ihm nach wie vor an der Seite unserer tschechischen Genossen positiv zu arbeiten. Ich will mich über die Doktorfrage, ob eine positive Mitarbeit auch in der Opposition möglich ist, nicht unterhalten, aber ich gebe zu, daß Erfolge für die Arbeiterschaft leichter durch eine Mitarbeit in der Regierung zu erringen sind. Aber noch einmal möchte ich sagen: es gibt Grenzen und diese sind die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiterschaft dieses Staates. Ich spreche die Hoffnung aus, daß die tschechische Öffentlichkeit, das was wir heute wollen, begreifen wird und daß insbesondere unsere tschechischen Genossen von dieser Tagung mit dem Eindruck weggehen, daß es sich nicht darum handelt, ihnen die Mitarbeit aufzukündigen, sondern darum, die Mitarbeit auch weiterhin mit ihnen zu ermöglichen. (Beifall.)

Genosse Gustav Neumann:

Die Glasindustrie in diesem Staate macht bereits, nachdem sie in dem Jahre 1923-24 35 Prozent ihrer Betriebsstätten und ihres Arbeiterstandes verloren hat, nunmehr

die zweite schwere Krise durch. Im Jahre 1930 wurden neuerlich sechs Betriebe eingestellt — alles dies zum größten Teil auf Kosten des deutschen Gebietes. Eine Zählung in 33 Betrieben des ausschließlich deutschen Gebietes mit 13.000 Arbeiterinnen hat einen Stand der Arbeitslosen und Kurzarbeiter von 42 Prozent ergeben.

Von den 14.000 Heimarbeitern gar sind 10.000 arbeitslos oder Kurzarbeiter. Bis Ende August waren 57,5 Prozent unserer Maschinisten im Arbeitslosenstand. Und nun sind in Nordböhmen neuerdings 2000 Arbeiter eingestellt worden. In der Keramikindustrie hat die Krise einen geradezu verheerenden Charakter angenommen. Im August waren in den von uns erfaßten 36 Betrieben mit 13.000 Arbeitern schon 24,5 Prozent arbeitslos od. Kurzarbeiter. Und dabei befindet sich dort die Krise erst im Anfangsstadium. Durch die Einführung von Maschinen in der Glasindustrie werden diese Zustände überaus verschärft. In der Tafelglasindustrie gibt es keine einzige Werkstatt mit Handarbeit mehr. Eine ganze Reihe von Betrieben wurde durch das Flaschenkartell niedergelegt. Auf der einen Seite Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, auf der anderen Seite allwöchentliche Sonntagsarbeit. In der Heimindustrie und in den kleinen Betrieben, hauptsächlich in Gaida, Steinschönau und Gablonz, kämpft die deutsche Arbeiterschaft um ihre nackte Existenz. Wir sehen den nächsten Monaten mit Besorgnis entgegen und ich befürchte, daß sich im nordböhmisches Industriegebiet bald katastrophale Ereignisse vollziehen werden. Es ist Aufgabe der maßgebenden Faktoren in diesem Staate, den Notschrei, den die Arbeiterschaft auf dieser Konferenz erhebt, zu beachten, und zu helfen.

Genosse Ernst Grünzner:

Wenn die verantwortlichen Staatsmänner nicht mit Blindheit geschlagen und bar jeden Verantwortlichkeitsgefühles sind, so müssen sie endlich erkennen, wohin ihre politischen und wirtschaftlichen Methoden mit dem Unrecht, welches den deutschen Arbeitern und Angestellten und insbesondere den Eisenbahnern zugefügt wurde, führt. Der Staat macht den deutschen Arbeitern die Existenz systematisch unmöglich. In unserem Erhebungsgebiet waren im Jahre 1920 insgesamt gegen 38.000 Eisenbahnbedienstete aller Kategorien vorhanden, davon 22.000 Deutsche und 16.000 Tschechen, im Jahre 1930 sind es 11.000 Deutsche und 27.000 Tschechen. Im Stations- und Verkehrsdienst waren von 18.000 Bediensteten im Jahre 1920 11.000 Deutsche und 7000 Tschechen; 1930 4500 Deutsche und 13.600 Tschechen. Im Bau- und Bahnerhaltungsdienst im Jahre 1920 6200 Deutsche, jetzt 3600. Die Bau- und Bahnerhaltungsdienst dieses Gebietes hat nunmehr 7600 gegen früher 3600 tschechische Bedienstete. Von den 7200 Angestellten und Arbeitern im Heizhaus- und Werkstättenendienst waren 1920 53 Prozent Deutsche und 47 Prozent Tschechen. Jetzt 34 Prozent Deutsche und 65 Prozent Tschechen.

Überall ergibt sich ein Sinken des Personalstandes deutscher Rationalität um 50 bis 100 Prozent gegenüber 1920.

Redner führte ähnliche Ziffern noch aus dem Stations- und Verkehrsdienst, über die Verhältnisse im Bahnerhaltungsdienst und auch über die einzelnen Stationen an. Über letztere ein Beispiel: Falkenau zählte vor zehn Jahren 438 deutsche und fünf tschechische, jetzt 118 deutsche und 191 tschechische Bedienstete. Beim Personalabbau wurden rein nationalistische Rücksichten genommen, es wurden sogar legal gewählte Vertrauensmännerausschüsse des Personals ausgeschaltet und über das Schicksal vieler tausender durch politische Kommissionen entschieden, die von der damaligen allnationalen Regierung eingesetzt waren. Die Abgehauenen machen nun auch noch dem deutschen Arbeiter den Arbeitsplatz strittig. Genosse Grünzner stellt diesen Tatsachen die Gleichberechtigungreden Masarnaks gegenüber und vermahnt sich vorweg gegen die vermeintliche Hege der tschechischen nationalen Presse, die diese Reichstagsrede vermutlich als eine deutsche nationalistiche Kundgebung hinstellen wird. Uns handelt es sich um die Lösung eines der ernstesten Existenzprobleme der deutschen Arbeiter und Angestellten, die im ureigensten Interesse des Staates liegt. Wir wissen uns frei von jedem nationalpolitischen Chauvinismus und wünschen die Verständigung aller Nationen und die friedliche Lösung aller nationalpolitischen Fragen. Wir sind bereit, am wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Staates mitzuarbeiten, verlangen aber auch mit aller Entschiedenheit Gleichberechtigung und Sicherung unserer Existenz; und das heißt, Einstellung des Abbaus deutscher aus dem staatlichen Dienst und Berücksichtigung der Deutschen bei Neuaufnahmen nach dem Bevölkerungsschlüssel. Die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft wäre bei Fortsetzung der bisherigen Politik nicht imstande, die Verantwortung für ihre bereitwillige Mitarbeit auf die Dauer zu tragen. (Beifall.)

Darauf tritt die Mittagspause ein. Am Nachmittag ergriff als erster Redner das Wort

Genosse Grund:

Die Krise der Wirtschaft wird außerordentlich verschärft durch die Krise in der autonomen Verwaltung. Die Arbeiterschaft wird in doppelter Weise durch die Finanzkrise der Gemeinden und Bezirke betroffen. Vor allem dadurch, daß die sozialen und kulturellen Leistungen der autonomen Körperschaften durch das Gemeindefinanzgesetz auf ein Minimum herabgedrückt werden. Selbstverständlich sind dann die

Gemeinden auch nicht in der Lage, unter den drückenden finanziellen Verhältnissen, in denen sie leben, eine produktive Arbeitslosenfürsorge zu treiben. Die Gemeinden könnten außerordentlich leisten, wenn sie Notstandsarbeiten vornehmen könnten. Nicht nur durch den Entfall dieser Arbeiten leiden die Arbeiter, sondern auch dadurch, daß die ganze Methode der Finanzierung der Gemeindevirtschaft in einem für sie ungünstigen Sinne betrieben wird, daß das Hauptgewicht der Gemeindevirtschaft nicht in den Zuschlägen zu den direkten Steuern liegt, sondern in den Abgaben, die die Gemeinden gezwungen sind, einzubehalten. Und diese Abgaben sind höchst unsozialer Natur. An allen Zuständen ist das Gemeindefinanzgesetz schuld. Der neue Entwurf zur Sanierung der Finanzen der Selbstverwaltungskörper, den die neue Regierung einzubringen gedenkt, schafft nicht genügend Mittel zur Sanierung der Gemeindevirtschaft. Die Erhöhung der Umlagen auf 300 Prozent wird den meisten Gemeinden nicht genügen und der Entwurf beseitigt auch nicht die Mängel der Verteilung des Ausgleichsfonds. Heute können wir bereits von einer Katastrophe der Gemeindevirtschaft sprechen, die nur mühsam verschleiert wird. Es gibt Gemeinden, die nicht mehr instand sind, die Zinsen für ihre früheren Darlehen zu bezahlen. Im nächsten Jahre werden die Zuschüsse des Fonds nicht mehr zureichen, um auch nur die gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen der Gemeinden zu decken. Es ist allerhöchste Zeit, das Gemeindefinanzgesetz zu ändern, um auch dadurch die Wirkungen der Wirtschaftskrise abzuschwächen. (Beifall.)

Genosse Kreschl

weist zunächst auf die Reformbedürftigkeit der Arbeitsvermittlung hin. Vor allem gibt es für den Unternehmer keine Verpflichtung zur Anmeldung. Wenn der Arbeitslose längere Zeit zur Arbeitsvermittlung geht und keine Arbeit findet, verliert er den Mut und sucht sich dann anderwärts Arbeit. Notwendig ist eine Konzentration in den öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen. Sodann wendet sich Genosse Kreschl der Besprechung der Lage der Angestellten der autonomen Körperschaften zu. Alle Gesetze, die Verschlechterungen der materiellen Lage der Staatsangestellten beinhalten, haben automatisch auch auf die Angestellten der Gemeinden, Bezirke und Länder Anwendung gefunden. Niemals aber ist es bei Verbesserungen der Fall gewesen. Die Methode des Abbaus deutscher Staatsangestellter wurde auch bei einer großen Anzahl jener Angestellten in Städten und Bezirken angewendet, bei denen nach dem Umsturz eine tschechische Mehrheit zustande kam. Der verstorbene Bürgermeister von Brünn Dr. Macha hat in seiner Antrittsrede im Jahre 1922 gesagt: „Mein Bestreben wird es sein, alle deutschen Beamten und Angestellten aus der Gemeinde zu entfernen.“ Tatsächlich wurden auch in Brünn bis in die letzte Zeit 386 deutsche Gemeindeangestellte abgebaut. Neuaufgenommen wurden 1419 Angestellte, davon im ganzen neun Deutsche. Bei der Landesbehörde in Brünn ist ein Abbau von 40 Deutschen zu verzeichnen. Aufgenommen wurde in der letzten Zeit kein einziger Deutscher. Besonders ein Kapitel bildet die Stadt Jglaue: 69 deutsche Angestellte wurden in Pension geschickt oder entlassen, hierfür wurden 124 Neuaufstellungen vorgenommen, wovon aber nur fünf Deutsche sind. Das Gesetz über die Verwaltungsreform bedeutet die Verdrängung der Deutschen aus dem Bezirksdienst. So waren in Reichenberg vor der Verwaltungsreform vier deutsche Beamte, nach der Verwaltungsreform blieben nur zwei Deutsche, drei Tschechen kamen hinzu. Bei den Bezirksbediensteten, die nicht staatliche Bedienstete sind, müssen zunächst bei der Aufnahme Legionäre und Unteroffiziere berücksichtigt werden. Wie katastrophal sich diese Bedingung auswirkt, ist aus folgendem zu ersehen: Wenn ein Bezirk sechs Beamte und einen Bediensteten hat, müssen 50 Prozent des Standes der Beamten den Legionären vorbehalten bleiben, von dem übrigen zwei Drittel den länger dienenden Unteroffizieren, das macht von sechs Angestellten fünf. Es kann also nur eine einzige Stelle vom Bezirk autonom besetzt werden. Für die Gemeindeangestellten ist durch das Gemeindefinanzgesetz ein unhaltbarer Zustand eingetreten, da die Beschlüsse der Gemeinden auf Anstellung den vorgesehnen Behörden zur Genehmigung vorzulegen sind. Die Bürokraten entscheiden also in letzter Linie darüber, ob jemand angestellt wird, oder nicht. Durch die Verstaatlichung der Polizei sind auch viele deutsche Angestellte verschwunden. So sind in Gablonz von 53 Angestellten der Polizei nur drei Deutsche angestellt. Daraus sieht man, wie notwendig es ist, zur freien Selbstverwaltung zurückzukommen. Die öffentlichen Angestellten erwarten, daß der deutsche Arbeitsplatz den Deutschen wieder freigemacht wird. (Beifall.)

Genosse Kaufmann:

Auch in der Metallindustrie müssen wir feststellen, daß wir es mit einer Wirtschaftskatastrophe zu tun haben. Insbesondere die Rationalisierungsbestrebungen haben dort ihre größten Auswirkungen gehabt. Um die Jahreswende 1929/30 haben sich die Verhältnisse besonders verschlimmert. Während wir im Jänner 1929 nur drei Prozent Arbeitslose hatten und 5,2 Prozent Kurzarbeiter, konnten wir am

Schlusse des Jahres 10,58 Prozent unserer Mitgliedschaft als Arbeitslose und nahezu 14 Prozent als Kurzarbeiter verzeichnen. Im Monate Jänner zählten wir bereits nahezu 10 Prozent Arbeitslose und 21,7 Prozent Kurzarbeiter. Diese Ziffer stieg bis April auf 10,3 Prozent, beziehungsweise 29,4 Prozent, zusammen waren also 39,7 Prozent unserer Mitgliedschaft von der verschärften Wirtschaftskrise betroffen.

Im August überstieg die Ziffer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter den Stand vom April noch um ein bedeutendes. Im Laufe eines Jahres haben sich von unseren Mitgliedern 16.366 als arbeitslos gemeldet, wovon ungefähr ein Drittel erst ständig arbeitslos war, während die anderen erst nach Wochen oder Monaten wieder in die Betriebe zurückkehrten. 65 Prozent unserer Mitglieder waren im Laufe eines Jahres für kürzere oder längere Zeit arbeitslos. Seit dem Jahre 1920/21 haben wir eine ständige Rückentwicklung in der Metallindustrie zu verzeichnen. Ueber 20.000 Metallarbeiter sind in den Betrieben des deutschen Industriegebietes weniger beschäftigt. Die planmäßige Verdrängung der deutschen Arbeiter vom Arbeitsplatz bedeutet auch in der Metallindustrie eine Verschärfung der Arbeitslosigkeit. In der Waggonfabrik in Botenwald waren im dem Jahre 1920/21 60 Prozent deutsche und 40 Prozent tschechische Arbeiter beschäftigt. Die Eisenbahnminister Eikbrunn und Franke forderten eine Änderung der Belegschaftsziffer nach dem nationalen Schlüssel und als die Direktion zögerte, die deutschen Arbeiter zu entlassen, drohte das Eisenbahnministerium mit der Einstellung aller Staatsaufträge. Heute sind die Verhältniswahlen der Belegschaft fast gerade umgekehrt. Dabei verschärft der Staat noch die Wirtschaftskrise durch Errichtung neuer Betriebe. Wir besitzen hier acht Metallwerke mit einer Belegschaft von etwa 3500 Mann, welche mit 70 Prozent ihrer Kapazität für den Export arbeiten. Trotzdem errichtet die Brünnener Waffensabrik mit Hilfe von Staatsmitteln — 50 Millionen Kronen Staatsgelder sind in dem Betrieb investiert — ein neues großes Werk in der Slowakei, das 6000 Arbeiter beschäftigen soll, also fast die doppelte Kapazität haben wird, wie die bereits bestehenden Betriebe, obwohl wir nur mit 30 Prozent fürs Inland arbeiten. So gefährdet der Staat die Existenz der hier bestehenden Betriebe und damit auch das Dasein der beschäftigten Arbeiter. (Beifall.)

Genosse Jask:

Wenn wir uns zusammengesunden haben, um das bedrängte Herz der deutschen Arbeiterklasse auszusprechen, so geschieht dies keineswegs zu dem Zwecke, um eine Kluft zwischen uns und der tschechischen Arbeiterklasse aufzureißen. Was wir hier anführen, geschieht im Interesse des guten Zusammenlebens der Völker, aus dem Willen heraus, die Kampfgemeinschaft mit der tschechischen Arbeiterklasse zu erhalten und zu festigen, eine Kampfgemeinschaft, die allerdings nur dann dauernden Bestand haben kann, wenn auch das Lebensinteresse der deutschen Arbeiter darin sein: Wahrung findet. Der Kampf um den Arbeitsplatz ist nicht ausschütten zwischen den deutschen und tschechischen Arbeitern, sondern ist Sache einer Auseinandersetzung zwischen uns und dem Staate. Genosse Pohl hat die Ursachen aufgezeigt, die dazu führen, daß wir im deutschen Siedlungsgebiet unter dem Druck eines furchtbaren Menschenüberflusses stehen. Dies resultiert nicht nur aus der Krise unserer heimischen Industrie, sondern auch aus der Krise im benachbarten Deutschland und Oesterreich. Die industriearmen Gegenden Südmährens und Südböhmens und des ganzen südwestböhmisches Grenzgebietes haben vor dem Kriege ihren Menschenüberfluß nach Deutschland und nach den heute deutschösterreichischen Ländern exportiert. Die neue Gestaltung der Grenzen haben den Menschen den Zutritt zu den alten Arbeitsplätzen verweigert und großen Gebieten ist die wirtschaftliche Lebensader unterbunden. Heute gibt es Hunderte und Tausende von Menschen, die seit dem Sommer 1929 arbeitslos sind, die nach dem Industriegebiet auf Arbeitsuche gezogen sind und nach einigen Wochen ohne einen Heller Geld barfuß heimgekehrt sind. Sie können vielfach nicht in den Genuß der gewerkschaftlichen Unterstützung kommen, weil ihre Beschäftigung eine unregelmäßige war. Das einzige Mittel, ihrem Elend zu steuern, besteht in Notstandsarbeiten. Im tschechischen Volk wurden viele Arbeitsmöglichkeiten bei der Durchführung der Bodenreform geschaffen. Im deutschen Siedlungsgebiet ist aber der soziale Effekt der Bodenreform gleich null, mit Ausnahme der Einlösung der langjährigen Pachgründe. Die trübenden Erfahrungen mit der Bodenreform nötigen uns, auch angesichts der bevorstehenden Wälderreform misstrauisch zu sein. Es fehlt uns der Beweis dafür, daß damit auch nur die geringste soziale Besserung für die in den Wäldern beschäftigten Menschen verbunden sein wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn die staatlichen Forste in den Dienst des nationalen Kampfes gestellt würden. Das würde eine Kriegserklärung an unsere deutsche Bevölkerung bedeuten. Die Gemeinden sind bisher sehr stiefmütterlich behandelt worden. Das Bedenamt hätte noch eine kurze Frist, um wenigstens noch das Gesehene durch Berücksichtigung der deutschen Gemeinden bei der Zuteilung teilweise gutzumachen.

Wir fordern eine reinliche Scheidung zwischen privatem und öffentlichem Interesse in der Bodenreform

und verlangen den Vorrang des allgemeinen Interesses gegenüber dem Privatinteresse. Die Behandlung der Gesuche der deutschen Gemeinden um Waldzuteilung wird für uns der Prüfstein sei, ob im Bodenamt noch der alte Geist herrscht oder ein neuer Geist eingezogen ist. (Beifall.)

Genosse Gottschlich:

Die 40.000 abgebauten deutschen Staatsangestellten müssen sich auf dem Arbeitsmarkt der Privatindustrie als schwerwiegende Konkurrenz auswirken. Die Aufnahme in den Staatsdienst erfolgt heute nicht mehr nach Qualifikation und Befähigung, sondern Protektion ist maßgebend. Bei der tschechoslowakischen Post kommt jährlich ein Aufnahmekontingent von 1500 Bediensteten in Betracht. Von diesem würden auf die Deutschen Schlüsselmäßig etwa 500 entfallen. Wir müssen feststellen, daß in den letzten elf Jahren nicht nur die Neuaufnahmen für den deutschen Nachwuchs vollständig weggefallen sind, sondern daß außerdem etwa 2000 Deutsche abgebaut wurden. Im Postreform allein müssen wir den Verlust von 7500 Arbeitsplätzen feststellen. Durch Erhebungen ist festgestellt worden, daß im deutschen Gebiet durchschnittlich 40 Prozent der deutschen Postbediensteten verschwunden sind. Es haben beispielsweise Aß, Falkenau, Graslitz und Komotau einen Abgang von 41 Prozent deutscher Bediensteten zu verzeichnen. Teplitz 48 Prozent, Marienbad 49 Prozent, Ruffig 50 Prozent, Winterberg 61 Prozent. Im Postministerium zählen wir von insgesamt 558 Bediensteten nur drei deutsche Kräfte, das ist ein halbes Prozent. Bei der Errichtung von Telephonzentralen, bei der Automatisierung der Errichtung von Radiozentren, der Einführung von Autobuslinien wird das deutsche Gebiet stiefmütterlich behandelt. (Beifall.)

Genosse Bergmann

will das Bild, das eine Reihe von Vortrednern aus der Industriearbeiterschaft gegeben haben, ergänzen durch einige Worte vom Standpunkt der Angestellten. Die Dienstgeber haben es in den letzten Jahren gelernt, die Angestellten gerade so zu behandeln, wie sie seit Jahrzehnten die Arbeiter behandelt haben. Es ist nicht mehr so wie vor einigen Jahren, daß bei einer Krise der Angestellte im Betrieb verbleiben kann, sondern er wird ebenso schnell entlassen wie der Arbeiter. In unserer 35jährigen Tätigkeit im allgemeinen Angestelltenverband haben wir noch nie eine derart rücksichtslose Behandlung der Arbeitnehmer erlebt und eine derartige Stellenlosigkeit verzeichnet. Man kündigt beispielsweise das Dienstverhältnis sechswohlig zum Quartalschluß und wenn die Kündigungsfrist abgelaufen ist, erklärt man dem Angestellten, er könne weiter verbleiben, aber zu einem viel niedrigeren Gehalt, ohne Rücksicht auf die bestehenden Kollektivverträge! Für einen älteren Angestellten bedeutet der Abbau die vollständige Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben. Die Angestellten werden zu einem Zeitpunkt abgebaut, wo sie noch keine Pension erhalten können, zu 50 bis 55 Jahren, und es zeigt sich hier, daß die Altersgrenze der Pensionsversicherung von 60. und 65jährigen zu hoch ist. Groß ist die Konkurrenz durch die abgebauten Staatsangestellten. Durch die Stilllegung von Betrieben haben wir in unserem Angestelltenverband im Kreise Reichenberg 216 abgebaute Angestellte der Textilindustrie zu verzeichnen, die zu 75 Prozent wahrscheinlich in keinen Betrieb mehr hineinkommen werden.

Die Stellenlosigkeit der deutschen Angestellten ist ungeheuer.

In allen Betrieben, die von der Lidno finanziert werden, werden für jeden abgegangenen Deutschen keine Deutsche mehr aufgenommen. Wo soll das hinführen? Wenn man uns für diesen Staat als notwendig bezeichnet, dann darf man uns nicht verhungern lassen! (Beifall.)

Genosse Hadel:

Sie werden es verstehen, daß auch die Vertreter der Genossenschaften einige Worte zur Tagung sagen. Wir stehen mitten im Wirtschaftsleben und werden von dem Auf- und Niedergang der Wirtschaft am stärksten berührt. Die heutige Krise ist der Zusammenbruch der Industrien in unserem deutschen Sprachgebiet. Ein großes Hindernis für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ist die Schutzollpolitik der Bourgeoisie und die Zinspolitik der Hochfinanz. Die meisten Länder gehen zum Schutzoll über. Der enorme Zinsfuß wieder verhindert jede freie Bewegung der wirtschaftlichen Betätigung. Die Bautätigkeit wird unterbunden und dadurch das ganze Baugewerbe in Mitleidenschaft gezogen. Ein großes Hindernis für die normale Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse ist auch die Preispolitik der Kartelle und Trusts. Es werden Preise gehalten, die weit über die Herstellungskosten hinausgehen und durch einen hohen Zoll wird die ausländische Konkurrenz unwirksam gemacht. Wenn der technische Fortschritt und die Rationalisierung nur den einen Zweck haben, Menschenkraft zu ersparen, die dann der sozialen Fürsorge überantwortet werden muß, so hat der Fortschritt keinen Sinn mehr. Neben der Industriekrise haben wir auch eine Agrarkrise. Wir verschließen uns nicht der Tatsache, daß die Landwirtschaft jetzt nicht auf Rosen gebettet ist, aber die Agrarkrise ist nicht mit der Krise der Arbeiterschaft zu vergleichen. Wenn der Bauer für sein Getreide nur 60 Prozent des Friedenspreises bekommt,

so muß er doch noch immer nicht verhungern! Ich will als Genossenschaftler auch sagen, daß eine Verfestigung des Schanzjollies keine Lösung der Krise bedeutet. Die Genossenschaften haben auf einer Reihe von Kongressen deutlich gezeigt, daß die Zollgrenzen fallen müssen. Wir stehen auf dem Standpunkt des freien Warenverkehrs von Land zu Land. Wir betonen weiter die Notwendigkeit der Planwirtschaft. Nur wenn wir die Anarchie der heutigen kapitalistischen Wirtschaft beseitigen, wird etwas Bahnbrechendes für die Lösung der Krise geschaffen. Der organisierte Konsum muß die Grundlage der organisierten Produktion bilden. Als Gegenwartsforderung verlangen wir die endliche Errichtung von Verbraucherkammern. Die große Masse der Verbraucher hat wohl ein Recht darauf, daß ihre Interessen ebenso vertreten werden, wie die der Industrie in den Handelskammern. Die Genossenschaften stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt der Selbsthilfe und verlangen vom Staat nichts anderes als daß er die Bahn freimacht zu ihrer freien Entwicklung.

Genosse John:

In der Branche, die ich vertrete, hat besonders die Papierindustrie unter der Krise zu leiden. Diese Industrie hat es verstanden, sich die Preise durch festen Zusammenschluß zu sichern, sie hat aber auch den Arbeiter ausgenutzt und die Rationalisierung durchgeführt. In der Papierindustrie können wir auch feststellen, daß die Ueberproduktion schuld an der Krise ist. Im Jahre 1925 betrug die Produktion 296.000 Tonnen, im Jahre 1929 war sie schon auf 601.000 gestiegen. Das ist also eine Zunahme um zirka 53 Prozent, der Mehrabsatz aber betrug nur 23 Prozent. Dabei sind in der Papierindustrie seit 1920 zirka 3000 Arbeiter abgebaut worden. Zu unseren wichtigsten Aufgaben gehört auch ein Geß über Betriebsbeschränkungen. So wurden in Franzensthal 200 Arbeiter durch die Betriebsseinstellung brotlos, mit den Familienangehörigen macht das 800 Personen aus. Es ist dies im äußersten Winkel des Böhmerwaldes, wo keine andere Industrie besteht und die Leute sind direkt dem Hunger preisgegeben.

Von 92 Papierfabriken sind nur noch drei Betriebe voll beschäftigt

und auch in diesen soll die Arbeit in nächster Zeit eingeschränkt werden. Ähnliche Verhältnisse sind in der Zuckerindustrie. Mehr als 40 Fabriken sind eingestellt, weitere 20 bis 25 Betriebe sollen noch eingestellt werden. Die ständigen Arbeiter und Angestellten werden abgebaut, oder sind zu Kurzarbeit verurteilt. In letzter Zeit sind von den ständigen Arbeitern rund 2000 abgebaut worden. Zehntausende von Saisonarbeitern finden keine Beschäftigung mehr. Genoss ist es auch in der chemischen Industrie. Seit dem Jahre 1921 sind in diesem Industriezweig nicht weniger als 4000 Arbeiter abgebaut worden. In der Chamotteindustrie haben wir einen größeren Betrieb, wo die Arbeiterschaft seit Wochen aussetzen muß. In der chemischen Industrie benötigen die Industriellen die Krise auch dazu, um die älteren Arbeiter abzubauen. Wir haben derzeit 1281 arbeitslose Mitglieder, die in Unterstützung stehen, hunderte von Kollegen sind ausgezehrt. So haben wir auch in unserem Industriezweig eine Krise zu verzeichnen, wie wir sie schon seit Jahren nicht erlebt haben. (Beifall.)

Genossin Matny:

Ich komme aus dem Gebiet der Porzellanindustrie, man hat mir erzählt, daß heute unsere Porzellanfabriken die reinen Kindergärten geworden sind, wo 15- bis 16jährige Mädchen in Arbeit stehen und zu unerhört niedrigen Löhnen arbeiten. Und diese Mädchen und Frauen sind heute noch vielfach von der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erfasst. Sie bilden eine Gefahr für die Lebenshaltung der Arbeiter und den Klassenkampf. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter treibt die Frauen zur Berufsarbeit. Je mehr Kinder da sind, desto mehr ist die Frau gezwungen, mitzuverdienen.

Die Frauen sind von der Krise selbst am schwersten betroffen: als Mütter von Arbeitern, aber auch als arbeitende Menschen selbst.

Die Forderungen, die wir Frauen in dieser bösen Zeit zu stellen haben, sind zunächst die vorbeugende Fürsorge, die schon die Wöchnerin und das Kind im Mutterleib betreuen muß, die das Kind in allen Entwicklungspfafen und den Menschen sein ganzes Leben lang zu begleiten hat. Unsere Forderungen heißen: Arbeiter- und Arbeiterinnenklub, kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, gleicher Lohn für gleiche Leistung. An die Arbeitererlernter möchte ich die dringende Anforderung richten, daran zu denken, daß die jungen Mädchen, genau so wie die jungen Burischen eine qualifizierte Berufsausbildung brauchen. Wir sind uns klar, daß die Wirtschaftskrise in der Zeit des Kapitalismus nicht beseitigt werden kann. Ebensovornig können in dieser Zeit der spekulativen Warenerzeugung der kapitalistischen Gesellschaft die Forderungen der Frauen durchgesetzt werden, und darum möchte ich mit einem glühenden Bekenntnis zum Sozialismus schließen. (Beifall.)

Genosse Kopla:

Als letzter Redner will ich über ein Thema sprechen, das hier noch nicht zur Debatte gestanden ist, über das Theater. Das Theater hat eine hohe kulturelle Aufgabe, aber damit im

Zusammenhang stehen auch wirtschaftliche und soziale Fragen. Nach dem Umsturz befanden sich in der Tschechoslowakischen Republik 28 deutsche Theater. Von diesen wurden den Deutschen eine Reihe weggenommen und die wirtschaftliche Lage der übrigen Theater ist so ernst, daß wir in nächster Zeit mit weiteren Verlusten rechnen müssen. Von den Angestellten an diesen deutschen Bühnen haben nur 70 Prozent der Angestellten eine Verdienstmöglichkeit durch sieben Monate im Jahre. Wir haben einen Arbeitslosenstand von 25 Prozent. Durch das Gemeindefinanzgesetz ist den Gemeinden die Möglichkeit genommen, den Theatern die entsprechende Unterstützung zu gewähren. Der Staat gibt den deutschen Theatern in der Tschechoslowakei den Betrag von 1,4 Millionen, der auf die deutschen Theater in Prag und Brünn aufgeteilt wird. Das Land Böhmen gibt nur dem deutschen Theater in Prag eine Subvention, das Land Mähren gibt dem deutschen Theater in Brünn eine Subvention von 240.000 Kronen, während das tschechische Theater in Olmütz 500.000 Kronen, das in Währisch-Strau 400.000 Kronen und das tschechische Theater in Brünn eine Million bekommen. Wir wollen dem tschechischen Theater nichts wegnehmen. Wir wollen nur unser Recht. Wir bitten Sie, uns in dieser Arbeit zu unterstützen und hoffen, daß auch auf tschechischer Seite ein Interesse daran besteht, die deutschen Theater im Lande zu erhalten.

Schlusswort des Genossen Pohl.

Von den Rednern in der Debatte haben sich alle mit meinen Ausführungen einverstanden erklärt. Mein Redner haben mit Rücksicht auf die Zeit aufs Wort verzichtet, die Genossen Schloßnidel von den Tabakarbeitern, Uhl von den Landarbeitern, Schiller von den Bekleidungsarbeitern, Paul von den Eisenbahnern, Kern für die Jugendlichen, Fiedler von den öffentlichen Angestellten, ferner Wunderlich, Franz Palnc und Lorenz-Rothau.

Alles, was hier vorgebracht wurde, gibt noch kein vollständiges Bild, sondern es sind nur Teilbilder, aus denen sich erst ein Gesamtbild formen muß. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Staates und der Arbeiter sind ziemlich trostlos und auf den deutschen Arbeitern lastet außerdem noch ein weiterer Druck. Aussprechen, was ist, ist nach Lassalle eine gute sozialistische Eigenschaft. Wir haben auf dieser Konferenz nichts anderes getan. Es gibt Momente, wo schon ein Teil Besserung und Vinderung dadurch bedingt wird, daß etwas ausgesprochen wird. Wir knüpfen diese Hoffnung an die heutige Konferenz. Wir glauben, daß alle, die von den Verhandlungen hier mittelbar oder unmittelbar Kenntnis erhalten, den Eindruck gewinnen müssen: so kann es nicht weiter gehen! Ich möchte nicht abschließen, ohne noch auf zwei Beispiele zu verweisen. Ähnliche Verhältnisse wie bei uns bestehen auch in anderen Staaten. Ich bin schon wiederholt durch den Elsaß gereist. Dieses Land ist nach dem Friedensschluss an Frankreich gefallen. Aber die französische Staatsbahndirektion in Straßburg hat noch keinen Franzosen angestellt, hat keinen Mann entlassen, sie beschäftigt nur Elsässer, von dem Staatsbahndirektor bis hinunter zum Nachtwächter. Und diese Elsässer versehen den Dienst von Straßburg bis nach Nancy ins französische hinein.

Was die französische Republik aushält, müßte auch die Tschechoslowakische Republik aushalten.

Und gehen wir nach Jugoslawien. Kein slowenischer Eisenbahner wurde abgebaut, obwohl nur ein winziger Bruchteil die serbische Staatsprache versteht, ja lesen kann, da sie andere Schriftzeichen besitzt!

Wenn wir gesagt haben, daß wir bei Änderung dieser Verhältnisse auf die tatkräftigste Mitwirkung unserer tschechischen Genossen rechnen, so weiß ich, daß dies nicht so einfach ist, daß die tschechischen Genossen zu den Dingen anders stehen und daß sie vielleicht auch andere Rücksichten nehmen müssen. Ich will das nicht unterschätzen, aber ich darf wohl doch zum Schluß aussprechen, daß wir den Begrüßungsworten des Genossen Hampl die Deutung zu geben vermögen, daß uns die Unterstützung und das Verständnis für unsere Situation nicht versagt werden wird. Wir wünschen nicht, unser Verhältnis zu den tschechischen Arbeitern zu ändern.

Der Sozialismus würde für das tschechische wie für das deutsche Proletariat in diesem Staate hoffnungslos, wenn wir nicht gemeinsam zusammenarbeiten. (Beifall.)

Wir haben eine Periode dieser Hoffnungslosigkeit hinter uns und wir vergessen sie nicht so rasch. Wir wollen keine Konkurrenz mit den Chauvinisten von rechts und links, aber Leben müssen wir als deutsche Arbeiter, eine Existenzmöglichkeit müssen wir haben und ohne diese müßte auf die Dauer jedes Verhältnis, und sei es ideell noch so stark verankert, leiden und schließlich brechen. Daß es der gesamten Arbeiterklasse in diesem Staate schlechter geht, daß wir drei Jahre Bürgerblockregime hinter uns haben, ist nicht ohne Verschulden der Arbeiterklasse selbst geschehen, durch die Uneinigkeit und durch die von außen hineingetragene Spaltung waren wir geschwächt und von dieser Schwächung haben die Kapitalisten den denkbar größten Mißbrauch gemacht. Die Arbeiterklasse ist jetzt etwas erklarrt, lange nicht

so weit als es notwendig wäre, aber die Wirkungen dieser Erstarrung sind feststellbar. Es ist kaum ein Jahr, seit die Sozialisten in der Regierung sind. Es ist seither nicht mehr vergeblich gegangen, es ist langsam unter äußerster Anstrengung unserer sozialistischen Minister und, soweit die Sozialpolitik in Frage kommt — wir treiben keinen Personenkultus — unter der unermüdbaren Tätigkeit unseres Genossen Czoch etwas vorwärts gegangen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Aber gegen die Probleme, die heute zur Diskussion gestellt wurden, ist das zu wenig. Die Erstarrung der Gewerkschaften und der politischen Partei wird die sicherste Gewähr sein, daß wir unsere Ziele erreichen, gemeinsam und Schulter an Schulter mit unseren tschechischen Genossen. Wenn die Konferenz diese Wirkung hat, dann war sie nicht vergebens. Es wird gut sein, im Interesse der ganzen tschechoslowakischen Arbeiterbewegung, im Interesse der gemeinsamen Bestrebungen der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaften und im Interesse des Staates selbst und seiner inneren Festigung, daß dasjenige, was heute hier von uns ausgesprochen und verlangt wurde, nicht auf taube Ohren stößt. (Starker, langanhaltender Beifall.)

Resolution.

Der Vorsitzende Genosse Roscher läßt nun über folgende Resolution abstimmen, welche einstimmig angenommen wurde:

Die am 7. September 1930 in Prag tagende Konferenz nimmt den Bericht des Abgeordneten Pohl zur Kenntnis.

Sie beauftragt und ermächtigt die Präsidien der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei und des deutschen Gewerkschaftsbundes, im Sinne der Ausführungen des Referenten und der in der Debatte gemachten Anregungen mit der Regierung in Verhandlung zu treten und über das Ergebnis dieser Beratungen sowohl der Parteivertretung als auch dem Gewerkschaftsbunde Bericht zu erstatten.

Schlusswort des Genossen Roscher.

Unsere Tagung war ein Aufschrei aller jener, die sich bedrückt fühlen, denen Unrecht geschehen ist, und sie war ein Rufschrei aller jener, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse in schwerster Not geraten sind. Die tschechischen Genossen werden uns verstehen. Der deutsche Arbeiter, dem seine Existenzgrundlage entzogen, muß sich dagegen wehren und muß fordern, daß ihm diese Existenzgrundlage dauernd und gesichert erhalten bleibe. Wir stehen auf dem Boden dieses Staates und wir haben die Aufgabe, in inniger Gemeinschaft mit unseren tschechischen Genossen den Kampf um die Rechte unserer Arbeiterklasse zu führen. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß

das Schicksal des tschechischen Arbeiters auch das Schicksal des deutschen Arbeiters ist, und umgekehrt, das Schicksal des deutschen Arbeiters auch das Schicksal des tschechischen Arbeiters sein muß. (Beifall.)

Wenn wir die Fragen so beurteilen und gemeinsam den Ungerechtigkeiten, welche Arbeiter immer sie treffen mögen, an den Leib rücken, dann werden wir vorwärts kommen und manches verhindern. Die Zukunft muß sich anders gestalten, muß auch die Lebensmöglichkeiten der deutschen Arbeiterschaft sichern. Das Bürgertum steht der Arbeiterschaft mit Unvernuft und Haß gegenüber und hat seine festeste Stütze in den Kommunisten. Wir werden in der gemeinsamen Kampffront auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete dieses Bollwerk, das das Bürgertum heute zu seinem Schutze besitzt, nach und nach zerbröckeln.

Es haben heute die Vertrauensleute den Gewerkschaften und der Partei gesprochen, sie haben ausgesprochen, wie die Verhältnisse sind, hat jeder Beschönigung, aber auch hat jeder Uebertreibung. Genosse Pohl hat in seinen Ausführungen aufgezeigt, was wir unternehmen, worauf wir Regierung und Kerner aufmerksam machen müssen, was in nächster Zeit zu geschehen hat, was zur Sicherung des notdürftigsten Lebens und der Existenz der Arbeiterschaft in der Krisenzeit notwendig ist. Es würde wiederholt darauf verwiesen, daß die Wirtschaftskrise das Kind der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und der anarchisierenden kapitalistischen Produktionsweise ist. Gewiß werden wir uns gegenwärtig auf den Kampf um die Verwirklichung unserer Tagesforderungen beschränken müssen, aber wir werden

keinen Augenblick vergessen, daß die Ursache aller Not in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet ist und daß erst dann die Not beseitigt werden kann, wenn diese kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist und wenn an ihre Stelle eine andere Ordnung, die sozialistische Ordnung aufgebaut ist.

Ich schließe die Tagung mit einem herzlichen Freundschaft an unsere tschechischen Genossen, mit einem herzlichen Freundschaft an unsere Arbeiterschaft, an unsere Vertrauensleute und mit einem herzlichen Freundschaft an unseren Genossen Czoch. (Lebhafte, allgemeiner Beifall.)

Die Versammelten erheben sich und stimmen das „Lied der Arbeit“ an.

Eine dreiste Fälschung. Saubere Manieren im Blatt des Herrn Karg!

Die nationalsozialistische „Tag“, das Blatt der Herren Krebs und Karg, hat sich in seiner Folge vom Samstag ein Stück geleistet, das allerhand Hochachtung verdient und dem auch innerhalb der moralisch reichlich verrotteten Halenkreuzpresse noch Seltenheitswert zukommt. Er druckt eine Notiz ab, die er aus den sozialdemokratischen Blättern entnommen hat, aber er ändert sie so ab, daß sie den gegenteiligen Sinn erhält und den Tatbestand in frecher Weise verfehrt. Wo es in der Notiz hieß „nationalsozialistisch“, machte er ein „sozialdemokratisch“ daraus. Sonst ließ er alles beim Alten. Man vergleiche die Gegenüberstellung:

Wendung im „Sozialdemokrat“ (und Kopfbilättern) v. 19. August:	Gerichtsaal-Notiz im „Tag“ v. 6. September:
Nationalsozialistische Erziehung.	Sozialdemokratische Erziehung.

Ein sozialdemokratischer Schmiedegeselle aus Leipzig stand vor dem Schöffengericht unter der Anklage der gefährlichen Körperverletzung. Er arbeitete in einer Werkstatt mit dem 15jährigen Lehrling. Als der Lehrling ihm nicht auf das Wort folgte, warf er mit einem glühenden Eisenstück nach dem Jungen, so daß dieser blutüberströmt zusammenbrach und mit schweren Brandwunden fortgetragen werden mußte. Dem Lehrling war das rechte Ohr vollständig durchgeschlagen, er war im Gesicht erheblich verletzt. Der Nationalsozialist fand milde Richter. Sie billigten ihm mildernde Umstände zu — wofür er eigentlich — und verurteilten ihn zu 200 Mark Geldstrafe. Dieser Schmiedegeselle ist ein roher und gewalttätiger Burche, eine Schande für die Arbeiterschaft. Sein Verhalten gegenüber dem Lehrling zeigt drastisch, wie man bei den Nazis die Jugenderziehung auffaßt. Ist es nicht charakteristisch, daß gerade derartige Rohlinge sich zu den Nationalsozialisten hingezogen fühlen? Und ist es nicht ebenso charakteristisch, daß sie für ihre Untaten väterliche Milde bei den deutschen Gerichten finden?

Schon aus den Sperrungen im Tag ersieht man, daß die Notiz nicht vielleicht in Deutschland gefälscht und vom „Tag“ aus einem seiner Bruderblätter übernommen wurde, sondern daß sie aus unseren Blättern geschnitten, 14 Tage aufbewahrt und dann mit der Verfälschung abgedruckt wurde. Daß der Schluß-Tag in der halenkreuzerischen Fassung dann einen Unsinn enthält, merken die Leser des „Tag“ ja nicht.

Wir fragen den Herrn Karg, was er zu dieser unqualifizierbaren Fälschung zu sagen hat. Er, der in seiner Ständeschre so empfindlich ist, daß er wegen der bloßen Feststellung einer Tatsache — daß er nämlich in bürgerlichen Blättern Artikel schreibt, die mit seinen Artikeln im „Tag“ einigermaßen kontrastieren — der wegen solcher Bolensil gleich an das Schiedsgericht der journalistischen Fachvereinigung appelliert, wird hoffentlich seiner Ständeschre auch Genüge leisten, indem er die Fälschung in seinem Blatte richtigstellt. Wir erwarten von ihm, daß er seine Leser darüber informiere, daß er mit der gefälschten Notiz einer böswilligen Einseitung aufgefessen und daß die Biberel ohne sein Wissen geschehen sei!

Die **Parlamentskorrespondenz** teilt mit: Am Dienstag, den 9. d. M., um 11 Uhr, tagen eine gemeinsame Sitzung der Präsidien der beiden Kammern, hierauf das Präsidium der Abgeordnetenammer und um 15 Uhr der verfassungsmäßige Ausschuß. Mittwoch, den 10. d. M., findet um 10 Uhr eine Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses und um 15 Uhr eine Sitzung des Budgetausschusses statt.

Gemeinsame Agrarkommission von acht Staaten. Die Warschauer Konferenz hat beschlossen, eine gemeinsame Agrarkommission der beteiligten Staaten zu errichten, deren Aufgabe die Durchführung der in Warschau gefaßten Beschlüsse ist. An der Kanzlei sind beteiligt: Polen, Rumänien, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Magharien, Lettland, Estland und Bulgarien. Damit scheint das internationale Agrarbüro und Prag vollkommen ausgeschaltet zu sein, was nicht sehr ehrend für die tschechischen Agrarier ist, die sich in den Kapi gefehlt haben, die Führer der agrarischen Internationale zu sein.

„Feinde ringsum“

oder:

Höchst überflüssige Ministerreden.

In Böhmen-Brod fand am Sonntag unter dem Protektorat des Ministerpräsidenten Udrzál ein agrarisches Fest statt, das in einer Darstellung der Schlacht von Lipan auf dem historischen Schlachtfeld gipfelte. Den „Ed. Nov.“ zufolge ist dieses Festspiel, bei dem einige Tausend Kostümierte mitwirkten, infolge der Undiszipliniertheit der Zuschauer, die sich in die schönsten Schlachtfelder hineindrängten und sie so verpackten, ziemlich mißglückt. Noch weit mehr verunglückt waren aber unstreitig die dabei geschwungenen Reden, die nicht etwa von lehrreichen Rednern, sondern vom Ministerpräsidenten Udrzál und vom Landwirtschaftsminister Bradá gehalten wurden. Wenn Herr Bradá nach Einigkeit und Solidarität ruft, die gegenseitig das Lösungswort bilden müßten, „wo vordem erbitterte Feinde um und herum das, was dem Staat durch die Friedensverträge gesichert wurde, beschränken und umbilden wollen.“ und daraus ableitet,

„daß wir umso mehr auf der Wacht sein müßten, so muß man sich an den Kopf greifen und fragen, ob wirklich ein verantwortlicher Minister, selbst wenn er als Oberkommandant vor seiner Bauernwehr eine Rede vom Stapel läßt, so unverantwortlich daherreden darf.“

Nicht genug damit, erging sich auch der Ministerpräsident Udrzál selbst in kriegerischen Tönen, die schon im Interesse guter Beziehungen zu unseren Nachbarn auf das schärfste verurteilt werden müssen. So erklärte er u. a.:

„Vergessen wir nicht, daß rings um uns herum immer Feinde sind und sein werden, die niemals aufhören werden zu versuchen, uns die Rette des Unfreien anzulegen. Weisen wir das Gerede von unserer unglückseligen strategischen Lage zurück. Niemals hatten die Grenzen des Tschechischen Staates so viel stützende und materielle Defensivseinheiten. Man muß sich aber auf die eigene Stärke verlassen und aus den Erfahrungen der Geschichte lernen.“

Einem solchen Kraftmeiertum kann man keine mildernden Umstände mehr zubilligen; das genügt nachgerade schon an den Eil gewisser Reden Mussolinis und paßt absolut nicht in eine Zeit herein, wo man auf der anderen Seite in Bezug auf die Organisation einer europäischen Staatenföderation mitzuarbeiten vorgibt. In der kommenden Budgetdebatte wird man von sozialistischer Seite jedenfalls energisch darauf dringen müssen, daß solche unliebsame Extratouren ein für allemal aufhören!

Die Arbeiter und die Rationalisierung.

Beschlüsse des englischen Gewerkschaftskongresses.

Nottingham, 4. September. Der britische Gewerkschaftskongress beschäftigte sich heute mit der Frage der Rationalisierung, der Arbeitslosigkeit und der sozialen Fürsorge gestellten Anträge. Die in England eingeführte Rationalisierung und Arbeitslosigkeit fordert nach Ansicht des Kongresses: 1. Die Herabsetzung des Mindestalters der Altersversicherung auf sechzig Jahre, wodurch 678.000 Arbeiter über sechzig Jahre aus dem Produktionsprozeß herausgezogen und jüngeren Kräften Platz gemacht würde. 2. Verkürzung der Arbeitszeit auf vier- und vierzig Stunden in der Woche, bei gleichzeitigem Verbot der Überstunden, ohne daß jedoch der gegenwärtige Lohnstandard durch solche Maßnahmen herabgesetzt werden dürfte. 3. Entschädigung für die infolge der Rationalisierung und der Betriebszusammenlegung überflüssig gewordenen Arbeiter und Angestellten. Die Anträge wurden nach längerer Debatte mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Angenommen wurde ferner ein Antrag, der Dank von England die ihr heute zustehenden finanziellen Befugnisse zu nehmen und sie auf die Regierung zu übertragen. Außerdem erbat die Kongress den Generalrat der britischen Gewerkschaften in Verbindung mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund zu versuchen, daß die Arbeitszeit und die Arbeitslöhne im Bergbau in allen Ländern auf eine gemeinsame Grundlage gebracht werden.

Schafft eine Arbeitermehrheit.

Die Anstrengungen der Arbeiterregierung zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit erkennt der Kongress in einer weiteren Entschließung an. Da aber die Arbeiterregierung keine Mehrheit im Parlament besitze, sei es ihr unmöglich, durch sozialistische Maßnahmen die Wirtschaftskrise zu lösen. Deshalb betrachtet der Kongress es als die vornehmste Pflicht aller Gewerkschaftsmitglieder, bei den nächsten Wahlen nicht nur für die Arbeiterpartei zu stimmen, sondern mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß sie als Mehrheit in das Parlament zurückkehrt.

Wieder Moslems gegen Hindus.

Bombay, 7. September. (Reuter.) In der Vorstadt Darabi kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Hindus und Mohammedanern, wobei zwei Personen getötet und 4 verletzt wurden. Der Zusammenstoß war von den Hindus provoziert, die in Begleitung von Musikkapellen eine Demonstrationkundgebung vor der Moschee veranstalteten.

Das Bluturteil von Triest.

Erregung in Jugoslawien.

Das faschistische Sondertribunal von Triest hat mit den slowenischen „Hochverrätern“ im wahrsten Sinne des Wortes kurzen Prozeß gemacht. Auch wenn es keine Todesurteile vollstreckt oder sich mit der Vollstreckung der Urteile wenigstens Zeit gelassen hätte, müßte diese Art „Gerichtbarkeit“, die von der faschistischen Presse auch noch als „faschistische Gerechtigkeit“ gepriesen wird, unter allen zivilisierten Menschen hellste Empörung wecken. In wenigen Stunden hat man einen Mordprozess gegen 80 Angeklagte zu Ende geführt, hat mit erpöckten, unter der Folter abgelegten Geständnissen eine Schuld konstruiert, die in Wahrheit doch nur eine Gesinnung — eine nur zu verständliche Gesinnung — ist, und hat neben vier Todesurteilen 30 Jahre Kerker, 25 Jahre Kerker wurden von der unerfülllichen Ehre, die sich faschistische Justiz nennt, über die jungen Slowenen verhängt, die für die Freiheit ihrer 600.000 Volksgenossen gekämpft haben.

Es ist nur zu verständlich, wenn die südslawische Bevölkerung in Erregung gerät, wenn sie das Urteil als eine Beleidigung der südslawischen Nation auffaßt, hat man doch den Prozeß mit Rücksicht in Triest, nahe der Grenze, in einer zur Hälfte südslawischen Stadt, veranstaltet und die vier Opfer auf einem Schießplatz in unmittelbarer Nähe der jugoslawischen Grenze abschlachten lassen. Man wollte gewissermaßen vor dem Publikum der ganzen jugoslawischen Nation das Exempel statuieren, das doch in den Augen Europas lediglich als ein Exempel blutiger Tyrannie, barbarischer Gesinnung, faschistischer Schande, fortleben wird. Ueber die Hinrichtung Vattinis war einst eine Welt entrückt, obwohl sie mitten im Kriege geschah und an einem überwiesenen Ueberläufer vorgenommen wurde. Italien aber geht mitten im Frieden gegen die nationalen Minderheiten mit Hinrichtungen vor und vergißt das Blut unschuldiger Opfer, auch ohne den Schein der Notwehr, den sich das sterbende Oesterreich noch geben konnte.

Wie die französische Presse mit Recht bemerkt, wird dieses Bluturteil die Spannung zwischen Jugoslawien und Italien noch steigern, den Haß der Jugoslawen, denen man Teile ihres Landes, ihre Häfen, ihr Meer genommen hat, deren Brüder man in Italien des Rechtes auf die Muttersprache beraubt, von neuem entflammen. Man ist nach diesem Blutgericht geneigt, an den entschiedenen Kriegswillen Mussolinis zu glauben und die Hinrichtung der vier Slowenen als bewußte Provokation des Nachbarstaates anzusehen.

Der blutrünstige Max Högl.

Berlin, 8. September. (Eigenbericht.) Die Spekulation der deutschen Kommunistenzentrale und des in ihr maßgebenden Abenteuerers Heinz Neumann auf den Nationalismus ist von der Moskauer „Prawda“ scharf abgelehnt worden, woraus man den Schluß ziehen muß, daß Moskau diesen verzweifelten Versuch um so mehr mißbilligt, als er die kommunistischen Arbeiter vor den Kopf stoßen müßte. Die angekündigte Diskussion in dem Münzberg-Organ ist bisher nur von einigen kommunistischen Literaten, darunter natürlich Egon Erwin Kisch, bestritten worden und es wird nur noch der oppositionelle Salenkreuzer Strasser als Mitwirkender angekündigt. In dem Strasserblatt ist überhaupt noch kein Diskussionsartikel eines Kommunisten erschienen.

Max Högl, gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen seiner blutrünstigen Drohungen gegen Severing und Förgiebel eingeleitet worden ist, wurde in Plauen von seinen kommunistischen Freunden begeistert empfangen. Er bestritt, daß er Drohungen geäußert habe; er habe nur erklärt, daß die revolutionäre Arbeiterklasse nichts dagegen haben werde, wenn die Feinde der Revolution, Severing, Förgiebel usw., erschossen würden. Diese Äußerung steht auf derselben Stufe wie einige nationalsozial. Versammlungsreden, wonach Staatssekretär Reichner hin zu richten sei, da man Hindenburg wegen seines hohen Alters schonen wolle.

Anschläge gegen Reichsbannerleute.

Berlin, 8. September. (Eigenbericht.) Aus der Liste der täglichen blutigen Zusammenstöße seien hervorgehoben: Vom gestrigen Sonntag das Drahtseilattentat auf eine nach Berlin zurückkehrende Reichsbannerkolonne. Das Drahtseil war in 2,5 Meter Höhe gespannt. Ein Chauffeur hatte die Reichsbannerkolonne gewarnt, daß etwas im Zuge sei. So blieb das erste Auto verschont, da sich alle Insassen rechtzeitig duckten. Auf dem zweiten Automobil erlitten einige Kameraden leichtere Verletzungen. Die Täter, höchstwahrscheinlich Salenkreuzler, sind entkommen. — Eine andere Reichsbannerkolonne wurde bei Mittenwalde von Bauern mit Dung- und Hengabeln empfangen. Als sich die Republikaner zur Wehr setzten, schickten die Bauern in ein Haus und eröffneten einen Steinhaag. — Auf dem Wedding im Berliner Norden wurden 15 Reichsbannerleute von einer kommunistisch verheßten Menge zum Teil erheblich verletzt. Als von der Sportplatzsiedlung ein Zug unserer Ge-

nossen durch den Südwesten Berlins marschierte, wurde er von einem Fenster aus beschossen. Der Täter wurde festgestellt.

Auch die tschechische Presse kommentiert das Urteil mit großer Erregung. Soweit sie selbst rechtlich steht und die drakonische Bestrafung politischer Andersdenkender gutheißt, könnte sie freilich angesichts dieses Bluturteils zur Einsicht kommen, daß sie — wenn auch die italienische Justiz unvergleichlich barbarischer zugreift — auf falschem Wege ist. Und Anhänger der Todesstrafe, wie Minister Benes, könnten an dem tragischen Schicksal der vier jungen Slowenen auch erkennen, welcher reaktionären Justiz sie das Wort reden!

Für die Arbeiterschaft Europas ist das Blutgericht von Triest eine neue Mahnung, im Kampfe gegen den Faschismus nicht zu erlahmen und der italienischen Arbeiterklasse solidarisch beizustehen, damit sie dem Regime der Tyrannen bald das verdiente Ende bereite!

Paris, 7. September. Das Triester Urteil wird bloß von den Blättern der Linken besprochen. Der sozialistische „Populaire“ glaubt, daß der Triester Prozeß den Ausgangspunkt einer neuen Periode der aggressiven Politik Italiens gegen Jugoslawien bildet und daß Mussolini den Prozeß dazu benutzen werde, Jugoslawien der antisfaschistischen Tätigkeit zu beschuldigen. Das Blatt erblickt darin eine Gefahr für den Frieden und fordert zur Bekämpfung des italienischen Faschismus auf. Der „Peuple“ verurteilt den Prozeß als schändliche vorbereitete Komödie, die eine Provokation Jugoslawiens sei.

Agram, 7. September. Die Nachricht vom Urteil im Triester Prozesse und von der heute morgens erfolgten Hinrichtung von Kroaten ist in Agram erst gestern abends bekannt geworden, da die Blätter erst abends diese Nachricht bringen durften. Die Kunde hat niederschmetternd gewirkt. Gegen 8 Uhr abends brachen zahlreiche junge Leute auf dem Trnjeboz in italienfeindliche Rufe aus und versuchten, gegen Italien zu demonstrieren. Die Polizei, die für heute umfassende Sicherheitsvorkehrungen getroffen hatte, schritt jedoch sofort ein und trieb die Demonstranten auseinander. Die dort konzentrierte Musikkapelle stellte auf Wunsch der Demonstranten die Darbietungen sofort ein. Im Nationaltheater, in welchem heute anlässlich des 7. Geburtstages des Thronfolgers eine Festvorstellung stattfand, stand während der Pause ein Herr aus dem Publikum auf und ersuchte das Auditorium, sich zu erheben und 2 Minuten im Gedenken an die Opfer der faschistischen Justiz schweigend zu verharren. Das Publikum folgte dieser Aufforderung.

Der Tag verlief sonst ohne Zwischenfälle. Das italienische Konsulat ist von einem starken Polizeiaufgebot bewacht.

Krise im russischen Paradies.

Der bolschewistischen „Iswestija“ vom 18. August entnehmen wir folgenden Bericht aus dem Uralgebiet über die Lebensverhältnisse der dortigen Arbeiterschaft:

„Der Wechsel der Belegschaft in den Betrieben des Urals hat astronomische Zahlen erreicht. — Zahlen, die Veranlassung geben, Alarm zu schlagen. In der Kohlenindustrie haben in den letzten sieben Monaten von 15.000 Arbeitern mehr als 12.000 die Arbeitsstellen verlassen. In der Metallindustrie hat der Wechsel in der Belegschaft im Drittel Vierteljahr 44 Prozent, gegen 26 Prozent im entsprechenden Vierteljahr des Vorjahres erreicht. In Anschwa arbeiten nur 30 Prozent der Arbeiter länger als ein Jahr. Der Trust „Ural-Prontrol“ hat von seinen 16.000 Arbeitern ungefähr 11.000 verloren. In den hydrologischen Bergwerken sind in letzter Zeit mehr als 700 Arbeiter ausgeschieden. In den meisten Fällen liegt die Erklärung für diesen starken Wechsel darin, daß die Wohnungsverhältnisse überaus unbefriedigend sind, daß die Versorgung mit Lebensmitteln nicht organisiert ist und daß die Art der Verwendung der Arbeitskräfte zu Klagen Anlaß gibt. So hat z. B. auf dem Werke R. die Verwaltung nichts getan, um die unbegründete Arbeitsverknappung zu bekämpfen, die in letzter Zeit bis auf 2700 Arbeitstage im Monat gestiegen ist. Als einziges Mittel, um diesem Uebel zu steuern, haben die Werksleitungen schubweise Entlassungen vorgenommen. An einigen Tagen wurden 150 und mehr Mann täglich entlassen. Man mußte sogar einen besonderen Angestellten mit der Ausfertigung von Entlassungsscheinen beauftragen. Für den Trust „Ural-Maschin“ sind aus Weichrussland 370 Mann angefordert worden, von denen aber nur 8 geblieben sind. Der Rest ist infolge unheiliger Lebensverhältnisse wieder abgewandert. 2000 weitere weichrussische Arbeiter haben die Werke verlassen, weil man sie in Holzbaracken, die weder Fenster noch Türen aufwiesen, untergebracht hatte. Die Ernährung veranlaßt allenthalben zu endlosen Klagen. In den Speisehäusern werden die Arbeiter durch endloses Anstehen, Schmutz, nachlässige Zubereitung der Speisen, Mangel an Holzlöffeln usw. abgestoßen.“

Tagesneuigkeiten.

Zur Messe.

Gloden
Ioden
Beter heran;
Weihrauchwolken steigen,
vor'm Altar sich neigen
Priester und Ministranten.
Nähen
sich bilden.
Beten, Geslüster
im Dämmerdämmer:
Die Messe hebt an.
Ueber den Köpfen schweben
Orgellänge;
die Herzen umweben
Priestergelänge.

Vor der Kirchentür ein Bettelmann
kräuselt seinen Mund in bit'rem Spott:
Dort! also, dort ist Gott?
Wo ist Gott?

Und an seinem Herzen
nagen alle Schmerzen
der Welt.
Es raunt, es geht
in den Priestergelänge;
es dröhnt, es höhnt
in den Orgellänge
die Frage,
die Klage:

Hans Honheiler.

Wieder ein Prager Neubau eingestürzt.

Ein Toter und drei Schwerverletzte.

Prag, 8. September. Heute nachmittags gegen 15 Uhr stürzte in Hlobetin die Pfandsche dreistöckige Neubaus der Bäckerei ein, die für Josef Rej in Prag II., der Baumeister Josef Bednar aus Hlobetin baut. Durch die eingestürzten Pfandsche und das nachstürzende Material wurde der Arbeiter Franz Redebö getötet. Schwere Verwundete wurden Ulrich Eikan, Rudolf Parma und Franz Duzek. Leicht verletzt wurde der Arbeiter Kapusta.

Zu Rettungszwecken stellten sich sofort das Rettungskorps der Prager Feuerwehrentzente sowie die Liebhener Feuerwehr ein, die aus den Trümmern die Verwundeten befreiten und den Toten hervorholten. Ueber die Ursache des Unglücks ist noch nichts bekannt.

Wanderverfolgen.

Kaloniz, 7. September. Heute kam es bei den Wandervernunft Petrowitz bei Kaloniz zu einem Zusammenstoß eines Panzerzuges mit einer Panzerdresine, wobei die Dresine stark beschädigt wurde. Bei dem Zusammenstoß wurde der Zugführer Aspirant Janovsky schwer verletzt, Gefreiter Blöck und Infanterist Rus, sämtliche vom Angriffsfahrzeugbataillon in Wilowiz. Die Verwundungen der beiden letzteren sind leicht. Außerdem wurde noch ein Soldat leicht verletzt, dessen Name bisher nicht festgestellt werden konnte. Der Zusammenstoß ereignete sich in einem unübersehlichen Terrain beim Rückwärtsfahren des Panzerzuges, der heftig auf die Dresine aufstieß. Die Verwundeten wurden unverzüglich ins Krankenhaus nach Kaloniz gebracht.

Weitere Funde auf der Weihen Insel.

Stockholm, 7. September. Die Vermutung Dr. Horns, daß sich noch weitere Reste der Andree-Expedition auf der Weihen Insel befinden, hat sich laut „Dagens Nyheter“ zufolge bestätigt. Die von der Zeitung mit dem Schiff „Jobörn“ ausgesandte Expedition fand bei der Durchsichtung der Insel das Lager der Andreeschen Expedition unter einem Gletscher, dessen Eis so weit geschmolzen war, daß sich das Lager jetzt über dem Eise befand. Unter den Trümmern eines Privathauses fand man das auseinandergefallene Skelett, außerdem viele Ausrüstungsgegenstände. Die Instrumentenlisten enthalten verschiedene Werkzeuge, Konserven, Büchsen, Teile der Wallgondel, Kleider, einen Brief an Strindberg und die Aufzeichnungen Fränkels. Die Ordnung des Lagers scheint musterhaft gewesen zu sein; alles deutet darauf hin, daß die Andree-Expedition von einer plötzlichen Katastrophe, vielleicht einem Schneesturm, heimgesucht worden war. Die „Jobörn“ wird frühestens in 7 bis 8 Tagen in Tromsö zurückverladen. Sie hatte einen Maschinendefekt und kann deshalb nur mit halber Kraft fahren. Das Kriegsschiff „Evenskund“, das gegen 1 Uhr heute nacht in Tromsö angekommen ist, dürfte so lange bleiben bis die „Jobörn“ eintrifft.

Explosion.

Paris, 7. September. Unweit Nancy bei der Gemeinde Auboué ereignete sich gestern in einer Pulverfabrik eine Explosion, wobei die Mauern des Gebäudes einstürzten. Aus den Trümmern wurden die Leichen von zehn Arbeitern und vier Arbeiterinnen, die schwere Verbrennungen aufwiesen, hervorgezogen. Die Ursache des Unglücks ist bisher nicht bekannt.

Paris, 8. September. Drei weitere Arbeiterinnen, die bei der am Samstag erfolgten Explosion in der Pulverfabrik von Nancy verwundet worden waren, sind an den Folgen dieser Verletzungen gestorben. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt somit dreizehn.

16.000 Meter hoch!

Der Aufstieg Professor Piccards in die Stratosphäre. — Ein ungeheures Wagnis.

In den nächsten Tagen ist eine physikalische und technische Sensation zu erwarten: der aus der Schweiz stammende Professor Piccard von der Universität Brüssel beabsichtigt, von Augsburg aus, wo er bereits eingetroffen ist, mit einem Freiballon 16.000 Meter hoch, also in die Stratosphäre, aufzusteigen. Da die bisher von einem Amerikaner erreichte Höhe nur 12.000 Meter beträgt, würde das Gelingen der mutigen Tat vorausgesetzt, mit dem Versuche Professor Piccards ein neuer Höhenweltrekord erreicht sein. Die größte Höhe würde auch mit dem größten Freiballon der Welt erobert werden: das von der Augsburger Firma Riedinger hergestellte Ungstüm hat einen Durchmesser von 30 Metern.

Professor Piccard legt Wert auf die Feststellung, daß es ihm nicht um die Sportsleistung und um den Rekord zu tun ist, sondern um die Wissenschaft, um die Erforschung der Stratosphäre. Insbesondere handelt es sich um das Studium des Weltens der kosmischen Strahlen und der Erdstrahlen. Natürlich sind genaue Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die dem Ballon anhängende, von Professor Piccard besonders konstruierte Gondel, eine luftdicht abgeschlossene Aluminiumkugel, hat einen Durchmesser von 2,10 Metern und ist mit einer Isolationskammer, einem Elektromotor, einer Geislerischen Zählkammer mit Photometer ausgestattet. Im Innern der Gondel wird vermutlich eine Temperatur von 20 bis 25 Grad Wärme herrschen. Diese Temperatur ist dadurch regulierbar, daß die Hälfte der Kugel mit schwarzer Farbe bestrichen ist; es ist möglich, die farblose Aluminiumseite den Sonnenstrahlen zuzudrehen, wenn es im Innern der Gondel zu warm ist und umgekehrt. Die Luftzufuhr erfolgt durch zwei Apparate mit Preßluft und flüssigem Sauerstoff. Auch das Gewicht kann differenziert werden. Professor Piccard führt 500 Kilogramm Bleischat als Ballast mit, die in jeder gewünschten Menge mittels eines Messingrichters abgeworfen werden können. Das Gasventil wird vom Innern der Gondel durch ein Seil reguliert. Die Gondel kann vollkommen luftdicht abgeschlossen werden. Die Ausgucköffnungen sind durch 5 Zentimeter starkes Glas verschlossen. An der Gondel ist unten ein kleiner Fallschirm angebracht; er soll beim Abstieg Bremswirkung ausüben.

Der Aufstieg verlangt vollkommene Windstille. Der Ballon wird nur mit 8200 Kubikmeter Wasserstoffgas gefüllt werden, so daß sich das Gas noch in stärkstem Maße ausdehnen kann, ohne daß der Ballon an Tragkraft verliert. In etwa 14—15.000 Meter Höhe wird die Hülle prall sein. Ein Ventil im Hof der Hülle ermöglicht auch früheres Absteigen. Vorläufig wird mit fünf Stunden Aufstieg gerechnet.

Piccards Unternehmen birgt ungeheure Gefahren in sich. Ueber die Luftströmungen und Temperaturen in den Höhen, in die Professor Piccard eindringen will, weiß man Genaues nicht. Der Forscher läßt sich von seinem Assistenten Ripser, dem früheren Sekretär Einsteins, begleiten.

Augsburg, 8. September. Professor Piccard hat nunmehr alle Vorbereitungen zu seinem beabsichtigten hohen Aufstieg getroffen, der, falls die Wetterlage es zuläßt, morgen früh erfolgen soll. Inzwischen ist auch von den deutschen Behörden die Startlaubnis eingetroffen. Dem Aufstieg, der auf dem abgeschlossenen Fabriks Gelände erfolgt, werden außer der Presse nur einige geladene Personen beizohnen.

Im Schacht verkrüppelt.

Komotau, 8. September. Infolge eines Stollenbruchs im Grobmannschacht bei Eisenberg wurde der 32 Jahre alte Edward Wed aus Görlau verschüttet. In schwerverletztem Zustande wurde er ins Komotauer Krankenhaus eingeliefert. Sein Zustand ist hoffnungslos.

Vom Aufzug geköpft.

Benzen, 8. September. Der beim Warenaufzug der Spinnerei Friedrich Motzsch & Sohn in Franzental beschäftigte Arbeiter Kobera wurde so unglücklich von dem im Betrieb befindlichen Aufzug erfaßt, daß ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde. Der Verunglückte ist Vater von sechs Kindern.

Fliegerempfang im Weißen Haus.

Washington, 8. September. Die französische Transozeanflieger Costes und Bellonte wurden heute Mittag im Weißen Hause vom Präsidenten Hoover empfangen. Der Präsident gedachte im besonderen der Pioniere der Luft, die bei den vergeblichen Versuchen der Ueberquerung des Atlantischen Ozeans ihr Leben eingebüßt haben. Der Erfolg der französischen Flieger beweise jedoch, daß dem Mut und der Entschlossenheit des Menschen keine Grenzen gesetzt seien. Costes und Bellonte dankten in kurzen Aufzügen dem Präsidenten und dem amerikanischen Volk für den liebenswürdigen Empfang und erinnerten daran, daß vor drei Jahren Lindbergh und Admiral Byrd als erste die Verbindung auf dem Luftwege zwischen Amerika und Frankreich herstellten.

Eisenbahn-Attentat.

Kastuta, 7. September. (Meuter.) Aus Dacca wird gemeldet: Unbekannte Täter legten auf die Schienen ein Hindernis, wodurch ein Zug ent-

Hermines Sekretär.

Neue Gaunereien des Schlinglings der Exkaiserin. — Von Wilhelm II. zum Kommunistenanwalt. — Hans Doorn soll bezahlen.

Karl Hartung, der aus früheren Betrugsaffären bekannte Privatsekretär der Prinzessin Hermine, ist von Köln, seinem jetzigen Wohnsitz unter Hinterlassung erheblicher Schulden geflüchtet.

Vor etwa zwei Jahren tauchte in Nordwestdeutschland ein jüngerer Herr von sehr gutem Aussehen und „mit guten Manieren“ auf, von dem große und geheimnisvolle Dinge erzählt wurden. Der Herr mit den „guten Manieren“, der sich Karl Hartung nannte, sollte über die besten Beziehungen zum Hause Doorn verfügen und so etwas wie Privatsekretär der Gattin des Exkaisers, der Prinzessin Hermine, sein. Tatsächlich legte er auch all denen, die sich dafür interessierten, einen Brief aus dem Hause der verstorbenen Majestäten vor, in dem ihm in den herzlichsten Worten die besondere Huld des ehemals gekrönten Holzhackers und seiner Gattin zugesichert wurde. Auch wies Hartung Quittungen vor, die bewiesen, daß Wilhelm, der ja durch die reichliche Abfindung, die er bekommen hatte, genügend Kapital besaß, Hartung nicht unbedeutende Geldzuteilungen gemacht hatte.

Kein Wunder, daß der servile und nationale Kleinbürger vor dem gewandten und sicher auftretenden Hartung und seinen allerhöchsten Beziehungen größten Respekt empfand. Es ergang Hartung genau so, wie Harry Domela in Thüringen, die lieben Untertanen warfen ihm das Geld, das er für seine Hochstapeleien brauchte, förmlich nach. Als die Affären des Schlinglings der Prinzessin Hermine allzusehr zum Himmel stanken und zahlreiche Leute, die der Schwindler um ihr Geld gebracht hatte, bei aller Hochachtung vor den Hohenzollern zum Kadi liefen, wurde dem famosen Sekretär des Hauses Doorn der Prozeß gemacht. Dann war es eine Zeit lang still um den Hochstapler, bis man in diesen Tagen wieder erbauliche Dinge von ihm gehört hat.

gleiste. Vier Reisende wurden getötet, 54 verletzt, davon 15 schwer. Von den Tätern fehlt jede Spur.

„Zeppelin“ über Mähren.

Brünn, 7. September. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ unternahm heute einen Flug von Friedrichshafen nach Breslau, wo es um 15 Uhr eintraf. Nachdem es die Passagiere ausgewechselt hatte, trat es um 17 Uhr die Rückreise an, die es über Koblenz nehmen wollte. Wegen ungünstiger Witterungsverhältnisse kehrte es jedoch nach Breslau zurück und um halb 20 Uhr trat es seinen Rückflug in südlicher Richtung über Mähren an. Kurz vor 21 Uhr überflog es Troppau und slog dann weiter in südlicher Richtung über Olmütz, Kremsier und Goding nach Wien. Die tschechoslowakische Grenze hat es um halb 23 Uhr verlassen.

Ein Urteil über Baga. Unter dem Titel „Prager Gastlichkeit“ schreibt die über den Verdacht nationalisistischer Gesinnung sicher erhabene „Frankfurter Zeitung“: „In Prag, der Hauptstadt der Tschechoslowakei, hat man es für angemessen gehalten, die Deutschen und Ungarn, die aus Anlaß der Internationalen Frauenwettspiele als Gäste nach Prag gekommen waren, mit einer Anekdote zu begrüßen. Man habe den Plah vor dem Wilsonbahnhof mit den Flaggen aller Staaten behängt, aus denen Teilnehmerinnen angemeldet waren, ausgenommen Deutschland und Ungarn. Das war natürlich kein Versehen. Man weiß, wie der Vorsitzende des Prager Magistrats, Dr. Baga, der sich einst für die Ritualmordlegende ins Zeug gelegt hat, nicht bloß gegen Juden, sondern vor allem auch gegen die Deutschen gesinnt ist. Er duldet nicht, daß im Prager Repräsentationshause deutsche Zeitungen gehalten werden, er duldet nicht, daß für eine deutsche Ausstellung in Prag durch deutsche neben tschechischen Plakaten geworden werde, er duldet auch nicht, daß an einer Prager Beethovenfeier Deutsche mitwirken, aber er konnte eines Tages sehr gut deutsche Beruhigungsworte sprechen, als nach chauvinistischen Erzessen die deutschen Wessgäste sich anordneten, das ungarische Prag zu verlassen. In seinem Geiste ist diese neue Konvention der Stadt Prag sicherlich angeordnet. Eigentlich sind ja die Bewohner der schönen Moldaustadt in ihrer Mehrzahl gar nicht so unmanierlich, wie ihr Magistrat, aber sie müßten sich klar machen, daß für Prag nicht erträglich ist, was etwa in Jugoslawien oder Tabor nichts ausmacht. Dr. Baga betrachtet offenbar als sein Ideal das Prag, aus dem die deutschen Studenten ausziehen müßten, um die Universität Leipzig zu gründen. Aber der Morgenstern der Suffisten ist kein modernes Verständigungsmittel mehr, und wenn Prag eine Weltstadt und kein tschechisches Krähwinkel sein will, so wird es sich betragen müssen, wie es die internationale Höflichkeit von zivilisierten Menschen voraussetzt. Das, was man in Prag den Ungarn und Deutschen fortdauernd antut, zeigt nur, daß im Prager Magistrat Leute von schlechter Erziehung gebieten. Sprechlich sollte man dort aber bedenken, daß auch der gutmütigste Deutsche einmal satt bekommt, und daß es außer Prag ja auch noch viele andere schöne Orte auf der Welt gibt, an denen man nicht befürchten muß, als unerwünschter Gast hinausgeworfen zu werden.“

Ein schwerer Automobilunfall ereignete sich Sonntag nachts 3 Uhr in Proschwitz a. N. Ein vom Kaufmann Ernst Hag aus Waffersdorf gelenktes Automobil wurde durch die Schein-

Hartung hielt sich in den letzten Wochen im Rheinland auf, wo er auf Teufel komm raus Schulden machte. Er wohnte in den teuersten Hotels, machte überall riesige Rechnen, die er meist nicht bezahlte, kaufte ein halbes Duzend Anzüge und Mäntel auf einmal und borgte sich unter Anspielung auf seine „allerhöchsten“ Beziehungen von vielen Leuten Geld, das er natürlich zurückzugeben vergaß. Hartung borgte sich meist auf den Namen seiner Doorners Schirm- und Schuhherrin von monarchistisch gesinnten Dummen Geld. Natürlich genügte für manchen wackeren Patrioten das Doorners Signum, um dem Gauner hilfreich zur Seite zu springen. Als schließlich die Schuldsumme des Hohenzollernschlinglings auf mehrere tausend Mark angewachsen war, wurde ihm der Boden unter den Füßen zu heiß, insbesondere, da ihn seine empörten Gläubiger schon mehrfach auf offener Straße insuliert hatten. Herr Hartung floh nach Berlin, wo er sich ausgerechnet mit dem Rechtsanwalt Dr. Apffel, dem bekannten Kommunistenverteidiger, in Verbindung setzte.

Schon früher waren Vermutungen aufgetaucht, daß die plötzliche Haftentlassung Hartungs, der seinerzeit zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt worden war, sie aber nur zum Teil verbüßen mußte, auf persönliche Intervention von Frau Hermine zurückzuführen sei. Hartung selbst, von Berliner Reportern nach diesen Dingen befragt, gab keine rechte Antwort, sondern begnügte sich mit verlegenen Ausreden, die eher Sa als Rein bedeuteten. Uebrigens sollen sich die zahllosen Gläubiger des Herrn Hartung in erregten Telegrammen nach Hans Doorn gewandt und von dort Bezahlung gefordert haben. Natürlich wird ihnen Wilhelm die kalte Schulter zeigen, so daß die allzu gutgläubigen Hohenzollernfreunde wieder einmal die Beße bezahlen müssen.

werfer eines entgegenkommenden Lastautos geblendet, geriet zu stark an den Straßenrand und fuhr gegen einen Baum. Der Wagen wurde dabei demoliert. Der Lenker desselben erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, die seine Ueberführung in das Spital notwendig machte. Zwei weitere Insassen des Autos blieben unverletzt.

Ein eigenartiger Brandstifter wurde von der Gendarmetrie in Schönlunde in dem Fabrikarbeiter Edward Endler aus Boßsberg festgesetzt. Endler gelang zwei Brandstiftungen, und zwar in der Rumburger Gegend, zu. In dem einen Falle zündete er das Haus seines Veters an, in dem anderen das Haus eines Friedhofgärtners, dessen Frau dabei so schwere Brandwunden erlitt, daß sie starb. Die durch Endler verursachten Schäden betragen über eine halbe Million Kronen. Zur Festnahme des Brandstifters führte der Umstand, daß er als Hornist bei der Feuerwehr bei allen Bränden zuerst erschien. Bei seiner Uebernahme gab Endler an, die Brände aus Freude am Feuer gelegt zu haben.

„Wenn du aber gar nichts hast...“ Aus Karlsbad wird gemeldet: Einen Gewaltmarisch hat der Arbeiter Richard Zollfrank in Asch dieser Tage vollbracht; er begab sich, obwohl schwer nervenleidend, zu Fuß auf den Weg nach Karlsbad, eine Strecke von fast achtzig Kilometern. Er hatte einen Arzt aufgesucht, welcher ihm riet, sich zur Heilung in ein Karlsbader Krankenhaus zu begeben. Da Zollfrank nicht über die Mittel zur Bezahlung der Fahrkarte verfügte, marschierte er kurzerhand über Franzensbad, Eger, Königsberg, Jassonau und Elbogen nach Karlsbad, wo aber bei seiner Ankunft in der Sprudelstadt so erschöpft, daß er auf der Straße ohnmächtig zusammenbrach. Die Polizei überführte ihn im Rettungswagen ins Krankenhaus, dortselbst weigerte man sich aber, ihn aufzunehmen, weshalb er wieder mit der Bahn nach Asch zurücktransportiert wurde. — Ein trauriges Dokument unserer Zeit!

In Hitlers „Arbeiterpartei“ wird es immer schöner! Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Behauptung, daß der gewesene Kaiser den Nationalsozialisten zur Wahlpropaganda große Geldmittel zur Verfügung gestellt hätte. Bis jetzt ist das nicht dementiert worden. Jetzt meldet der oppositionelle „Nationalsozialist“ aus München, daß der gewesene Kronprinz im Begriff stehe, Mitglied der Hitler-Partei zu werden. Bis jetzt gehören dieser Partei der Kaisersohn August Wilhelm, ferner der Prinz Christian von Schaumburg-Lippe, der Herzog Edward von Koburg-Gotha, eine Prinzessin Reuß und andere Mitglieder ehemals herrschender Familien an.

Eröffnung der XXI. Prager Mustermesse. Gestern begann die heutige Prager Herbstmesse, die von den frühesten Morgenstunden an voll besucht war. Es sind so ziemlich alle Plätze belegt. Gleich am ersten Tage konnte man konstatieren, daß ein großes Interesse von Käufern vorhanden ist. Sehr stark war der Andrang auf der Radiomesse, wo wirklich hübsche Neuerungen und Sensationelles zu verzeichnen ist. Auch wirklich hübsch ist die Blumenausstellung, eine schöne Neuerung die Sportabteilung, und für die Frauen ist durch eine Modenschau besonders geforgt. Die Tabakregie versucht diesmal, ihre Fabrikation vorzuführen. Hoffentlich sind die dort beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen für ihre Mühe genügend bezahlt und vielleicht wird die Vorkführung bewirken, daß die Tabakregie daran denkt, diesen geplagten Menschenkindern auch endlich das nötige Lohnniveau zu geben. So wie wir im allgemeinen hoffen, daß

Der Kampf um die Abrüstung in Dänemark.

(F. J.) Beim Zusammentritt des dänischen Reichstages im Oktober wird die Abrüstungsvorlage der sozialdemokratisch-radikalen Regierung in unveränderter Form dem Reichstag vorgelegt werden. Die Konserativen arbeiten gegenwärtig eine Gegenvorlage aus, deren rüstungsfreundliche Tendenz über jeden Zweifel erhaben ist.

Nur die Bauernlinken können sich immer noch nicht für eine endgültige Stellungnahme entscheiden. Sie sind über die finanziellen Ausmaße ihrer eventuellen Zugeständnisse uneinig, ebenso in der Frage der Rekrutierung der Mannschaft.

An dem Festhalten der Bauernlinken an dem Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht, die in der Regierungsvorlage in der bisherigen Form nicht enthalten ist, sind bekanntlich die Unterhandlungen zwischen der Bauernlinken und den Regierungsparteien im Frühjahr dieses Jahres gescheitert. Die Unterhandlungen werden auch während der neuen Reichstagsession fortgesetzt werden. Ob sie zu einem Kompromiß in der Frage der Dienstpflicht und des Militärbudgets führen werden, erscheint zweifelhaft.

die Herbstmesse dazu beitragen wird, der schwer geprüften Arbeiterschaft einige Beschäftigung zu schaffen.

Die höhere Freiheit. Jad Di a m o n d, der Samstag nach Philadelphia abgeschoben worden ist, hat, wie der „Montagsmorgen“ meldet, durch seinen Berliner Rechtsanwält eine hohe Schadenerschaftforderung gegen den preussischen Fiskus gestellt. Diamond verlangt die Vergütung der Hin- und Rückreise nach Deutschland und den Vereinigten Staaten, Schmerzensgeld für die Zeit der Polizeihaft und Schadenersatz für schwere direkte Schädigung, die durch seine Festnahme erfolgt sei.

Grubenunglück. Auf der Karsten-Zentrum-Grube (Beuthen) sind drei Leute der Feuerwache, die gestern die Grube zu bewachen hatten, durch giftige Gase getötet worden. Die Bergbehörde hat den Fall bereits untersucht und feinerlei Verschulden Dritter festgestellt. Bei den Toten handelt es sich um einen Aufseher und zwei Arbeiter.

Vorgeschichtlicher Gräberfund. Südlich von Döbrichau, Kreis Torgau, ist man beim Tiefpflügen auf Reste vorgeschichtlicher Grabanlagen getroffen. Bei einer näheren Untersuchung durch die Landesanstalt für Vorgeschichte in Halle konnten fünf Grabsgräber freigelegt werden. Es handelt sich um Flachgräber der mittleren und jüngeren Bronzezeit etwa 1400 bis 1000 vor Christi. Die Gruben bilden eine weitere wichtige Fundstelle der sogenannten Lausitzer Kultur, die gerade im Osten der Provinz Sachsen reich vertreten ist. Aus den Funden läßt sich mit Sicherheit auf ein sechsstes, aber auch auf ein fünftes und viertes vorchristliches Zeitalter schließen. In der frühen Eisenzeit wurden sie dann von den von Norden vorrückenden Germanen nach Südosten abgedrängt und traten wahrscheinlich in Südosteuropa unter dem Namen Illyrier in das Licht der Geschichte.

Mit 250.000 Mark durchgebrannt. Der Berliner Hausverwalter Jakobowit, der vor einiger Zeit die Verwaltung mehrerer Ausländern gehörender Berliner Häuser übernommen hatte, ist mit fremden Geldern in der Höhe von annähernd 250.000 Mark (ca. 2.000.000 K) geflüchtet. Geschädigt sind, soweit bisher bekannt, meistens Berliner Kaufleute und polnische Hausbesitzer.

Viel Glück! Die abessinische Regierung kaufte in Deutschland den Galawagen des ehemaligen deutschen Kaisers Wilhelm II. und acht Pferde dazu für 25.000 Mark (200.000 K). Der neue Kaiser von Abessinien Ras Tafari wird in diesem Galawagen am 2. November zur Krönung fahren. Dieser Tag wurde der Galawagen in Potsdam verpackt und nach Abessinien geschickt.

Verhafteter Suggestionstrüger. Die Warschauer Polizei verhaftete dieser Tage einen Mann, der sich für einen Ader namens Buner Bhava ausgab und der in Warschau eine Sekte der Satanshuldiger gegründet hatte. Die Mitglieder dieser Sekte beherrschte Bhava dank seiner außerordentlichen Suggestionenkräfte so sehr, daß es ihm gelang, sie zur Vergabe ihres ganzen Vermögens zu verleiten. Es kam sogar so weit, daß einige Mitglieder der Sekte, darunter 2 junge Studenten und eine Studentin der Warschauer Universität, auf Bhavas Befehl hin Selbstmord verübten. Die Untersuchung ergab, daß es sich um keinen Ader, sondern um einen 85jährigen Polen namens Czeslaw handelt, der dank seiner Suggestionenkräfte bereits ein sehr abenteuerliches Leben hinter sich hat. Vor dem Kriege „arbeitete“ Czynski eine zeitlang in Petersburg, Moskau und Berlin. In Berlin war er wegen Verführung einer Gräfin Sempils, die er in den Wahnsinn trieb, zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. In Moskau und Petersburg soll er ständiger Gast der Jarenfamilie gewesen sein, die ebenfalls eine zeitlang unter seinem Einfluß gestanden hat. Bei der Verhaftung fand man in seiner elegant eingerichteten Wohnung zahlreiche geheimnisvolle Gegenstände, wie Masken, Degen mit geheimnisvollen Inschriften, phantastische Ornate usw., die den Aussagen der Zeugen zufolge zur Abhaltung von „schwarzen Messen“ gebient haben. Seiner Sekte sollen eine ganze Reihe hochstehender Persönlichkeiten der polnischen Hauptstadt angehört haben.

40.000 Kronen für die „Bratvaag“-Besatzung. Es steht nunmehr fest, daß die Besatzung der „Bratvaag“, die für die Auffindung der Reste der Andree-Expedition Hindertlohn verlangt, zum Ausgleich ihrer Forderungen 40.000 Kronen durch die Gesellschaft, die die Hilfsexpedition Dr. Horns ausrüstete, erhalten wird.

Forschungsstation Jungfrauoch. In Bern erfolgte die Gründung der internationalen Stiftung „Hochalpine Forschungsstation Jungfrauoch“, die den Zweck hat, den Gelehrten aller Länder bei ihren Forschungen im Jungfrauochgebiet behilflich zu sein. Auf dem Jungfrauoch selbst wird zurzeit ein Forschungsinstitut errichtet, das im nächsten Frühjahr eingeweiht werden wird.

Prohibitivkosten und Einnahmen. Nach dem offiziellen Bericht des staatlichen Prohibitivbüros der USA. kostete die Durchführung des Alkoholverbotes in den letzten 9 Jahren etwa 142 Millionen Dollars. An Strafgebern für seine Verletzung wurden mehr als 460 Millionen Dollar eingenommen. Rechnet man noch hinzu die Ersparnis an Volksgesundheit, Volksermögen, an Gefängnis- und Heilanstaltskosten, denn bei dem heutigen Stand der Erzeugungstechnik, der unbegrenzten Transportmöglichkeit und Reklame würde der Konsum ins Ungeheure wachsen und fürchterlichen Schäden stiften, so muß man wohl sagen: Das Alkoholverbot ist für die Vereinigten Staaten ein sehr gutes Geschäft.

Der tschechische Arbeiter-Abstinenzbund zur Revision des Parteiprogramms. Anlässlich des bevorstehenden Parteitages der tschechischen Sozialdemokraten hat der tschechische Arbeiter-Abstinenzbund, der nach längerer Pause nun wieder eine recht lebhaftige Tätigkeit entwickelt, einige Anträge ausgearbeitet, welche die Aufnahme des Kampfes gegen den Alkoholismus in das Parteiprogramm fordern. In der deutschen Bruderpartei sind diese Forderungen bereits lange verankert und fast alle alkoholgegnerischen gesellschaftlichen Maßnahmen sind durch die Abgeordneten und Senatoren dieser Partei eingebracht worden. Die tschechischen Arbeiter-Abstinenzler begründen ihre Forderung unter Hinweis auf zahlreiche abstinente Führer, wie Adler, Wandervogel, Snowden, und beantragen folgende Zusätze: Die Partei wird alle unheilvollen Einflüsse und Uebel bekämpfen, welche den Kapitalismus bei der Verklüftung und Ausbeutung der Arbeiterklasse unterstützen und welche die körperliche, moralische und wirtschaftliche Kraft der Arbeiter vernichten. Darum muß die Partei alle Bestrebungen fördern, welche die körperliche Erziehung der Arbeiter zum Ziel haben und welche Leibesübungen und Lebensreform durch Aufklärung über gesunde und nützlichere Lebensweise anstreben. Die Partei bekämpft besonders den Alkoholismus und ist bestrebt, die Arbeiterklasse und den Nachwuchs darüber aufzuklären, daß der Alkohol ihre körperliche, moralische und wirtschaftliche Kraft herabsetzt und vernichtet. Ferner wird sich die Partei dafür einsetzen, daß der Alkoholismus durch die notwendigen öffentlichen Maßnahmen bekämpft wird.

Ich bin so müde . . .

Wieder ist eine Woche um. Eine harte Woche, sechs Tage hat er geschuftet und geradert und laun gewinkt, daß er noch auf der Welt ist. Aber morgen ist Sonntag.

Wessen Leben am laufenden Band vorüber gleitet, wer Tag um Tag ständige Fabrikluft schmecken muß, nichts anderes hört als das Rattern der Transmissionen und das Säusen der Riemenscheiben, der freut sich doppelt auf die paar Stunden, welche Sonntag heißen.

Morgen will er einen Ausflug unternehmen, denn ein naturhaftes Schönen lebt in ihm. Nach Wald und grünen Wiesen und blühenden Blumen.

„Mutter“, sagt er, „wecke mich morgen zeitig, ich will einen Ausflug machen.“

An der Grenze zwischen Schlaf und Wachsein dämmert ihm der Gedanke: hättest die Mutter, die jeden Tag noch früher aufstehn muß als du, auch einmal ruhen lassen sollen, aber die Müdigkeit der Glieder reißt ihn schnell hinüber in Morpheus Arme.

Die Sonne reißt sich an den Gardinen empor, ein wundervoller Morgen lockt. Als er aufsteht, ist es 9 Uhr. Fast treten ihm Tränen in die Augen.

Großmutter spricht er: „Mutter, du hast mich nicht geweckt.“

„Doch Junge, zweimal habe ich dich sogar geweckt, aber du sagtest . . . ich bin so müde . . .“

Am nächsten Sonntag regnet es vielleicht und am übernächsten ist wieder etwas anderes los.

Die Zeit reißt unwiederbringlich der Tod an sich. Die Blumen welken und ein junges Leben verblichet.

R. K.

Opfer.

Stizze von Arno Alexander.

Hoch in den Lüften kreiste der Adler. Pflötzlich stieg er steil hinab und krallte sich in ein kleines Vögeltchen fest. Ein paar harte, graujame Hiebe mit dem scharfen Schnabel! Noch zitterte das blutige Vögeltchen . . .

Im eleganten Büro sah der Industriemagnat Direktor B. Vor ihm stand zitternd ein kleines unschuldiges Mädchen.

„Ja“, sagte er, „da ist nichts zu machen. Ihr Vater hat sich Unterschlagungen zu Schulden kommen lassen. Ich werde ihn anzeigen müssen.“

„Bitte nicht“, bat sie leise. „Ich habe keinen Grund, hier entgegen meinen Prinzipien zu handeln.“

„Bitte nicht“, sagte sie wieder. „Vater tat es für die kranke Mutter. Er wird die fünfzig Mark abverdienen.“

„Bedauere, darauf kann ich mich nicht einlassen. Ich werde ihn anzeigen.“

Verstohlen wischte sich das Mädchen eine Träne weg.

„Bitte nicht“, flehte sie zaghaft.

„Ich bin es gewöhnt, stets die Gerechtigkeit zu fördern . . . In jeder Beziehung zu fördern . . . Doch wenn Sie die Schuld Ihres Vaters bezahlen wollen, werde ich die Anzeige unterlassen.“

„Ich habe kein Geld“, meinte sie hoffnungslos.

„Sie haben mehr als Geld! Die fünfzig Mark will ich selbst ersehen und von der Anzeige absehen.“

„Ja!“ sprach sie freudig.

„. . . wenn Sie mir Ihre Liebe schenken.“

„Nein!“ rief sie schnell.

„So sind wir miteinander fertig. Jetzt werde ich die Anzeige erstatten.“

Ein grausamer Griff nach dem Hörer des Fernsprechers.

„Verbinden Sie mich mit der Polizeidirektion.“

„Ja!“ schrie das Mädchen verzweifelt . . .

Hoch in den Lüften kreiste der Adler. In seinen Krallen trug er das Vögeltchen. Der kleine Vogel war tot . . .

Das Mädchen — — mußte weiterleben.

Ozean-Flüge.

Der Nonstop-Flug des Ozeanfliegers Coste und der äußerst wertvolle Etappenflug des deutschen Seeflugleiters von Gronau haben das Thema des Ozeanfluges wieder in den Mittelpunkt des Tagesinteresses gerückt. Beide Flüge haben eine Rekordleistung — jeder in seiner Art — gezeitigt. Coste hat zum ersten Mal den Ozean von West nach Ost, von einer Weltstadt zur anderen überquert. Gronau hat zum ersten Mal in drei Etappen mit einem seetüchtigen Flugboot den Beweis einer rationalen Flugverkehrslinie über den Nordatlantik geliefert.

In der bisherigen Debatte über den Ozeanflug haben im allgemeinen immer wieder drei Routen eine besondere Rolle gespielt. Die Nord-Route über Island und Grönland, die Gronau bezwungen hat und die zweifellos in Zukunft geflogen werden wird. Sie hat lediglich den Nachteil, daß sie etwas weit nach Norden ansholt und dadurch die Flugdauer nicht unerheblich verlängert. Weiter die südliche Route über die beiden Inselgruppen Bermuda und die Azoren, die zwei wertvolle Stützpunkte im Atlantik bieten. Ferner die mittlere Route, die von der englisch-französischen Küste direkt über den Ozean hinweg nach New York führt. Diese letzte Route wird zweifellos regelmäßig erst besfliegen werden können, wenn neue technische Erfindungen große Brennstoff-Einsparungen ermöglichen und eine ganz andere Zugleistung der Motoren zeitigen.

Rekord und Verkehr.

Die Rekordfahrt des französischen Fliegers Coste in Ehren — eine rationelle, verkehrstechnisch und finanziell durchdachte Ozeanflug-Route wird auf ganz anderen Elementen ruhen müssen, wie sie das Flugzeug der beiden kühnen Piloten Coste und Bellonte darstellt. Eine moderne Verkehrsfluglinie muß ein Flugzeugtyp zur Verfügung haben, der ganz andere Qualitäten wie das berühmte „Fragezeichen“ der beiden Franzosen besitzt: einen Kompaß, der in jeder Höhe und bei jedem Wetter eine genaue Orientierung möglich macht. Eine ganze Anzahl von Motoren, die durch Unterleistung der Antriebskraft die Garantie für reibungsloses Funktionieren besitzen. Zwei Motoren genügen hierfür noch keineswegs. Ein Aggregat von fünf bis zehn Motoren ist hierzu mindestens erforderlich. Weiter: Flugzeughäfen auf der besorgenen Route. Ein Bodendienst für Post, Waren und Passagiere u. a. m.

Ozean-Post.

Der bekannte Flugfachverständige Hauptmann a. D. Willi Meyer hat in einem Aufsatz dargelegt, daß alle diese Voraussetzungen für einen rationalen Ozeanflugverkehr noch lange nicht vorhanden sind. Er ist der Meinung, daß der transatlantische Flugverkehr sich zunächst noch mit dem Zubringerdienst zu Ozeanfliegern begnügen müsse. Nachdem die beiden deutschen Ozeandampfer „Bremer“ und „Europa“ bereits mit „Katalapulsflugzeugen“ ausgestattet und dadurch in die Lage versetzt sind, die Post bereits 600 bis 1000

Kilometer vor der Küste abzugeben und damit einen zeitlichen Vorsprung von zwölf bis dreizehn Stunden zu erzielen, müsse man dazu übergehen, dem nach dem transozeanischen Kontinent abgehenden Dampfer mit derselben Spanne die Post nachzubringen. Dazu sei die Einführung einer sogenannten „Staubahn“ nötig, die es bis jetzt den Dampfern „Lagow“ und „Roland“ ermöglichte, das nachgehandte Flugzeug anzuwasern, bzw. landen zu lassen und die Post zu übernehmen. Der nächste Schritt zur Nachbringung der Post ist die Schaffung eines Abwurfapparats, der vom Flug aus zuverlässig die Post auf das Schiff abgibt. Hierzu soll ein Kabel, an dessen unterem Ende der Postbeutel befestigt ist, auf das Schiffsdock abgeworfen werden.

Selbstverständlich betrachtet auch Hauptmann Meyer dieses Nachbringen und Abholen der Post nur als eine Uebergangsmassnahme. Das Ziel muß natürlich bleiben, ein Flugzeug für die rationelle Ueberquerung des Nordatlantik herzustellen.

Riesen-Flugzeuge.

Hierfür kommt in erster Linie ein Flugzeug in Frage, das sowohl durch seine Antriebskraft wie durch den Schwimmlörper die Garantie für eine sichere Ueberquerung von einer Ozeanstraße von mindestens 5000 Kilometern zu übernehmen vermag und der nächste Kandidat hierfür ist der „Do X“, das Rekordflugzeug der Dornier-Werke. Es ist übrigens wenig bekannt, daß dieses Riesenflugzeug mit einer Spannweite von 48 Metern und seiner Länge von 40 Metern bereits im Weltkrieg einige Vorgänger gehabt hat.

Das erste deutsche Riesenflugzeug mit einer Spannweite von 43 Metern ist bereits 1914 in den Staaken Zepplintwerfen gebaut worden. Auch die Siemens-Schuckert-Werke haben gegen Ende des Krieges einen Flugzeugtyp herausgebracht, der, mit sechs Motoren ausgestattet, eine Spannweite von 48 Metern und eine Länge von 22 Metern besaß. Auch Schütte-Lanz hat in den letzten Kriegsmontaten ein Riesenflugzeug konstruiert, das ebenfalls mit sechs Motoren ausgestattet war und eine Spannweite von 44 Metern, eine Länge von 23 Metern besaß. Zum Fliegen ist diese Maschine nicht mehr gekommen, da der militärische Zusammenbruch und der Waffenstillstand ihr Schicksal besiegelt hat. Alle diese Kriegsflyer sind für das Mitschleppen von möglichst großen Flugzeugbomben konstruiert gewesen.

„Do X“.

Aus den Erfahrungen mit den schweren deutschen Bombenflugzeugen im Weltkrieg heraus hat man nun das größte deutsche Flugboot, den „Do X“, konstruiert. Der „Do X“ ist ein sogenanntes Flachboot, während seine Vorgänger in der Ostsee, die Norddeutschen Flugboote, durchweg eine geklebte Bootform besaßen haben. Die Techniker sind sich über die Eignung der beiden Typen für die Ueberquerung des Ozeans und die Landungsmöglichkeiten auf offener See nicht ganz klar. Es gibt sogar Leute, die der Meinung sind, daß man weder mit einem flachen

noch mit einem geklebten Flugboot den großen Ozean zu jeder Zeit, bei gutem und schlechtem Wetter, überwinden könne. Das Flugboot sei eben unter allen Umständen nur ein kleines Boot, das bei hochgehender Brandung mit noch so viel Motoren einfach nicht vom Wasser loskommen könne.

Es ist richtig, daß man hierbei Ueberraschungen erleben kann. Wer jemals den „Do X“ in der Norddeutschen Bucht am Bodensee hat starten sehen, muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß in dem völlig flachen Wasserpiegel des Bodensees der Start mit einer beliebigen Personenzahl sehr wohl gelingen kann, ohne daß die Garantie für den Start etwa bei den Bermuda-Inseln oder den Azoren damit gegeben ist. Die „Do X“ ist so lange „Schwimmwetterstift“, ein Vorwurf, den man den Zepplinen bis zum heutigen Tage macht, bis es ihr gelungen ist, nicht nur einen, sondern ein Dutzend Flüge über den Ozean mit Zwischenlandungen bei den bekannten Inselgruppen durchzuführen.

Ob die „Do X“ noch in diesem Herbst den großen Sprung über den Atlantik wagt, hängt immer noch von dem Umbau ihrer Motoren ab. Die deutschen Dornier-Zeppliner-Motoren sind durch neue amerikanische Wright-Wirkwind-Motoren ersetzt worden. An und für sich eine ziemlich kluge Maßgabe der deutschen Motoren-Industrie! Der Umbau der Motoren ist nämlich nicht nur wegen der Erzielung einer größeren Zugkraft notwendig gewesen, sondern deshalb, weil die auf hohen Touren laufenden deutschen Zeppliner-Motoren, die sich auf den Zepplinen ausgezeichnet bewährt haben, in kurzer Zeit beschliffen und ausgebrannt sind.

Südenflug.

Zeit Jahren versucht man, die beiden Stützpunkte zu dem Ozeanflug, die Bermuda-Insel und die Azoren, durch schwimmende Inseln zu ergänzen, auf denen das Ozeanflugzeug landen und seinen Brennstoff erneuern kann. Die Schwierigkeit der Schaffung von derartigen Inseln ist jedoch so außerordentlich groß, daß man wieder abgekommen ist. Man versucht jetzt, durch den sogenannten Höhenflug eine größere Geschwindigkeit und einen sparsameren Brennstoffverbrauch zu erzielen. Es ist also lediglich eine Frage der Technik, ob der Ozeanflug in einigen Jahren zur Wirklichkeit werden wird. S. Sch.

Waldwirtschaft und Sozialpolitik. Reichstagung der Bergbauangestellten.

Die anhaltende Wirtschaftskrise, die auf dem gesamten Bergbaue lastet, hauptsächlich aber die deutschen Braunkohlentreviere in Mitleidenschaft zieht und zahlreiche Existenzgrundlagen durch Zwangsabbau zerstört, veranlaßt den Reichsverband der Bergbau- und Hüttenangestellten, Vertreter aller tschechoslowakischen Reviere aus dem Braun- und Steinkohlensbergbaue für den 13. September l. J. nach Teplic-Schönau zu einer Reichstagung zusammen zu berufen, bei der die wirtschaftlichen und sozialen Lebensfragen der Bergbauangestellten eingehende Beratung finden werden. Neben den schwereren wirtschaftlichen Sorgen, welche die Bergbauangestellten bedrücken, sollen auch dringliche sozialpolitische Angelegenheiten, wie die Wahlen in die Pensionsanstalt, Reform der Pensionsversicherung, Organisation der Krankenversicherung, sowie gewerkschaftspolitische Fragen erörtert und wichtige Beschlüsse gefaßt werden.

Gegenseitige Abrechnung der österreichischen und tschechoslowakischen Pensionskasseninstitute. Bergbauangestellte, die bei tschechoslowakischen Erbschaftsinstituten pensionsversichert sind, bis zum 31. Dezember 1918 auf dem Gebiete der jetzigen Republik Österreich beschäftigt gewesen waren und hernach bis zum 18. Juni 1924 in der Tschechoslowakischen Republik in eine Anstellung beim Bergbaue oder in eine andere Pensionsversicherungsanstalt beschäftigt waren, werden angewiesen, hierüber unverzüglich spätestens bis zum 4. Oktober 1930 — sofern es nicht schon früher erfolgt sein sollte — an die tschechoslowakische Berechnungsstelle für Pensionsversicherung in Prag II, Patactyplatz, Ministerium für soziale Fürsorge, oder aber an ihr zuständiges Pensionskasseninstitut die Meldung zu erstatten. Nähere Auskünfte erteilt der Reichsverband der Bergbau- und Hüttenangestellten, Teplic-Schönau.

Verschönern Sie Ihr Heim durch bessere Beleuchtung.



Von Licht durchflutet soll Ihr Heim sein. Gutes Licht stimmt froh, wirkt anregend. Gutes Licht in jedem Raum schafft Wohlbefinden und Behaglichkeit. Sparen Sie nicht an Licht; denn elektrisches Licht ist billig.

Finanzmattierte OSRAM-LAMPEN geben besseres Licht

Sprechen Sie mit Ihrem Elektro-Lichtfachmann wegen der Verbesserung Ihrer Beleuchtung.

Kinderachmittag
am Mittwoch, den 10. d. M., um 3 Uhr nachmittags in der Sec. — Be-
nimmt alle kommen, auch die roten Falken!
Kinderfreunde Prag.

Kunst und Wissen.
Operneröffnung am Prager
Deutschen Theater.

Eine angebliche Neuenstudierung der romantischen Oper „Lannhäuser“ von Rich. Wagner bildete Sonntag den Auftakt der neuen Opernsaison. Allzu viel Gaud verheißend waren die künstlerischen Eindrücke dieses Opernabends nun freilich nicht; der Wahrheit einer Neuenstudierung entsprach er ebenfalls nicht. Denn es zeigte sich, daß nicht einmal die großen Solistenensemble vollkommen Beherrschung ihrer Aufgabe sich rühmen dürfen, geschweige denn die wichtigsten und erst im Vordergrund stehenden Chöre. Auch im Orchester ging nicht immer alles nach Wunsch des dirigierenden Kapellmeisters Max Rudolf. Der Rhythmus der Streicherfiguren im Schlußstücke der Ouvertüre fügte sich nur widerwillig dem Großrhythmus des Filgerhorns ein, die Reinheit des Klanges ließ manches zu wünschen übrig. Das Zeitmaß der Ouvertüre erwies sich übrigens als grundsätzlich allzu sehr beschleunigt, so daß die Gradation an Wirkung einbüßte. Dünkelhaft gestaltete Rudolf alles im allgemeinen kräftiger als notwendig. Der Regie und Szene hatte sich Ervald Schindler angenommen, sich aber nicht sonderlich angestrengt. Meistens war alles beim alten geblieben; wo Schindler aber Verbesserungen brachte, waren es Verschönerungen. Anerkannt sei, daß er der Beleuchtungsfrage stimmungsfördernde Sorgfalt gewidmet hatte. Einige Neubesetzungen sind kritisch zu betrachten. Fr. Hofe Merker sang als neue hochdramatische Sängerin die Venus; noch etwas unsicher im Ton und nicht ganz tonrein, aber mit schöner Stimm-entfaltung und vornehmer Anfangsleistung und darstellender Geste. Elisabeth war Fr. Leonie Kruff; eine auffallend volute landgräfliche Nichts, auch gefänglich mehr im Forte als im Piano überzeugend. Der bisherigen Tongebung und weniger atmosphärischen Eingeweide wird die intelligente Künstlerin künftig besondere Aufmerksamkeit zu widmen haben. Die kleine Rolle des Direktors (Hagen) — reichlich forziert und mit einem anfängerhaften Übermaß an Gesten — Fr. Magda Szarmay, eine ohne Probegespül verpöbelte junge Sängerin, die vorläufig nur ihre unüberbaute, schöne Sopranstimme ins Treppen zu führen hat, die aber vom Regisseur und Kapellmeister noch viel zu lernen hat. Noch einen neuen Sänger, Herrn Bertram an n, lernte man kennen, der aber nur wenig Gelegenheit zum Hervortreten hatte, also erst in einer größeren Partie seine Tugenden wird erweisen müssen, die ihn gastspiellos zum Engagement verhalfen. Zu weiteren kritischen Bemerkungen gab diese Neuenstudierung des „Lannhäuser“ nicht Anlaß; Hans Helm (Littelle) kämpfte gegen eine Indisposition an, Herr Hagen als Wolfram hatte einen besonders glücklichen Abend (bis auf die musikalische Unsicherheit zu Beginn des dritten Aktes). Der Besuch des Opernabends war herzlich schlecht.

Gisela Werbezirl als „Königin-Mutter.“ Wer die Werbezirl, die ja in ihrem Genre nicht ihresgleichen auf der deutschen Bühne hat, kennt und mit der Vergnügungsindustrie der Gebrüder Holz bekannt ist, die so ihren Betrieb ganz nach den Wünschen der Werbezirl eingestrichelt haben, wird schon bei dem Titel „Die Königin-Mutter“ vorstellen können, daß da wieder einmal das Theater zum „Theater“ wird. Eine unmögliche Handlung, die einzig und allein lebt von der Unkraft dieses weiblichen Komikers, der direkt aus dem jüdischen Bürgerleben der Kleinstadt auf die Bühne kommt. Mit ein paar Sähen läßt sich die große Kleinstadt dieser Frau nicht beschreiben, weil sich eben keine der köstlichen Nuancen des Wiener- und Augenspiels, der Sprache, der Gestik, der Haltung in Worte fangen läßt. Sie serviert Pointen so, daß das Publikum vor Lachen fast mannsändig wird und das Theater manchmal zum Schauspiel beipflichtet. Ausgelassenheit wird. Eine ganz andere Art Kunst vertritt einer der Partner, die sich die Werbezirl mitgebracht hat, der bekannte Viktor Franz, der diesmal in der Rollen des Wälders und Jargonstücken unvermeidlich jüdischen Provinzonal spielt. In der Gesamtdarstellung und in den Einzelheiten eine hervorragende Leistung, die sich wohl für immer dem Gedächtnis einprägen dürfte. Der dritte Gast, Herr Fritz Schreier, übersteigt nicht wesentlich den guten Durchschnitt, den übrigens auch alle Mitwirkenden aus dem heimischen Ensemble bieten; vor allem die Damen Lamond, Egert, Schöckl und Lorenz und die Herren Scherzinger und Reinhardt und Ludwig. A. Hazard erwies sich übrigens auch besonders Verdienst um die Aufführung als Regisseur. Das Zusammenpiel der Heimischen mit den Gästen war miserabel, das Tempo durchaus zu erpisch, daß man nicht zur Besinnung kam. Und das darf man bekanntlich in solchen Fällen auch nicht.

Gastspiel Wilhelm Kade: „Othello“ am Montag, den 15. ds. (Abonn. aufgeh.) Anfang 7 Uhr.

„Rigoletto“ von Verdi wird Samstag, den 13. ds. gegeben. In dieser Aufführung stellt sich Ladislav Bajda in der Partie des Herzogs dem hiesigen Publikum vor. Beginn 7 1/2 Uhr (233-1).

Ischeta und Liebe.

Der Roman des GPU-Chefs. — Auf der Jagd nach dem Standesamt. — Das Leben nimmt Rache am Todesboten Agobelow.

Die Gründe, aus denen man aus einem Land ausgewiesen werden kann, sind mannigfaltig. Und was den Franzosen mit dem amerikanischen Zeitungsförger Hearst recht erscheint, ist ihnen auch mit einem Sowjetrussen billig. Die nachfolgende, fast tragikomische Geschichte beweist es.

Herr Agobelow irrt unsicher und flüchtig durch die ganze Welt. Was hat diesen Mann, der schon die einsamen und harte Naturen doch so beglückenden Gipfel der Macht erklimmen hatte, zum Heimatlosen gemacht?

Agobelow war einer der gefährlichsten Ischetaisten von ganz Rußland. Wenn er in einer Stadt eintraf, wußte man, daß der Tod in seinem Gefolge reiste. Man kennt nicht die Zahl der Opfer, die er zur Strecke brachte; fest steht jedenfalls, daß er sich durch seine Taten immer größeres Vertrauen an höchster Stelle erworb. Als die Ischeta in die jetzige GPU-Chefempolizei umgewandelt wurde, leitete Agobelow eines der wichtigsten Bureaus. Vor einem Jahr schickte man ihn in den nahen Orient. Unter verschiedenen falschen Namen wohnte er in Kairo, in Palästina, in Syrien, im Irak. Zuletzt hielt er sich in Konstantinopel auf, selbstverständlich auch unter falschem Namen.

Man weiß, daß die Sowjetdiplomaten im Ausland auf großem Fuße leben, daß sie sich jeden Luxus erlauben können, daß sie nur in den teuersten Hotels wohnen. Herr Agobelow war in den eleganten Treffpunkten der Lebenswelt am Bosphorus zu Hause. Eines Tages beim Fünfuhr-Tea machte er die Bekanntschaft einer entzückenden jungen Dame; es war Miß Dorothy Hampson, eine schweizerische Engländerin, die bei einer Reise nach den Pyramiden in Konstantinopel einen dreitägigen Aufenthalt nahm. Aus den drei Tagen wurden mehrere Wochen. Der Russe und die Engländerin verliebten und liebten sich. Sie wußte nicht, wer er war, sie kannte auch seinen wahren Namen nicht, sie hielt ihn für einen russischen Emigranten. Als er sie um ihre Hand bat, willigte sie sofort ein. Dann sagte er ihr alles...

Miß Dorothy war gar nicht so erschrocken, wie er vermutet hatte. Sie stellte ihn vor ein Ultimatum: entweder GPU oder Miß Dorothy. Herr

Agobelow wählte das zweite. Er schrieb einen Brief nach Moskau, in dem er von der Niederlegung seines Amtes Mitteilung machte. Dann reiste er mit der Verlobten nach Paris, denn dort ist man vor den Händen der Bolschewiki immer noch am sichersten. Herr Besselowski, Herr Krumow, Herr Raumow, alles frühere Sowjetbeamte, die in Paris in Acht und Bann leben, taten ihr Bestes, um dem Leidensgefährten die Wege zu ebnen. Der einstige Ischeta Agobelow sollte tatsächlich von der Pariser Polizei Papiere auf seinen Namen bekommen, als glückliche ein unworthergehehenes Ereignis alle schönen Pläne über den Haufen warf. Die Familie der Verlobten hatte von dem Vorfalle vernommen. Von London reiste ein Vertreter der Familie nach Paris, um die Heirat zu vereiteln. Da Miß Dorothy, die volljährig ist, und der Russe sich jede Einmischung verbaten, versuchte man diese auf diplomatischem Wege. Eine ungenannte hohe Persönlichkeit erreichte, daß die Pariser Polizei gegen den einstigen Ischetaführer vorging. Man warf ihm vor, mit falschem Paß nach Frankreich gekommen zu sein, man veranstaltete Hausdurchsuchungen bei ihm, man nahm ihn schließlich fest. Miß Dorothy, die im Hotel Rix unter Tränen auf den Geliebten wartete, erfuhr erst einen Tag später, was mit ihm geschehen war. Agobelow telegraphierte aus Brüssel, daß man ihn als unerwünschten Ausländer aus Frankreich ausgewiesen habe...

Miß Dorothy Hampson packte ihr Koffer und reiste dem Verlobten nach. Sie kam gerade in Brüssel an, als Agobelow abermals zwischen zwei Kriminalbeamten im Labyrinth des Polizeipräsidiums verschwand. Die Verwandten Miß Hampsons hatten auch die Ausweisung aus Belgien erreicht. Herr Agobelow nahm in Antwerpen einen Dampfer nach New York. Miß Dorothy befindet sich in seiner Begleitung. Im Land der Freiheitsstatue hoffen die Liebenden endlich in den Hafen der Ehe einzulaufen. Oder sollten sie sich auch hierin geirrt haben? Bleibt immerhin noch Mexiko, Mittelamerika und Südamerika für die unglücklich Liebenden. Man hat seine Sorgen im Leben: dem einen fehlt das Geld, dem anderen die Braut. Herr Agobelow ist doch schlummer dran. Er kann kein Standesamt finden...

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Dienstag, 7 1/2 Uhr: „Dalibar“. Mittwoch, Gastspiel Gisela Werbezirl, 7 1/2 Uhr: „Königin-Mutter“. Donnerstag (232-4), 7 Uhr: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Freitag, Gastspiel Gisela Werbezirl, 7 1/2 Uhr: „Königin-Mutter“. Samstag (233-1), 7 1/2 Uhr: „Rigoletto“. Sonntag, Gastspiel Gisela Werbezirl, 7 1/2 Uhr: „Königin-Mutter“. Montag, Gastspiel Wilhelm Kade, 7 Uhr: „Othello“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Dienstag, Gastspiel Gisela Werbezirl, 7 1/2 Uhr: „Königin-Mutter“. Mittwoch, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“. Donnerstag, Gastspiel Gisela Werbezirl, 7 1/2 Uhr: „Königin-Mutter“. Freitag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“. Samstag, Gastspiel Gisela Werbezirl, 7 1/2 Uhr: „Königin-Mutter“. Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“. Montag, 7 1/2 Uhr: „Liebe auf dem Lande“.

Genossen!
Traget bei jeder Gelegenheit eure
Parteiabzeichen!

Sport * Spiel * Körperpflege

Ungarn-Dösterreich der Arbeiterfußballer
Dösterreich gewinnt unbedient 4:1 (1:1).

Der erste Arbeiter-Fußballkämpf zwischen Ungarn und Dösterreich, der Samstag in Wien ausgetragen wurde, endete mit einem zahlenmäßig sehr hohen Sieg der Dösterreicher, da sich die Ungarn zwei Eigentore zuzugien. Man war über die Spielstärke der Ungarn nicht informiert, aber sie spielen besser als man vielleicht erwartet hatte. Als Ganzes hinterließ ihre Elf den weit günstigen Eindruck. Im Kopfspiel und in der Ballbehandlung waren die meisten Spieler von ihnen den Dösterreichern überlegen. Obwohl die Ungarn erst zu Mittag in Wien eingetroffen waren, erwiesen sie sich als die Schnelleren, ihr Zusammenspiel war flüssiger und eleganter. Ihre besten Leute waren der Linksverteidiger, der Mittelläufer und der Torhüter. Die österrische Mannschaft, die gar nicht gefallen konnte, errang einen unbedienten Sieg.

Das zweite Spiel: 1:1 (1:1).

Sonntag trug die ungarische Auswahlmannschaft in Bruck a. d. S. gegen ein Team der Oligarchie der Wafö Niederösterreich aus. Die Ungarn, die starke Ermüdungserscheinungen zeigten, konnten ein unentschiedenes Ergebnis erringen. Sie hatten zwar drei neue Spieler eingewechselt, die sich aber nicht bewährten. Ein Vorpiel zwischen zwei kombinierten Mannschaften von Niederösterreich gewann das A-Team 4:1 (1:1). Die Aufnahme der Ungarn bei der Bevölkerung war sehr herzlich.

Wiener Arbeiterfußball. In der Meisterschaft der 1. Liga gab es Sonntag nur ein Spiel und eine neuerliche Niederlage des Meisters Helfort, der von Humanitäts-Helhaus 2:1 (0:0) geschlagen wurde. — Erste Klasse: Donaufeld

gegen WSC. Brigittenau 2:1 (1:1), Reford Rider gegen Wö 4:2 (1:0). — Freundschaftsspiele: Elektra gegen Dornbach 2:1 (1:1), Imperial-Phönix gegen Nord-Wien 3:0 (2:0), R. C. Mollerei gegen Floridsdorf FC. 2:1 (2:1), Hellweg gegen Bernau 3:0 (1:0), Weißgärber gegen Bernau 2:0 (1:0), WSC. 9 gegen Neutral 2:2 (2:0), Phönix Schwedat gegen Reuttenendorf 1:1 (1:0).

Die Leichtathletikmeisterschaften der Arbeiterturner Dösterreichs.

Selten noch hat es in Wien ein Leichtathletikmeeting gegeben, dem all die Vorzüge anhafteten, durch die sich die Meisterschaften von Dösterreich der Arbeiterturner auszeichnen, die Samstag und Sonntag durchgeführt wurden. Massenhafte Beteiligung, vortreffliche Leistungen, das waren die Hauptmerkmale der Veranstaltung, die übrigens auch sehr gut organisiert war. Sechs neue A-St-Bestleistungen konnten an beiden Tagen erzielt werden. Nachstehend die Ergebnisse der beiden Tage:

Sportlerinnen. Kugelstoßen: 1. Biegler (Mödling) 8.50 Meter. — 4x100 Meter: 1. Rudolfshcim 57.5 Sek. — Schleuderballwerfen: 1. Barth (Zimmering) 33.68 Meter (neue Bestleistung). — Weitsprung: 1. Niemczyk (Rudolfshcim) 4.50 Meter. — Speerwerfen: 1. Reumayer (Sandstraße) 29.27 Meter. — Diskuswerfen: 1. Traunfeller (Graz) 22.84 Meter. — 200 Meter: 1. Salzmann (WAL. 5) 28.8 Sek. — Hochsprung: 1. Kubicek (Aspern) 1.90 Meter. — Olympische Staffel: 1. WAL. 14) 58.2 Sek. (neue Bestleistung). — Dreikampfs: 1. Salzmann (WAL. 5) 203.08 Punkte (neue Bestleistung).

Sportler. 4x100 Meter: 1. Zimmering 46.8 Sek. — 400 Meter: 1. Bauer (Zimmering) 54.5 Sek. — 110 Meter Hürden: 1. Ludwig (Zimmering) 17.7 Sek. — 100 Meter: 1. Freundmann (Zimmering) 11 Sek. — Hochsprung: 1. Marka (Dietzing), Wotapel, Rothbauer (beide St. Pölten) alle 1.55 Meter. — Schleuderballwerfen: 1. Prastak (Pottenstein) 44.95 Meter. — 1500 Meter: 1. Weigl (Rudolfshcim) 4:13.9 Min. (neue Bestleistung). — 5000 Meter: 1. Wagner (St. Pölten) 17:03 Min. — Schwedenstaffel: 1. Zimmering 2:10 Min. — Diskuswerfen: 1. Wotapel (St. Pölten) 38.87 Meter. — Olympische Staffel: 1. WAL. 11 3:51.9 Min. — Stadthochsprungen: 1. Hausenwaller (W. Neustadt) und Huber (Rosenau) 8.31 Meter. — Speerwerfen: 1. Dworal (WAL. 11) 45.96 Meter. — Weitsprung: 1. Schenner (Zimmering) 6.58 Meter (neue Bestleistung). — Kugelstoßen: 1. Wotapel (St. Pölten) 12.02 Meter. — 10 Kilometer: 1. Wagner (St. Pölten) 36:29.5 Min. — 200 Meter: 1. Freundmann (Zimmering) 23.8 Sek. — 800 Meter: 1. Besta (WAL. 10) 2:05.7 Min. — 10x100 Meter: 1. Zimmering 1:59.1 Min. — 400 Meter: 1. Franz Bauer (Zimmering) 1:01.2 Min. (neue Bestleistung). — Zehnkampfs: 1. Schenner (Zimmering) 711.98 Punkte. — Fünfkampfs: 1. Dworal (Zimmering) 350.66 Punkte.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenarztes
kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas sachmännlich angepaßt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei **Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“**, ausführen.

Aus der Partei.

Deutsche sozialdemokratische Bezirksorganisation Prag. Donnerstag, den 11. September, abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus in Prag I, Bezirksleitungssitzung. Um 7 Uhr im gleichen Lokale Exekutivsitung.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Heute Schulungskurs im Verein deutscher Arbeiter: „Einführung in die Volkswirtschaftslehre“. Beginn halb 8 Uhr. — Der Russenabend findet nicht am Mittwoch, den 10. September, sondern am Donnerstag, den 11. September statt. Mittwoch letzte Probe. Beginn halb 8 Uhr. Pünktlich sein.

Der Film.

Laemmles Tonfilm-Unitum.

„Der Jagdlöwe“ — Paul Whiteman.

Zugegeben sei vor allem, daß Whiteman ein ganz ausgezeichneter Jazzmacher ist, und da nun einmal der hypnotische Zwei- und Dreiviertelakt unentbehrliches Symptom unserer Zeit geworden ist, so wäre es immerhin möglich, wegen der guten — allerdings fast durchaus abgebrauchten — Schläger, die das ganz ausgezeichnete Orchester in diesem Farbtonfilm zum besten geben muß, hineinzugehen. Was aber der Produzent, Herr Laemmle aus dem Rheinland, als „farbtonfilmisches“ Beiwerk dazugibt, macht auch nur einigermaßen denkenden Menschen die Geschichte vollkommen ungenießbar und rettungslos lächerlich! Schon die Einladungen zur Pressevorführung ließen schwärzeste Befürchtungen aufkommen; als letzte Attraktion war angegeben: „Kaltes Buffet!“, das allerdings den einzig anerkennenswerten Erfolg des „Tonfilmgenusses“ darstellt. Weiter hieß es in den „Mitteilungen“, daß man an diesem Film am besten die übererassenden technischen Fortschritte beim Drehen der Farbtonfilme erkennen kann. Es ist tatsächlich überraschend, was Laemmle sich getraut, um den horrenden Preis von 8 Millionen K als Tonfilm anzupreisen und wenn es weiter hieß, daß sich Whiteman bemüht, aus dem gewohnten Rahmen ähnlicher Filme herauszufallen, so stellen wir ihm das Zeugnis aus, daß wir allerdings einen ähnlichen Stumpfsinn noch nicht gesehen haben. Wenn weiter Whiteman drei Librettos abgelehnt hatte, bevor er sich für das vorliegende entschied, so verstehen wir seinen schweren Stand vollkommen; denn es kann nicht leicht sein, das allerdümmste herauszufinden. In dieser Hinsicht ist der Film sicherlich ein Meisterwerk!

Es ist vollkommen unmöglich, auch nur einigermaßen anschaulich wiederzugeben, was einem hier geboten wird. Dieses Bemühen würde einem Bestreben gleichkommen, Phantastiegestammel eines sechserkranke Kindes vernünftig nachzuerzählen, so daß man sich ein klares Bild machen kann. Dieses Produkt transoceanischer Geschmacks ist weder Film, noch Revue, sondern ein Akrobatisch oft wunderbar wirkendes Varieteeemengsel naivster Mentalität. Man urteile vor allem nach den Benennungen der einzelnen Nummern: „Etwas für Herren“ — da führen 16 Wäbels irgend etwas auf, was sehr prägnant rhythmisch ist —; „Der Hochzeitsschleier“ — da gibt es eine ganze Schar von Bräuten in weißen Kokoskapseln, die irgendeine unverständliche Vision haben, in der altenglische Damen vom Hochzeitsschleier und einer Reinknecht erzählen und dazu das alte Lied „Long, long it's her“ singen —; „Erinnerung an Monterey“ — da sieht man einen, wie uns mitgeteilt wird, mexikanischen Hof, in dem einige Boys unter der Führung des Tenors Bole, der an unserer Oper wahrscheinlich durchfallen würde, etwas Unverständliches singen —; „Das Bänken im Park“ — da dürfen wir sogar ein Liebespaar sehen, das sich küssen darf (aber beiseite nicht finalisch) —; „Romeo in Lumpen“ — vollkommen unverständlich und nur daraus zu erklären, daß es bei Laemmle und Paul Kohner, dem Produzenten, keinen Shakespeare zu geben scheint —; „Ahapsodie in Blau“ — die blaugrün ausgefallen ist, was aber den Titel noch immer nicht verständlicher macht —; und so könnte man ermüdend noch weiter fortfahren. Wenn es nicht einen ganz exzellenten Exzentriker namens Hall, ein prächtiges Duo Statler und Rose, einen leider nur kurzen Zeichenfilm „Whiteman in der Wüste“ geben würde, dann müßte man die Sache als einen einzigen groben Mißbrauch der Reklamemittel, die zum Besuch anlocken, bezeichnen. So kann man aber wenigstens hier und da einige Minuten Akrobatik bewundern. Was aber die Herren meinen, wenn sie von dramatisierter Jazzmusik reden, bleibt unklar. Die Ausstattung ist mit ungeheuren Mitteln gemacht, „zauberlich“ Märchenbilder, die unserer Kinderphantasie entsprechen und verfißt, daß nicht nur der Preis, sondern vielleicht auch noch gewisse Geste des Geschmacks nachgebend sein müssen für künstlerische Wertung.

Walter Lustig.

Herausgeber: Siegfried Taub.
Chefredakteur: Wilhelm Riecher.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß, Prag.
Druck: „Rota“ A. G. für Zeitung- und Buchdruck, Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Solit, Prag.
Die Zeitungsmarktenfranzose wurde von der Post u. Telegraphen-
direktion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt.